

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1976

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Ernteaussichten für 1976	137	Nach dem Stand von Ende Juli/Anfang August werden für die wichtigsten Kulturpflanzen Prognosen der zu erwartenden Erntemengen gestellt. In Anbetracht der anhaltenden Trockenheit und der Hitzewelle haben diese eine besondere Aktualität.
Schulabgänger 1976	141	Die Jugendarbeitslosigkeit war der Anlaß dafür, daß noch vor dem Ende des Schuljahres 1975/76 eine Befragung der Schulabgänger über die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen durchgeführt wurde.
Bevölkerungsentwicklung 1975	144	Die negative Entwicklung bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung und beim Wandergeschehen führte im Jahr 1975 in Rheinland-Pfalz zu einem Bevölkerungsverlust von 22 300 Personen.
Regionale Bevölkerungsprognose	147	Anknüpfend an das im Märzheft vorgestellte Grundscheema einer regionalen Bevölkerungsprognose, wird mit diesem Beitrag über Verfahren und Ergebnisse eines LIS-Auswertungsprogramms zur Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung nach Verwaltungsbezirken des Landes, am Beispiel des Rhein-Lahn-Kreises, berichtet.
Umsätze 1974	156	Durch die in zweijährigem Turnus durchzuführende Umsatzsteuerstatistik wurden für 1974 wiederum die Umsätze der Unternehmen und freien Berufe in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen, Umsatzgrößenklassen und Rechtsformen ermittelt.
Baulandmarkt 1975	160	Die Zahl der Grundstücksverkäufe und die erzielten Verkaufserlöse nahmen leicht zu, während - bei steigenden Quadratmeterpreisen - die umgesetzte Baulandfläche zurückging.
FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern - 1. Teil	164	Das unter der Leitung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz stehende Datenverarbeitungsprojekt „Einheitliche maschinelle Buchhaltung und Betriebsabrechnung in Krankenhäusern“ bietet mit der bundeseinheitlichen Verfahrens- und Programmentwicklung, der bundesweiten Erprobung in Modellkrankenhäusern, der in Gang befindlichen Umsetzung in beinahe allen Bundesländern wie im kirchlichen Bereich und der zentralen Verfahrens- und Programmpflege ein auch auf andere Bereiche der Verwaltungsautomation übertragbares Beispiel einer kooperativen Projektdurchführung.
Anhang	49*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	55*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Fast ein Viertel der Schulabgänger mit Berufsabsicht noch ohne Ausbildungsvertrag

Bei einer Befragung der Schulabgänger in Rheinland-Pfalz im Mai 1976 über die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wurden rund 51 000 Schüler aus Hauptschulen, Sonderschulen, Realschulen und Gymnasien bis zur 10. Klassenstufe erfaßt sowie Schüler des Berufsgrundschuljahres und von Berufsfachschulen. Fast zwei Drittel der Schüler, die zum Ende des Schuljahres 1975/76 voraussichtlich ihre jetzige Schule verlassen werden, gaben an, einen Beruf ergreifen zu wollen. Die übrigen Schüler beabsichtigten, in andere Schularten überzuwechseln. Wenige wollten nach der Schulentlassung zu Hause bleiben.

Von den Schulabgängern, die in das Berufsleben eintreten wollten, hatte zum Erhebungsstichtag rund die Hälfte bereits einen gesicherten Ausbildungsvertrag. Jedem Fünften war der Abschluß eines solchen Vertrages in Aussicht gestellt worden. Insgesamt 7 852 Schüler, das sind 23% der Befragten mit Berufsabsicht, hatten zum Zeitpunkt der Erhebung noch keinen Ausbildungsvertrag in Aussicht, obwohl sie ein Ausbildungsverhältnis anstrebten, und zwar war es jeder dritte Schulabgänger mit Berufswunsch aus dem Berufsgrundschuljahr und auch knapp ein Drittel der Schüler aus den Sonderschulen. Von den Schulabgängern aus Gymnasien, die einen Beruf ergreifen wollten, waren noch 22% ohne Ausbildungsvertrag. Besser stellte sich die Situation der Hauptschüler und der Realschüler dar. Von ihnen hatte jeweils jeder Fünfte noch keinen Ausbildungsvertrag. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 141

Bevölkerungsrückgang um fast 22 300 Personen in 1975

Am Jahresende 1975 lebten 3 665 777 Menschen in Rheinland-Pfalz: 1 749 823 Männer (47,7%) und 1 915 954 Frauen. Gegenüber dem Jahre 1974 ist damit ein Bevölkerungsrückgang um 22 289 Personen oder 0,6% eingetreten. Von den 139 843 Ausländern im Lande stellten, wie auch in früheren Jahren, wiederum die Türken die stärkste Gruppe, deren Zahl sich Ende September auf 37 205 belief.

Die Bevölkerungsentwicklung des Jahres 1975 war gekennzeichnet durch einen Gestorbenenüberschuß in Höhe von 10 566 und einem Wanderungsverlust von 11 723 Personen. Dabei wurde die natürliche Bevölkerungsbewegung durch 34 377 Lebendgeburten und 44 943 Sterbefälle bestimmt. Auffallend war der hohe Gestorbenenüberschuß der deutschen Bevölkerung, bei der 13 296 Menschen mehr starben als Kinder lebend geboren wurden. Dagegen hatten die Ausländer einen Geburtenüberschuß von 2 730 Kindern, weil die ausländischen Frauen eine höhere Fruchtbarkeit aufwiesen als die deutschen. Gleichzeitig hatte der nicht-deutsche Bevölkerungsteil einen weitaus günstigeren Altersaufbau, wodurch die Sterblichkeit deutlich niedriger war. Gegenüber dem Vorjahr erbrachte die natürliche Bevölkerungsbewegung 4,2% weniger Geburten und 3,3% mehr Sterbefälle, woraus sich für 1975 ein Gestorbenenüberschuß ergab, der 39% über dem Vorjahreswert lag.

Die Wanderungsbewegung des abgelaufenen Jahres brachte 86 262 Zu- und 97 895 Fortzüge über die Landesgrenzen. An dem negativen Wanderungssaldo von 11 723 Personen hatten die Ausländer mit 78,9% den größten Anteil. Im Jahre 1974 war die negative Wanderungsbilanz mit 5 119

Personen viel geringer gewesen (Ausländer — 2 225). Dagegen mußte 1975 unser Land sogar mit Ländern wie der Türkei, die jahrelang positive Wanderungssalden erbrachten, einen Wanderungsverlust hinnehmen. Auch die Wanderungsbewegung zwischen Rheinland-Pfalz und dem übrigen Bundesgebiet war durch 4 438 über den Zuzügen liegende Fortzüge recht ungünstig. Der höchste Wanderungsverlust war mit 3 493 Personen gegenüber Hessen zu verzeichnen. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 144

Regionale Bevölkerungsprognose

Zu den zentralen Aufgaben des Landesinformationssystems (LIS) zählt die Entwicklung eines Auswertungsprogramms für eine regionale Bevölkerungsprognose, dessen Grundschema im Märzheft bereits vorgestellt wurde. Der dabei erläuterte baukastenartige Aufbau des Programms aus Teilprognosen ermöglicht es, sukzessive in sich abgeschlossene Teilergebnisse über die einzelnen Komponenten der regionalen Bevölkerungsentwicklung anzubieten. Zunächst wurde mit einem Programm zur Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den Verwaltungsbezirken des Landes begonnen, das modellhaft zeigen kann, ob die Geburten zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes genügen und mit welchen regionalen Auswirkungen, insbesondere in der Planung von Infrastruktureinrichtungen, zu rechnen ist. Die Vorausschätzungsergebnisse basieren auf den neuesten Zahlen der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung nach Verwaltungsbezirken, Altersjahrgang und Geschlecht vom 31. Dezember 1975 und werden hier exemplarisch für den Rhein-Lahn-Kreis dargeboten. mr

Mehr über dieses Thema auf Seite 147

Zahl der Abiturienten um ein Drittel gestiegen

Im Frühjahr 1976 beteiligten sich an der Reifeprüfung in Rheinland-Pfalz 8 712 Schüler, rund 2 200 mehr als vor einem Jahr. Von den 4 667 Jungen und 4 045 Mädchen bestanden 95,7% das Abitur. Mit 97,3% lag die Erfolgsquote bei den Schülerinnen etwas höher als bei den Schülern.

Sämtliche 120 Schüler, die sich bereits nach der Klassenstufe 12 der Mainzer Studienstufe zum Abitur gemeldet hatten, bestanden die Reifeprüfung. Bei den übrigen Klassentypen schwankte die Erfolgsquote zwischen 91,7% in den Aufbaugymnasien und 97,7% in den altsprachlichen Gymnasien.

Nach den Berufsabsichten gefragt, gab nur noch jeder siebte Abiturient an, ein Studium für ein Lehramt aufnehmen zu wollen; fünf Jahre zuvor hatte noch jeder dritte diesen Wunsch. Rund die Hälfte aller Abiturienten will einen sonstigen akademischen Beruf ergreifen. Stark zugenommen hat die Zahl derer, die keinen akademischen Beruf anstreben. 1976 wollte jeder siebte Schüler und sogar jede vierte Schülerin mit Abitur nicht studieren. Vor fünf Jahren hatte nur jeder 13. Abiturient diese Absicht. Auch die Unsicherheit scheint zugenommen zu haben: 16,4% konnten zum Befragungszeitraum noch keine Angaben über ihre Absichten machen; 1972 waren es nur 8,5% der Abiturienten gewesen. ke

Ackerland 1976 eingeschränkt

Nach dem Ergebnis der Vorwegaufbereitung der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung belief sich das Ackerland in Rheinland-Pfalz 1976 auf rund 505 000 ha. Gegenüber dem Vorjahr sind das fast 7 400 ha oder 1,4% weniger. Damit hat sich der langjährige Rückgang weiter fortgesetzt. Der Getreideanbau wurde im Vergleich zu 1975 insgesamt nur geringfügig (— 0,3%) eingeschränkt. Dabei ergaben sich jedoch bei einzelnen Getreidearten größere Verschiebungen. So erfuhr der wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse bei der Aussaat im Herbst 1974 stark reduzierte Anbau von Wintergetreide ausnahmslos eine Ausdehnung, während die Sommergetreidearten mit Ausnahme von Sommerroggen zum Teil stärkere Rückgänge verzeichnen.

Mit 81 700 ha beanspruchten die Hackfrüchte eine um 2,1% kleinere Fläche als 1975. Der Kartoffelanbau (33 400 ha) wurde gegenüber dem Vorjahr um 3,0% ausgedehnt, ebenso der Anbau von Zuckerrüben (+ 1,2%). Dagegen ging die Runkelrübenfläche um weitere 10% zurück.

Die Futterpflanzenfläche betrug nur noch 32 600 ha gegenüber 35 900 ha im vergangenen Jahr. Mit Ausnahme von Grünmais wurden abermals bei allen übrigen Arten Flächenrückgänge festgestellt. wa

Erhebliche Ernteausfälle durch Trockenheit

Nachdem in den ersten Wintermonaten noch einige Niederschläge gefallen waren, setzte Mitte Februar eine Trockenperiode ein, die abgesehen von kurzen Unterbrechungen bis Ende der zweiten Julidekade anhielt. Sie war im März und zeitweise auch noch im April begleitet von niedrigen Temperaturen mit häufigen Nachtfrösten, im Mai und vor allem ab Anfang Juni jedoch von einer anhaltenden Hitzewelle. Diese außergewöhnliche Wetterlage hat bei den meisten Kulturpflanzen bereits im Frühjahr zu deutlichen Wachstumsstörungen geführt und schließlich erhebliche Ertragsverluste verursacht.

Nach den bis Anfang August eingegangenen Informationen wird sich die diesjährige Getreideernte in Rheinland-Pfalz auf etwa 1 Mill. t belaufen und damit um 30% unter den Erntemengen des Vorjahres und im Sechsjahresdurchschnitt 1970/75 bleiben. Der zu erwartende Hektarertrag für Getreide insgesamt errechnet sich vorerst auf etwa 26 dt gegenüber 38,2 bzw. 36,6 dt in den Vergleichsjahren. Die Ernteverluste werden insbesondere bei Hafer, Sommergerste und Sommerweizen wesentlich höher ausfallen als bei Wintergetreide und in besonders betroffenen Gebieten bis 70% der Durchschnittsergebnisse betragen. Der erste Rauhfutterschnitt brachte etwa die Hälfte, in Teilgebieten des Landes nur knapp ein Drittel der Normalernte. In Anbetracht der Wachstumspause von Mitte Juni bis Mitte Juli in weiten Gebieten von Rheinland-Pfalz werden auch die weiteren Nutzungen im Spätsommer und Herbst insgesamt gesehen nur unterdurchschnittliche Grünfuttermengen liefern. Die Hackfrüchte wurden ebenfalls in ihrer Entwicklung stark gehemmt. Die Hektarerträge der Frühkartoffeln werden um etwa ein Drittel unter den Durchschnittswerten bleiben. Bei den Rüben wirkten sich die Niederschläge Ende Juli noch vorteilhaft aus, so daß hierfür bei ausreichender Feuchtigkeitsversorgung in den nächsten Wochen noch annähernd zufriedenstellende Flächenleistungen erwartet werden dürfen.

Die Obstbäume haben durch Spätfröste im April einige Schäden an Knospen und Blüten erlitten, die gebietlich allerdings unterschiedlich ausgefallen sind. Außerdem wurde die weitere Entwicklung durch die Hitze und Trockenheit nachteilig beeinflusst, so daß viele Früchte klein blieben oder vorzeitig abfielen. Bei den einzelnen Obstarten dürften die Ernten im allgemeinen zwei Drittel, bei Aprikosen und Pfirsichen nur die Hälfte der üblichen Mengen betragen. Auch für die meisten Gemüsearten kann nur mit unterdurchschnittlichen Erträgen gerechnet werden.

In den Weinbergen sind ebenfalls Frostschäden entstanden. Diese wurden jedoch durch eine frühzeitige und rasche Blüte weitgehend ausgeglichen. Im Juni und Juli haben sich Reben und Trauben größtenteils vorteilhaft entwickelt, wenn auch einige Verrieselungsschäden und später Welkeerscheinungen nicht zu verkennen waren. Anfang August bestand ein Wachstumsvorsprung von etwa 10 Tagen, so daß bei normalem Witterungsverlauf eine gute Qualität erwartet werden kann. Die Erntemenge dürfte etwa einem mittleren Jahrgang entsprechen. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 137

Leicht angestiegene Milchproduktion im 1. Halbjahr 1976

Die Milcherzeugung in Rheinland-Pfalz belief sich in den ersten sechs Monaten auf 491 000 t. Sie lag damit um 1,7% höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die durchschnittliche Milchleistung je Kuh stieg um 0,3 auf 11,3 kg. Von der Gesamterzeugung wurden 439 000 t oder 89,4% an Molkereien geliefert, gegenüber 85,2% in der ersten Jahreshälfte 1975. Wegen der ab Mitte Juni herrschenden Dürre dürfte die Milchproduktion jedoch in der zweiten Jahreshälfte erheblich zurückgehen. da

Rückläufiges Schlachtaufkommen

Im ersten Halbjahr 1976 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 94 200 Rinder, 4 300 Kälber, 542 500 Schweine und 6 100 Schafe inländischer Herkunft geschlachtet. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres nahm die Zahl der Schlachtungen bei Rindern um 6,2%, bei Kälbern um 19,1% und bei Schweinen um 3,1% ab, während sie bei Schafen um 8,6% zunahm. Die gesamte Schlachtmenge verringerte sich um 3,9% auf 72 100 t. Außerdem wurden 4 987 Rinder, 24 003 Schweine und 131 Pferde aus dem Ausland bzw. der DDR geschlachtet, die zusammen eine Schlachtmenge von rund 3 300 t erbrachten. da

Fast 300 Konkurse im 1. Halbjahr 1976

Im ersten Halbjahr 1976 meldeten die rheinland-pfälzischen Amtsgerichte 296 Konkurse mit einer voraussichtlichen Forderungshöhe von insgesamt 150 Mill. DM. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum erhöhte sich die Zahl der Konkurse um 102 Verfahren oder 52,6%; gegenüber dem zweiten Halbjahr 1975 stieg sie jedoch nur um 8 Fälle.

Von den 296 gemeldeten Konkursen wurde bei 245 Verfahren oder 82,8% die Eröffnung mangels Masse abgelehnt.

119 oder zwei Drittel aller Konkurse betrafen Erwerbsunternehmen, die weniger als acht Jahre bestanden.

Unter den Erwerbsunternehmen wurde das Baugewerbe mit 54 Verfahren am stärksten betroffen, gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe mit 53 und dem Dienstleistungsbereich mit 38 Fällen. he

Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1976 spürbar angestiegen

Nach dem vorläufigen, von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex für Juni 1976 erhöhte sich die rheinland-pfälzische Industrieproduktion um 13,9% gegenüber dem Vorjahresmonat, blieb allerdings noch um 0,9% leicht hinter dem Ergebnis vom Mai 1976 zurück.

Im Vergleich zum Mai 1976 waren, nach Industriehauptgruppen differenziert, für die Investitionsgüter- (— 1,0%), die Grundstoff- und Produktionsgüter- (— 1,4%) sowie die Verbrauchsgütererzeugung (— 2,3%) jeweils leichte Minderungen zu verzeichnen, während die Nahrungs- und Genußmittelherstellung mit + 3,4% expandierte. Im Vergleich zu Juni 1975 sind mit Ausnahme der stagnierenden Investitionsgüterindustrien (— 0,1%) jeweils beträchtliche Wachstumsraten zwischen + 20,2% bei den Verbrauchsgüter- sowie + 16,7% bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien festgestellt worden (Grundstoff- und Produktionsgüterbereich + 19,1%).

Von Januar bis Juni 1976 war gegenüber dem ersten Halbjahr 1975 eine Produktionssteigerung der Industrie um 12,1% zu registrieren (1975: — 9,6%). In der Gliederung nach den wichtigsten Industriezweigen zeigten 1976 insbesondere die Textilindustrie (+ 35,2%), die Chemie (+ 22,3%), die Mineralölverarbeitung (+ 19,5%), die Feinkeramik (+ 15,6%) sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrien insgesamt (+ 13,3%) überdurchschnittliche Expansionstendenzen, wogegen die Produktion der Steine- und Erdenindustrie (+ 4,9%), des Straßenfahrzeugbaues (+ 3,1%), der Schuhherstellung (+ 1,6%) sowie des Maschinenbaues (+ 0,8%) nur vergleichsweise gering zunahm (elektrotechnische Industrie — 0,6%; Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie — 7,2%).

pe

Weitere Stabilisierung des stark geschrumpften Beschäftigtenstands beim Bauhauptgewerbe im Juni 1976

Nach den Ergebnissen einer Vorauswertung beschäftigte das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe im Juni 1976 rund 67 650 Arbeitskräfte, woraus sich gegenüber dem Vormonat ein Anstieg um 0,4% errechnet. Im Vergleich zum Juni 1975 war jedoch noch ein spürbarer personeller Rückgang um 5,0% zu verzeichnen. Gegenüber Mai 1976 ergaben sich für die Arbeitsleistung sowie das Lohn- und Gehaltsaufkommen Verschiebungen um + 2,6 bzw. — 0,7%, während in bezug zum Vorjahresmonat jeweils leichte Steigerungen von + 1,0 bzw. + 0,7% festgestellt werden konnten.

Im Zeitraum Januar bis Juni 1976 haben gegenüber dem ersten Halbjahr 1975 der Beschäftigtenstand um 6,7%, die Arbeitsleistung um 7,8% sowie die Lohn- und Gehaltssumme um 3,8% abgenommen. 1975 waren hier im Vergleich zu 1974 noch jeweils gravierende Einbußen von — 11,9 sowie — 14,6 und — 6,1% verzeichnet worden. pe

Ein Fünftel mehr Baugenehmigungen im 1. Halbjahr 1976

Nachdem 1975 die Zahl der genehmigten Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau gegenüber 1974 um 19% zurückgegangen war, konnte im 1. Halbjahr 1976 wieder ein deutlicher Anstieg beobachtet werden. Von Januar bis Juni 1976 wurden in Rheinland-Pfalz rund 12 800 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt. Das sind 2 000 oder 19% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Noch stärker erhöhte sich die Zahl der genehmigten Wohn-

kurz + aktuell

gebäude, und zwar um 31% auf 7 623; die hierfür veranschlagten reinen Baukosten, für die 1,5 Mrd. DM ermittelt wurden, erfuhren eine gleich hohe prozentuale Steigerung. wr

Quadratmeterpreis für baureifes Land um knapp ein Fünftel angestiegen

Im Jahre 1975 wechselten in Rheinland-Pfalz insgesamt 12 674 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 12,9 Mill. qm und einem Verkaufswert von 347 Mill. DM den Eigentümer. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Grundstücksverkäufe um 2,4% und der erzielte Verkaufserlös um 4,5% zu, die umgesetzte Fläche jedoch um 3,9% ab. Die flächenmäßigen Umsätze erfuhren für baureifes Land eine Zunahme um 6,0% und beim Land für Verkehrszwecke um 23%, während sie beim Rohbauland um 14%, beim Industrieland um 19% und bei den Freiflächen sogar um 45% abnahmen. Die Bedeutung der für Verkehrszwecke beanspruchten Landflächen hat sich auf dem Baulandmarkt in den letzten Jahren deutlich verstärkt. Unter den einzelnen Baulandarten erwiesen sich abermals baureifes Land (6,9 Mill. qm) und Rohbauland (2,8 Mill. qm) am billigsten. Die Aufgliederung der Baulandverkäufe nach einzelnen Baugebieten zeigt als Schwerpunkte, wie schon in früheren Jahren, das Wohngebiet in offener Bauweise und das Dorfgebiet. Auf diese beiden Kategorien entfielen 52 bzw. 40% aller Kauffälle und 44 bzw. 40% der umgesetzten Fläche. Zwei Fünftel aller Baulandveräußerungen wurden in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern ermittelt, wobei der Anteil an der umgesetzten Fläche 38%, an der Kaufsumme jedoch nur 22% ausmachte.

Im Durchschnitt aller Baulandarten errechnete sich ein Quadratmeterpreis von 26,87 DM; er überstieg den des vorausgegangenen Jahres um 8,7%. Der Quadratmeterpreis für baureifes Land stieg im Berichtsjahr um 18% auf 33,67 DM; Rohbauland ging dagegen im Verkaufswert um 22% auf 24,25 DM zurück. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 160

Steigende Beherbergungskapazität - Erheblicher Zuwachs bei den neuartigen Betriebsformen des Fremdenverkehrs

Zu Beginn der Sommersaison 1976 standen in den 288 in Rheinland-Pfalz zur Bundesstatistik berichtenden Gemeinden 114 300 Betten für den Fremdenverkehr bereit. Das sind 5 300 oder 4,9% mehr als im Vorjahr. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich damit das Bettenangebot in diesen Gemeinden um 17 000 oder 17,5% erhöht. In den übrigen 299 Berichtsgemeinden des Landes (Landesberichtsreis) wurden gleichzeitig 22 574 Fremdenbetten gezählt, so daß sich die Beherbergungskapazität in allen rheinland-pfälzischen Gemeinden, in denen der Fremdenverkehr eine gewisse Bedeutung hat, auf insgesamt 136 874 Betten beläuft.

Während sich die Zahl der Betriebe herkömmlicher Art, wie Hotels oder Gasthöfe, gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich veränderte, war in den neuartigen Betriebsformen wieder ein erheblicher Zuwachs zu beobachten. So erhöhte sich die Zahl der Ferien- und Bungalowdörfer, Ferien- und Appartementshäuser gegenüber April 1975 um 31 auf 105 (+ 42%) und die Zahl der Betten um 1 600 oder 39% auf 5 635. Die meisten Betriebe dieser Art sind im Fremdenverkehrsgebiet Eifel-Ahr ansässig; an Mosel und Saar und im westlichen Hunsrück befinden sich dagegen die größeren Feriencentren. mc

Ernteaussichten für 1976

Extreme Hitze- und Trockenperiode bestimmt Wachstum

Im Winter 1975/76 fielen in der zweiten Novemberhälfte, Anfang Dezember und im Januar erhebliche Niederschläge. Der Witterungsverlauf war ferner gekennzeichnet durch zwei kurze Frostperioden, und zwar in der dritten Dezemberwoche und Ende Januar, mit Tiefsttemperaturen von jeweils um -20°C . Im übrigen herrschte ruhiges und trockenes Winterwetter mit Temperaturen, die in der Regel um den Gefrierpunkt lagen. Ende Januar bildete sich eine geschlossene Schneedecke, die in den Höhengebieten bis Mitte Februar bestehen blieb, in Tallagen aber nach etwa zehn Tagen wieder abtaute. Nachdem in der zweiten Februarwoche noch Niederschläge gefallen waren, setzte sich unter dem Einfluß eines nordosteuropäischen Hochs heiteres Wetter durch. Mit nur kurzen Unterbrechungen hielt diese Großwetterlage bis zum Beginn der dritten Julidekade an. Bei Luftströmungen aus nördlichen Richtungen gestaltete sich die Witterung bis Ende März spätwinterlich mit häufigen leichten, verschiedentlich auch strengeren Nachtfrosten. Bei lebhaften Winden und starker Sonneneinstrahlung herrschte bereits Mitte März auf den meisten Ackerböden eine akute Trockenheit. Lediglich zu Beginn der zweiten Märzhälfte und Ende des Monats fielen nennenswerte Niederschläge. Ende März und Anfang April stiegen die Temperaturen vorübergehend merklich an, so daß das allgemeine Wachstum einsetzen konnte. Bei lebhaften Luftströmungen aus Nordost und häufigen Nachtfrosten wurde das Wachstum jedoch vor allem zu Beginn der zweiten und in der dritten Monatsdekade gehemmt. Ende April erreichten die Nachttemperaturen am Erdboden noch Tiefstwerte um -7°C . Leichte Niederschläge fielen lediglich zu Beginn und Ende des Monats.

Das überwiegend heitere und trockene Frühjahrs- wetter hielt auch im Monat Mai zunächst unvermindert an. Bei Luftströmungen aus südlichen Richtungen waren Ende der ersten Dekade bereits Temperaturen um $+30^{\circ}\text{C}$ zu verzeichnen. Nach einer Abkühlung und leichten Niederschlägen zur Zeit der Eisheiligen setzte sich Mitte Mai wiederum sommerliches Wetter durch, das bis zum Beginn der dritten Maidekade anhielt. Es folgte dann bis Anfang Juni eine veränderliche Witterungsperiode, die nur mäßigwarme Temperaturen und vor allem im nördlichen Landesteil einige Niederschläge brachte.

Mitte der ersten Junidekade setzte sich erneut Hochdruckeinfluß mit lebhaften Winden aus Nordost durch und bewirkte eine sehr beständige hochsommerliche Witterung. Die Tageshöchsttemperaturen lagen zunächst zwischen 27 und 30°C , vom Beginn der letzten Juni- bis Ende der zweiten Julidekade jedoch verbreitet über 30 , vielfach sogar über 33°C . Nennenswerte Niederschläge fielen während dieser Zeit nicht. Einzelne Gewitterschauer in der zweiten Julidekade blieben örtlich begrenzt und wenig ergiebig. Infolge der anhaltend sehr hohen Temperaturen in Verbindung mit lebhaften Luftströmungen und einer extrem niedrigen relativen Luftfeuchtigkeit verschärfte sich im ganzen Land die Trockenheit in einem Ausmaß, wie es seit vielen Jahren nicht mehr beobachtet worden war. Ausgebrannte Grünlandflächen, vorzeitige Getreidereife, vertrocknete Sträucher und Bäume, extrem niedrige Wasserstände in den Flüssen sowie Schwierigkeiten in der Trinkwasserversorgung einiger Gemeinden waren die äußeren Zeichen dieser außergewöhnlichen Wetterlage. Zu Beginn der dritten Julidekade beendeten Luftzufuhren aus Nordwest die Hitze- und Trockenperiode mit einem Temperatursturz von etwa 20° und einer zunächst lebhaften Schauertätigkeit, die auch ergiebige Niederschläge brachte.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß durch die Trockenheit vom zeitigen Frühjahr bis Ende der zweiten Julidekade das Pflanzenwachstum in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz ganz erheblich beeinträchtigt worden ist. Da auch im Spätwinter und Frühjahr keine nennenswerten Niederschläge mehr gefallen waren, wirkte sich die Trockenheit im allgemeinen stärker aus als in den Jahren 1964, 1959 und 1947. Damals konnten die Kulturpflanzen zunächst noch von der Winterfeuchtigkeit und den Niederschlägen im Frühjahr zehren, so daß sich die negativen Auswirkungen hauptsächlich erst im Spätsommer zeigten, als das Wachstum der meisten Kulturpflanzen ohnehin weitgehend abgeschlossen war.

Erhebliche Ausfälle bei Getreide

Im Gegensatz zum Vorjahr konnten im Herbst 1975 bezüglich der Aussaat des Wintergetreides bei milder und trockener Witterung alle Anbauvorhaben verwirklicht werden. Dadurch hat sich die Fläche des Wintergetreides wieder vergrößert, während der Anbau von Sommergetreide im Frühjahr 1976 entsprechend reduziert wurde. Durch die Nie-

derschläge im November konnten sich die meisten Wintersaaten vor Einbruch des Winters ausreichend entwickeln. Obwohl im Dezember und Ende Januar jeweils Temperaturen um -20°C sowie Ende Februar und Anfang März verschiedentlich Frostwechseltage auftraten, sind im letzten Winter keine nennenswerten Auswinterungsschäden entstanden.

Infolge der bereits im April herrschenden Trockenheit und der teilweise niedrigen Temperaturen konnte sich das Wintergetreide nur wenig bestocken. Die Aussaat des Sommergetreides erfolgte zwar rechtzeitig Ende März und Anfang April, die weitere Entwicklung wurde jedoch in den meisten Gebieten stark gehemmt. Insbesondere in höheren Lagen und auf leichteren Böden ließ das Wachstum während des Schossens erheblich zu wünschen übrig. Die Folge davon war, daß vor allem das Sommergetreide sehr kurz und die Ähren vielfach unterentwickelt blieben. Lediglich auf guten Böden machte das Wintergetreide, und zwar vor allem Wintergerste und Winterroggen, noch einen zufriedenstellenden Eindruck.

Die Niederschläge Ende Mai und Anfang Juni konnten vom Getreide nur teilweise genutzt werden, weil unmittelbar danach durch starke Sonneneinstrahlung und Luftbewegungen die Ackerböden wieder schnell austrockneten. Als zu Beginn der

und Winterweizen. Ende der zweiten Julidekade war in Rheinland-Pfalz das gesamte Getreide druschreif. Infolge der dann vorherrschenden kühlen und regnerischen Witterung verzögerten sich jedoch in den Höhengebieten die Erntearbeiten.

Unter den geschilderten Voraussetzungen sind Ernteprognosen unsicherer als in Normaljahren. Nach den bis Anfang August eingegangenen Informationen ist für Getreide insgesamt ein Hektarertrag von etwa 26 dt zu erwarten gegenüber 38,2 dt im Vorjahr und 36,9 im mehrjährigen Durchschnitt. Danach würde sich die Getreideernte insgesamt in Rheinland-Pfalz auf etwa 1 Mill. t belaufen und um 30% unter den Vergleichswerten bleiben. Die Ernteverluste werden bei Hafer, Sommergerste und Sommerweizen wesentlich größer sein als bei Wintergetreide und in besonders betroffenen Gebieten bis 70% betragen. Vielfach ist das Getreide infolge der Notreife sehr kleinkörnig ausgefallen. Teilweise wurde auch Sommergetreide vorzeitig geschnitten und der Ertrag als Rohfutter für das Rindvieh verwendet, weil die eigentlichen Futterflächen keinerlei Nutzung mehr zuließen bzw. der Getreideertrag so gering war, daß sich der Mähdrusch nicht lohnte. Bei Sommergerste ist nur ein geringer Teil für Brauzwecke geeignet.

Dauergrünland stark geschädigt

Die trockene und zeitweise kühle Witterung im Frühjahr ließ bei allen Futterpflanzen nur einen zögernden Wachstumsbeginn zu. Auch nach den Niederschlägen und der Erwärmung Ende April verlief das Wachstum in den meisten Gebieten von Rheinland-Pfalz verhalten. Die erste Rohfuterernte setzte bei heiterem und trockenem Frühsommerwetter verbreitet Anfang Juni ein und konnte in wenigen Tagen beendet werden. Auch in den Höhengebieten war sie bis Mitte Juni größtenteils abgeschlossen.

Der erste Rohfutterschnitt brachte zwar ein qualitativ hochwertiges Futter, blieb aber mengenmäßig mit 24 dt Heu je ha für alle Rohfutterarten zusammen um rund 50% unter dem Sechsjahresdurchschnitt 1970/75. Auf den Wiesen und Mähweiden, die den größten Teil der Rohfutterfläche ausmachen, wurden nur 23 dt je ha geerntet gegenüber 46,8 dt im Vorjahr und 47,6 dt im mehrjährigen Durchschnitt. Lediglich die tiefwurzelnde Luzerne lieferte mit rund 40 dt je ha noch einen annähernd zufriedenstellenden Mengenertrag.

Da Ende der ersten Junidekade die Temperaturen weiter anstiegen und die Anfang Juni gefallenen Niederschläge schnell verdunsteten, kam das Wachstum auf den Futterflächen nach dem ersten Schnitt bzw. Weidegang völlig zum Erliegen. Zu Beginn der dritten Monatsdekade war praktisch kein Grünfutter mehr vorhanden. Für die Versorgung des Rindviehs mußte das gerade geerntete Winterfutter angebrochen und zudem in erheblichem Maße Kraftfutter verwendet werden. In verschiedenen Gebieten wurden vorzeitig die Getreidefelder geschnitten, um Rohfutter zu gewinnen, und in größerem Umfang Rinderschlachtungen vorgenommen. Unter dem wochenlangen Einfluß der sengenden Sonne

Ertrags Erwartungen für Feldfrüchte und Futterpflanzen 1976

Fruchtart	Endgültiger Ertrag		Voraus- sichtlicher
	Ø	1975	Ertrag 1976
	1970/75		
	dt/ha		
Getreide	36,9	38,2	26
Winterweizen	40,9	43,2	32
Sommerweizen	37,3	38,4	24
Winterroggen	34,6	33,4	28
Sommerroggen	31,9	31,2	22
Wintermenggetreide	34,6	35,6	25
Wintergerste	41,5	42,3	34
Sommergerste	35,6	37,0	24
Hafer	33,2	34,7	18
Sommermenggetreide	33,3	34,6	19
Frühkartoffeln	206,2	202,1	135
Winterraps	24,2	20,8	17
Sommerraps und Rübsen	20,4	18,7	15
Rauhfutter ¹⁾	48,7	47,5	24
Klee und Klee gras	58,3	56,1	32
Luzerne	59,5	57,2	41
Wiesen und Mähweiden	47,6	46,8	23
Grasanbau auf dem Ackerland	49,6	45,4	24

1) Heuertrag des ersten Schnittes.

dritten Junidekade Hitzegrade und Trockenheit weiter zunahmen, wurde in weiten Gebieten von Rheinland-Pfalz das Getreide notreif. Betroffen waren insbesondere die Gebiete der Eifel, des Hunsrücks, der Westpfalz und des Westerwaldes sowie von den Getreidearten vor allem die Sommerfrucht und der Winterweizen. Aber auch in den übrigen Gebieten und bei den anderen Getreidearten waren merkliche Schäden zu verzeichnen.

Die erste Wintergerste wurde Mitte der dritten Junidekade und damit etwa zwei Wochen früher als in Normaljahren geerntet. Anfang Juli folgten in den klimatisch begünstigten Gebieten Sommergerste

zeigten sich die Grünlandflächen in weiten Gebieten von Rheinland-Pfalz in einem ausgebrannten Zustand. Erst zu Beginn der dritten Julidekade, als einige ergiebige Niederschläge gefallen waren, setzte das Wachstum allmählich wieder ein. Es dürfte aber schon feststehen, daß auch die Grünlandnutzungen im Spätsommer und Herbst wegen der langen Wachstumspause insgesamt gesehen nur unterdurchschnittliche Erträge bringen werden. Für den kommenden Winter bestehen daher ganz erhebliche Lücken in der Futtergrundlage für das Rindvieh.

Die Hackfrüchte konnten im Frühjahr rechtzeitig bestellt werden. Insbesondere bei den Rüben zeigten sich jedoch bereits beim Auflaufen einige Ausfälle, so daß viele Felder lückig blieben. Infolge der zunehmenden Trockenheit und Hitze verlief das Wachstum aller Hackfrüchte im Mai und Anfang Juni nur zögernd und kam Mitte Juni, als sich die Bestandsreihen vielfach noch nicht geschlossen hatten, völlig zum Stillstand. Die Niederschläge ab Ende Juli wirkten sich bei den Rüben noch vorteilhaft aus. Bei Kartoffeln dürften jedoch keine wesentlichen Verbesserungen der Ertragsverhältnisse mehr eintreten, weil hier nach der langen Unterbrechung nicht nur ein Dickenwachstum, sondern teilweise auch ein Austrieb der Knollen mit Kindebildung erfolgte. Frühkartoffeln werden nach der Vorschätzung Erträge liefern, die etwa um ein Drittel unter dem mehrjährigen Durchschnitt bleiben.

Frühe Rebenblüte

Durch Winter- und auch durch Frühjahrsfröste sind die Reben in einigen Gebieten geschädigt worden. Auf etwa 10% der Ertragsfläche dürften mittlere und auf 5% starke Frostschäden entstanden sein. Die Holzausreife vor dem Austrieb wurde von nahezu sechs Zehntel der Berichterstatter als gut und von den restlichen als mittel bezeichnet, womit sich gegenüber dem Vorjahr ein ungünstigeres Bild ergab. Durch die kalte Witterung in der zweiten Aprilhälfte verzögerte sich der Rebenaustrieb zunächst. Er erfolgte dann hauptsächlich Anfang Mai und damit eine Woche später als in Normaljahren. Knapp ein Drittel der Berichterstatter bezeichneten ihn als gut, 57% als mittel und 13% als schlecht (1975 = 89% gut). Die warme Witterung im Mai hat das Wachstum der Reben erheblich gefördert. Ende Mai wiesen die Reben einen Wachstumsstand auf, der etwas besser als mittel, aber geringer als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres bewertet wurde.

Infolge sehr warmer Witterung setzte die Rebenblüte wesentlich zeitiger als in den meisten vorangegangenen Jahren ein. Bis zum 10. Juni hatte sie bereits auf gut 40% der Ertragsflächen begonnen und war nahezu in allen Gebieten bereits vor dem 20. Juni beendet, während sie 1975 meistens erst nach diesem Zeitpunkt eingesetzt hatte. Die Rebenblüte dauerte größtenteils nicht länger als sieben Tage, ihr Verlauf wurde vielfach als gut beurteilt. Auch der Gescheinansatz (76% gut) fiel noch etwas günstiger aus als 1975. Bedingt durch die große Hitze sind auf 15% der Ertragsfläche schwache, auf

Anbaubereich	Gescheinansatz			Traubenansatz		
	schlecht	mittel	gut	schlecht	mittel	gut
% der eingegangenen Berichte						
Ahr	-	60	40	-	75	25
Mittelrhein	-	33	67	-	50	50
Eicharach	-	33	67	-	50	50
Rhein-Burgengau	-	33	67	-	50	50
Mosel-Saar-Ruwer	2	42	56	-	68	32
Bernkastel	2	47	51	-	77	23
Obermosel	5	35	60	-	65	35
Saar-Ruwer	-	43	57	-	55	45
Zell/Mosel	-	40	60	-	65	35
Nahe	3	9	88	-	17	83
Bad Kreuznach	4	4	92	-	16	84
Schloß-Böckelheim	3	12	85	-	17	83
Rheinhessen	-	14	86	-	16	84
Bingen	-	11	89	-	19	81
Nierstein	-	16	84	-	14	86
Wonnegau	-	16	84	-	16	84
Rheinpfalz	-	15	85	-	19	81
Südliche Weinstraße	-	12	88	-	11	89
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	-	19	81	-	28	72
Rheinland-Pfalz	1	23	76	-	33	67
dagegen 1975	-	29	71	-	13	87

40% mittlere und auf 1% starke Verrieselungsschäden entstanden. Infolge des überwiegend günstigen Blüteverlaufs wurden dennoch die ursprünglich durch Fröste entstandenen Ausfälle an den Rebenknospen weitgehend wieder ausgeglichen.

Bei hochsommerlichen Temperaturen entwickelten sich die Trauben zunächst sehr vorteilhaft, und die Beeren erreichten bald Erbsengröße. Ab Mitte Juli machte sich jedoch vor allem in Steillagen die Trockenheit bemerkbar, so daß sich das Beerenwachstum verlangsamte. Den Traubenansatz bezeichneten etwa zwei Drittel der Berichterstatter als gut (1975 = 87%). Nach den Niederschlägen zu Beginn der dritten Julidekade setzte sich das Wachstum wiederum zügig fort. Im Vergleich zur üblichen Entwicklung bestand Anfang August ein Wachstumsvorsprung von etwa zehn Tagen. Bei normalem Witterungsverlauf kann daher für den Jahrgang 1976 zunächst eine hohe Qualität erwartet werden. Nach den bisher vorliegenden Informationen über Gescheinansatz, Blüteverlauf und Traubenansatz ist mit einer Erntemenge zu rechnen, die dem mehrjährigen Durchschnitt entspricht.

Frostschäden bei der Obstblüte

In klimatisch begünstigten Gebieten begann die Obstbaublüte Anfang April bei Aprikosen, bei Kirschen und den übrigen Steinobstarten Mitte April und bei Äpfeln überwiegend Ende des Monats. In Höhengebieten setzte sie jeweils etwa eine Woche später ein, sie war aber auch hier Ende der zweiten Maidekade weitgehend abgeschlossen. Infolge der Nachfröste zu Anfang und Ende April haben alle Obstarten, allerdings gebietsweise sehr unterschiedliche Schäden an Knospen und Blüten erlitten. Betroffen waren vor allem Aprikosen und Pfirsiche. Trockenheit und Hitze im Juni und Juli haben sich ebenfalls nachteilig ausgewirkt, so daß die Früchte vielfach klein blieben oder vorzeitig abfielen.

Obstart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung
	Ø	1975 ¹⁾	im Juli 1976 ¹⁾
	1970/75		
kg je Baum			
Äpfel, Marktbobstbau ²⁾	25 593	36 522	18 230
Äpfel, Übriger Anbau	27,0	30,4	14,5
Hoch- und Halbstämme	30,4	37,5	16,6
Niederstämme	17,4	22,1	12,0
Birnen, Marktbobstbau	.	24,4	15,1
Birnen, Übriger Anbau	.	23,1	14,0
Hoch- und Halbstämme	.	26,5	16,1
Niederstämme	.	18,4	11,0
Kirschen	24,3	26,7	16,9 ³⁾
Süßkirschen	26,8	31,3	18,8 ³⁾
Sauerkirschen	22,5	25,1	16,2 ³⁾
Pflaumen und Zwetschen	22,3	11,3	15,1
Mirabellen und Renekloden	19,5	10,5	13,2
Aprikosen	20,5	7,1	6,9
Pfirsiche	14,5	6,1	6,8
Johannisbeeren (kg je Strauch)	2,9	3,0	2,0 ³⁾
rote und weiße	3,0	3,1	2,2 ³⁾
schwarze	2,5	2,7	1,5 ³⁾
Stachelbeeren (kg je Strauch)	3,0	2,7	1,6 ³⁾
Erdbeeren (kg je qm)	1,9	1,9	1,1
Erdbeeren (dt je ha)	76,2	82,4	49,5 ³⁾

1) Nur noch für den Marktbobstbau nach der Baumobsterhebung 1972 und dem Anbau in Haus- und Kleingärten (Übriger Anbau) nach der Obstbaumzählung 1965. - 2) Gesamtmenge int. - 3) Endgültiger Ertrag.

Nach bereits endgültigen Schätzungen erbrachten Süßkirschen nur 18,8 kg je Baum gegenüber 31,3 und 26,8 kg in den Vergleichsjahren, Sauerkirschen 16,2 kg gegenüber 25,1 und 22,5 kg. Auch bei Johannisbeeren und Stachelbeeren fielen die Erträge um etwa ein Drittel geringer aus als im Vorjahr. Die Erdbeerernte bezifferte sich bei geringeren Hektarerträgen und Anbauflächen auf knapp 7 000 dt gegenüber annähernd 13 000 dt im Jahre 1975.

Zum zweiten Male nacheinander werden Aprikosen und Pfirsiche nur sehr geringe Erträge liefern. Die Erntemengen der Pflaumen und Zwetschen sowie Mirabellen und Renekloden bleiben zwar etwas über den vorjährigen, aber ebenfalls deutlich unter denen im mehrjährigen Durchschnitt. Äpfel und Birnen werden beide Vergleichswerte erheblich unterschreiten. Im Marktbobstbau sind etwa 200 000 dt Äpfel zu erwarten gegenüber 365 000 dt im Vorjahr.

Auch Ausfälle bei Gemüse

Bei trockener Witterung konnte die Bestellung der Frühgemüsearten rechtzeitig erfolgen. Überwiegend niedrige Temperaturen im März und zeitweilige Nachfröste im April haben jedoch das Wachstum der Frühgemüsekulturen zunächst behindert. Die warme Witterung im Mai wirkte sich dann vorteilhaft aus, bis sich vor allem ab Mitte Juni die Trockenheit nachteilig bemerkbar machte, die auch durch künstliche Beregnung nicht voll ausgeglichen werden konnte.

Die frühen Sorten von Kohlrabi und Kopfsalat brachten noch zufriedenstellende Erträge, wenn

auch das vorjährige Niveau deutlich unterschritten wurde. Die Spargelsaison ließ sich zunächst vielversprechend an, infolge der zunehmenden Trockenheit gingen die Erträge jedoch immer mehr zurück, so daß die Flächenleistung von 40,8 dt je ha etwas unter den Vergleichswerten des Vorjahres und des mehrjährigen Durchschnitts blieb. Bei allen übrigen frühen Kulturen lagen die endgültigen Erträge deutlich unter den Vergleichswerten. Erheblich geringere Erntemengen als im Vorjahr, die teilweise auch auf Flächenreduzierungen zurückzuführen sind, lieferten insbesondere Frührotkohl, Frühblumenkohl und Frühe Möhren. Etwa gleiche Mengen brachten dagegen Frühweißkohl und Frühe Karotten, bei denen die Ertragsausfälle durch Anbauerweiterungen kompensiert wurden.

Bei den mittelfrühen Arten werden ebenfalls ausnahmslos geringere Ernten erwartet. Insbesondere bei den feuchtigkeitsliebenden Bohnen und Gurken dürfte es zu erheblichen Ausfällen kommen. Für

Ernteschätzung für Gemüse 1976

Gemüseart	Endgültiger Ertrag		
	Ø	1975	1976 ¹⁾
	1970/75	1975	1976 ¹⁾
dt/ha			
Winterspinat	165,9	172,7	176,0
Frühjahrsspinat	155,5	166,0	156,9
Frühweißkohl	280,1	285,6	252,8
Frührotkohl	260,2	255,1	221,8
Frühwirsing	210,4	215,6	174,4
Frühblumenkohl	186,4	195,1	166,9
Frühe Möhren	} 213,0	226,3	205,3
Frühe Karotten		239,6	183,7
Frischerbsen	46,9	52,1	39,6
Dicke Bohnen	119,9	117,1	98,3
Frühkohlrabi	199,5	231,5	197,5
Frühjahrskopfsalat	185,9	203,1	196,8
Spargel	43,2	41,9	40,8
Steckzwiebeln	247,4	252,2	156,1 ²⁾
Buschbohnen	107,8	110,8	90,4 ²⁾
Stangenbohnen	126,9	142,0	104,9 ²⁾
Einlegegurken	166,3	189,5	160,8 ²⁾
Schälgurken	225,1	250,3	202,1 ²⁾
Tomaten	375,9	407,1	279,4 ²⁾

1) Errechnet nach den Flächen der Erhebung über den beabsichtigten Gemüseanbau vom März 1976. - 2) Vorschätzung Mitte Juli 1976.

Buschbohnen kann mit einem Hektartrag von etwa 90 dt gerechnet werden gegenüber 111 dt im Vorjahr und 108 dt im mehrjährigen Durchschnitt.

Mitte Juli wurde der Wachstumsstand der späten Gemüsearten schlechter als mittel und zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres beurteilt. Der Witterungsverlauf, insbesondere die Höhe der Niederschläge, kann allerdings die Ertragsaussichten für diese Arten schnell verbessern.

Dr. J. Töniges

Nachfrage der Schulabgänger nach Ausbildungsplätzen 1976

Das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und der Mangel an Lehrstellen macht es erforderlich, daß für die rechtzeitige Durchführung von Maßnahmen noch vor dem Ende des Schuljahres ein Überblick über die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gegeben ist. Aus diesem Grund wurde in Rheinland-Pfalz im Mai eine Befragung der Schulabgänger durchgeführt. Erfaßt wurden die Schüler, die zum Ende des Schuljahres 1975/76 voraussichtlich die Schulen verlassen werden. Dabei wurde erfragt, in welchem Umfang die zur Entlassung anstehenden Schüler bereits Ausbildungsverträge abgeschlossen haben, wieviel Schülern ein Ausbildungsvertrag in Aussicht gestellt wurde und wie viele noch ohne Ausbildungsvertrag sind. Darüber hinaus interessierte die Frage nach den Übergängen in andere Schularten.

In die Erhebung einbezogen waren neben den Hauptschulen auch Sonderschulen, jedoch ohne die Schulen für Geistigbehinderte, da die Schüler dieser Schulen meist in beschützenden Werkstätten ausgebildet und betreut werden. Außerdem wurden auch die Schulabgänger aus Realschulen und Gymnasien erfaßt. Bei den allgemeinbildenden Schulen wurde nach den Schülern gefragt, die aus den Klassenstufen 7 (oder darunter) bis 10 die Schule verlassen. Da die Integrierten Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz noch keine Schüler aus den Klassen bis zur Klassenstufe 10 entlassen, waren diese Schulen nicht mit einbezogen. Aus dem Bereich der berufsbildenden Schulen wurde die Ausbildungsplatznachfrage der Schüler des Berufsgrundschuljahres und der Berufsfachschulen festgestellt. Die höheren Berufsfachschulen für Technik/Naturwissenschaft und die höheren Berufsfachschulen für Hauswirtschaft wurden jedoch nicht an der Erhebung beteiligt.

Bis zu Beginn der Auswertung hatten von 891 angeschriebenen Schulen 875 die Erhebungsbogen zurückgesandt, so daß von einer fast hundertprozentigen Erfassung gesprochen werden kann. Bei den

einzelnen Schularten schwankte die Erfassungsquote zwischen 95% bei den Sonderschulen und 99% bei den Realschulen.

Zwei Drittel der Schulabgänger wollen einen Beruf ergreifen

Da der Erhebungsstichtag fast drei Monate vor dem Schuljahresende lag, ließ sich nicht in jedem Fall von den Schulen feststellen, welche Schüler die Schulen zum Ende des Schuljahres 1975/76 verlassen werden. Dies zeigte sich vor allem bei vorzeitig abgehenden Schülern (Schülern mit Abgangszeugnis). Dennoch ergab sich eine sehr aufschlußreiche Bestandsaufnahme zum Stichtag.

Insgesamt wurden von den erfaßten Schulen 50 974 Schüler gemeldet, die aus den Klassenstufen 7 (oder früher) bis 10 voraussichtlich ihre jetzige Schule verlassen werden. Davon wollten nahezu zwei Drittel (33 805) einen Beruf ergreifen, 31,1% beabsichtigten, in eine Schule einer anderen Schulart überzuwechseln. Weitere 2,6% wollten nach der Schulentlassung zu Hause bleiben oder hatten andere Pläne. Am häufigsten gaben Gymnasiasten an, in andere Schularten überzuwechseln zu wollen, während die Schüler aus dem Berufsgrundschuljahr und aus Berufsfachschulen seltener einen Schulwechsel anstrebten.

Rund ein Drittel aller erfaßten Schüler hatte bis zum Erhebungsstichtag einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Die besten Chancen boten sich offensichtlich den Abgängern aus Berufsfachschulen und Realschulen, von denen 41,3% bzw. fast 40% einen Ausbildungsplatz nachweisen konnten, aber auch den Schülern aus dem Berufsgrundschuljahr (25,5%). Von den Schülern der Sonderschulen dagegen hatten nur wenige (7,8%) im Mai bereits einen Lehrherren gefunden. Erwartungsgemäß war für die Schüler in den 9. und 10. Klassenstufen, also den Abschlußklassen, leichter eine Lehrstelle zu erhalten als für die Schüler, die vorzeitig aus den darunterliegenden Klassenstufen ausscheiden werden. Bei

Schulabgänger 1976

Ab-/Übergänge aus	Ins- gesamt	Abgänge in den Beruf								Übergänge auf andere Schularten		Sonstige. Ab- oder Übergänge	
		mit gesichertem Ausbildungs- vertrag		mit in Aussicht gestelltem Ausbildungs- vertrag		ohne Ausbildungs- vertrag, obwohl ein Ausbildungs- verhältnis angestrebt wird		ohne Ausbildungsver- trag, wobei auch kein Ausbildungs-, sondern ein Arbeitsverhältnis angestrebt wird					
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hauptschulen	28 648	9 146	31,9	4 045	14,1	3 808	13,3	1 068	3,7	10 045	35,1	536	1,9
Sonderschulen	1 749	137	7,8	144	8,2	372	21,3	490	28,0	462	26,4	144	8,2
Realschulen	7 043	2 756	39,1	920	13,1	918	13,0	41	0,6	2 305	32,7	103	1,5
Gymnasien	3 028	869	28,7	378	12,5	359	11,9	29	1,0	1 311	43,3	82	2,7
Berufsgrundschuljahr	2 868	730	25,5	338	11,8	741	25,8	221	7,7	680	23,7	158	5,5
Berufsfachschulen	7 638	3 166	41,5	1 192	15,6	1 654	21,7	283	3,7	1 054	13,8	289	3,8
I n s g e s a m t	50 974	16 804	33,0	7 017	13,8	7 852	15,4	2 132	4,2	15 857	31,1	1 312	2,6

Abgänge/Übergänge	Ins- gesamt	Abgänge/Übergänge aus Klassenstufe ...							
		7 und darunter		8		9		10	
		männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich
Abgänge in den Beruf									
mit gesichertem Ausbildungsvertrag	12 908	159	76	319	173	5 115	2 974	2 048	2 044
mit in Aussicht gestelltem Ausbildungsvertrag	5 487	198	56	292	130	2 053	1 285	732	741
ohne Ausbildungsvertrag, obwohl ein Ausbildungsverhältnis angestrebt wird	5 457	395	208	394	283	1 383	1 275	699	820
ohne Ausbildungsvertrag, wobei auch kein Ausbildungsverhältnis, sondern ein Arbeits- verhältnis angestrebt wird	1 628	377	329	178	218	172	260	29	65
Übergänge in eine Schule einer anderen Schulart									
in die Hauptschule	1 470	486	340	189	198	121	113	11	12
in die Realschule	831	331	326	45	55	23	42	3	6
in das Gymnasium bzw. die Integrierte Gesamt- schule	1 928	270	315	17	18	36	58	601	613
in das Berufsgrundschuljahr	2 227	108	80	83	96	638	997	53	172
in andere berufsbildende Vollzeitschulen	7 667	55	44	75	62	2 235	3 864	495	837
Schüler, die weder Ausbildung noch Arbeitsver- hältnis noch schulische Weiterbildung anstreben, sondern zu Hause bleiben	401	43	69	32	29	88	96	19	25
Sonstige Ab- bzw. Übergänge	464	45	28	32	22	97	107	57	76
Insgesamt	40 468	2 467	1 871	1 656	1 284	11 961	11 071	4 747	5 411

allen Schularten zeigte sich jedoch, daß die abgehenden Mädchen seltener einen gesicherten Ausbildungsplatz hatten als die Jungen.

Jeder siebte Schüler hat Ausbildungsvertrag in Aussicht

Zum Zeitpunkt der Befragung waren noch 7 852 Schüler (15,4%), das sind 23% der Befragten mit Berufsabsicht, ohne einen Ausbildungsvertrag, obwohl sie ein Ausbildungsverhältnis anstrebten. Dabei wichen die Anteile je nach der besuchten Schulart stark voneinander ab. So hatten von den Schülern an Sonderschulen noch 21,3% keine Lehrstelle. Auffallend war auch, daß von den Schülern, die bereits an berufsbildenden Schulen sind, ebenfalls

noch sehr viele zu vermitteln waren: Von den Schülern im Berufsgrundschuljahr waren noch 25,8% ohne Ausbildungsvertrag. Etwas günstiger stellte sich die Situation für die Berufsfachschüler dar, von denen noch 21,7% ohne Aussicht auf eine Berufsausbildung waren. Von den Schulabgängern aus Gymnasien mußten sich dagegen nur noch 11,9 %, von den Realschülern noch 13% eine Lehrstelle suchen, während von den Hauptschülern noch 13,3% zu vermitteln waren.

Fast ebenso hoch wie die Zahl der Schüler ohne Ausbildungsvertrag war der Anteil der Schüler, denen der Abschluß eines Vertrages in Aussicht gestellt wurde. Es waren insgesamt 7 017, rund 14% der erfaßten Schulabgänger. Es ist jedoch anzunehmen, daß diese Schüler großenteils bis zum Jahresende einen festen Ausbildungsvertrag haben werden.

Jeder 24. der erfaßten Schüler, die ihre jetzigen Schulen verlassen werden, wollte keine Ausbildung absolvieren, sondern sofort ein Arbeitsverhältnis eingehen. Während von den Gymnasiasten und Realschülern nur ein verschwindend kleiner Teil diesen Weg einschlagen wollte, beabsichtigte von den Schülern aus Sonderschulen jeder vierte, ohne Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis einzutreten. Auch gaben 4,8% der erfaßten Mädchen, aber nur 3,5% der erfaßten Jungen an, direkt ein Arbeitsverhältnis aufnehmen zu wollen.

Jeder Zehnte noch unentschlossen

Generell ließen sich geschlechterspezifische Unterschiede feststellen. Es hatten nicht nur prozentual weniger Schülerinnen als Schüler zum Erhebungstichtag einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, sie hatten auch seltener eine Lehrstelle in Aussicht. Dagegen zählten relativ etwas mehr Mädchen zu der Gruppe, die noch keinen Ausbildungsvertrag hatte, obwohl sie eine Lehrstelle suchten. Andererseits drängen auch weniger Mäd-

Von Schulabgängern ohne Ausbildungsvertrag angestrebte Berufsgruppen 1976

Berufsgruppe	Ins- gesamt	Männ- lich	Weib- lich
Kaufmännische Büroberufe oder Verwaltung	1 717	663	1 054
Verkaufsberufe	758	120	638
Metallberufe	894	882	12
Elektroberufe (einschl. rundfunk- und fernsehtechnische Berufe)	495	489	6
Bauberufe	197	185	12
Holzberufe	109	107	2
Druckberufe	31	20	11
Chemie-, Physik- und Biologieberufe	110	43	67
Textil- und Lederberufe	102	18	84
Körperpflegeberufe (z. B. Friseur)	302	24	278
Gesundheitsberufe (z. B. Arzthelfer, Krankenpfleger)	865	65	800
Nahrungsberufe (z. B. Bäcker, Metzger, Brauer; nicht Verkaufsberufe)	291	247	44
Hauswirtschaftsberufe	290	16	274
Landwirtschaft-, Gartenbau- und Forstberufe	116	69	47
Glas-, Porzellan- und Keramikberufe	29	12	17
Gestaltende Berufe (z. B. Maler, Dekorateur)	173	114	59
Kunstgewerbliche Berufe (z. B. Bildhauer)	20	10	10
Sonstige Berufe	552	249	303
Noch unentschlossen hinsichtlich eines Berufes	801	366	435
Insgesamt	7 852	3 699	4 153

Schulabgänger aus Hauptschulen 1976

Verwaltungsbezirk	Abgänge in den Beruf				Übergänge auf eine Vollzeitschule einer anderen Schulart	Sonstige Ab- bzw. Übergänge
	mit gesichertem Ausbildungsvertrag	mit in Aussicht gestelltem Ausbildungsvertrag	ohne Ausbildungsvertrag, obwohl ein Ausbildungsverhältnis angestrebt wird	ohne Ausbildungsvertrag, wobei auch kein Ausbildungs-, sondern ein Arbeitsverhältnis angestrebt wird		
	%					
Kreisfreie Stadt						
Koblenz	20,2	11,9	14,4	3,1	48,9	1,5
Landkreise						
Ahrweiler	35,4	19,7	9,5	2,4	31,6	1,4
Altenkirchen (Ww.)	42,3	18,5	12,8	2,7	21,2	2,5
Bad Kreuznach	26,1	12,0	10,6	4,0	45,6	1,6
Birkenfeld	17,3	10,5	15,0	3,4	51,9	2,0
Cochem-Zell	39,4	12,5	13,8	2,0	31,0	1,3
Mayen-Koblenz	33,2	13,8	12,5	2,5	35,8	2,3
Neuwied	34,4	14,2	12,6	2,3	34,4	2,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	35,3	14,1	13,0	2,6	33,6	1,4
Rhein-Lahn-Kreis	41,0	10,5	11,5	1,4	34,3	1,3
Westerwaldkreis	36,9	13,7	9,0	1,8	37,3	1,4
RB Koblenz	32,6	13,7	12,1	2,6	37,3	1,7
Kreisfreie Stadt						
Trier	25,0	18,8	21,5	1,1	30,3	3,2
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	34,0	19,0	12,4	2,4	28,5	3,7
Bitburg-Prüm	27,1	15,5	13,7	2,9	38,6	2,2
Daun	40,0	11,4	11,4	1,0	35,7	0,6
Trier-Saarburg	26,3	16,9	18,1	2,4	34,7	1,6
RB Trier	29,8	16,7	15,5	2,1	33,5	2,4
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	37,9	14,6	9,3	4,3	32,6	1,3
Kaiserslautern	20,0	15,9	20,5	3,6	36,8	3,2
Landau i. d. Pfalz	26,3	15,3	17,8	3,9	35,9	0,7
Ludwigshafen a. Rhein	40,6	9,0	19,7	4,0	24,8	1,8
Mainz	36,1	13,0	12,7	1,6	34,7	1,9
Neustadt a. d. Weinstr.	33,1	13,4	9,2	1,8	35,9	6,7
Pirmasens	20,5	10,7	18,1	12,1	37,9	0,7
Speyer	26,2	17,7	11,9	2,4	41,5	0,3
Worms	26,9	21,3	19,0	3,6	28,3	0,9
Zweibrücken	22,4	13,8	16,1	11,4	35,0	1,2
Landkreise						
Alzey-Worms	34,4	15,7	11,9	4,3	31,9	1,9
Bad Dürkheim	29,3	13,8	12,2	2,9	41,2	0,6
Donnersbergkreis	29,2	13,7	14,1	6,9	35,0	1,1
Germersheim	38,8	10,2	16,0	6,0	28,0	1,0
Kaiserslautern	31,6	15,0	12,0	5,8	33,7	2,0
Kusel	25,7	18,0	9,5	2,2	38,2	6,4
Landau-Bad Bergzabern	42,0	13,9	9,8	4,5	28,1	1,8
Ludwigshafen	33,7	10,9	10,0	4,1	39,0	2,3
Mainz-Bingen	41,6	14,3	11,3	1,6	30,0	1,2
Pirmasens	21,5	12,1	12,7	15,6	37,4	0,7
RB Rheinhessen-Pfalz	32,0	13,7	13,6	5,0	33,9	1,8
Rheinland-Pfalz	31,9	14,1	13,3	3,7	35,1	1,9
Kreisfreie Städte	28,5	14,1	16,7	3,8	34,8	2,0
Landkreise	33,0	14,1	12,2	3,7	35,1	1,8

chen in die Lehrstellen; sie streben eher als ihre Klassenkameraden den Übergang in berufsbildende Vollzeitschulen an und äußern auch häufiger die Absicht, nach der Schulentlassung zu Hause bleiben zu wollen.

Die Schüler, die noch keine Aussicht auf eine Lehrstelle hatten, zeigten je nach der besuchten Schulart unterschiedliche Präferenzen für die einzelnen Berufsgruppen. So nannten Hauptschüler überwiegend Metall- und Verkaufsberufe sowie Büro-

berufe als angestrebtes Berufsziel. Schüler aus Gymnasien und Realschulen suchten in erster Linie Büro- und Gesundheitsberufe, ebenso wie die Absolventen berufsbildender Schulen. Von den Schülern aus Sonderschulen wurden am häufigsten Metall- und Verkaufsberufe angegeben. Jeder zehnte Schulabgänger, der noch keine Lehrstelle gefunden hatte, war am Erhebungsstichtag noch unentschieden hinsichtlich des Berufs, den er ergreifen will.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Bevölkerungsentwicklung 1975

Bevölkerungsabnahme in den Landkreisen geringer

Die auf der Basis der Volkszählung vom 27. Mai 1970 durch die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen fortgeschriebene Wohnbevölkerung von Rheinland-Pfalz belief sich am 31. Dezember 1975 auf 3 665 777 Personen. 1 749 823 von ihnen waren Männer (47,7%) und 1 915 954 Frauen. Gegenüber dem Jahre 1974 ist damit ein Rückgang der Bevölkerung um 22 289 Personen eingetreten. Diese Bevölkerungsabnahme setzt sich aus einem Gestorbenenüberschuß von 10 566 und einem negativen Wanderungssaldo von 11 723 Menschen zusammen. Der im Lande 0,6% betragende Bevölkerungsrückgang war in den kreisfreien Städten mit 1% stärker als in den Landkreisen, wo sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Vorjahr nur um 0,5% verringerte. Auch die Ursachen für das Absinken der Wohnbevölkerungszahlen waren in den kreisfreien Städten andere als in den Landkreisen. Während in letzteren 56,7% des Rückgangs auf den Gestorbenenüberschuß entfiel, betrug in den Städten der Anteil des negativen Wanderungssaldos an der Gesamtabnahme 64,3%.

Türken immer noch stärkste Ausländergruppe

Zu der Wohnbevölkerung am Jahresende 1975 gehörten 139 843 Ausländer, das sind 6 515 oder 4,5% weniger als im Dezember des Vorjahres. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist von 4,0% im

Jahre 1974 auf 3,8% im Jahre 1975 gesunken. Anders als bei der Gesamtbevölkerung, bei der die Frauen überwiegen, haben bei den Ausländern die Männer mit 57,2% klar den größten Anteil.

Eine Auszählung des durch das Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters nach der Staatsangehörigkeit vom September 1975 macht deutlich, daß die Türken mit 37 205 Staatsbürgern die in unserem Land am stärksten vertretene Ausländer-Nation sind. Im Vergleich zum Vorjahr hat ihre Zahl um nicht ganz 200 Personen zugenommen. Dagegen lebten 1975 gut 1 500 Italiener weniger hier als ein Jahr davor. Trotzdem stellen sie mit 26 667 Personen immer noch die zweitstärkste Ausländergruppe.

Weiterhin gab es 19 848 Jugoslawen, 8 288 Griechen, 8 089 Spanier und 5 153 Portugiesen, wobei alle diese Gruppen gegenüber 1974 zahlenmäßig zurückgingen.

Zahl der Lebendgeborenen weiterhin rückläufig

Die seit der ersten Hälfte der 60er Jahre anhaltende rückläufige Geburtenentwicklung setzte sich auch im abgelaufenen Jahr fort. Im Jahre 1975 wurden nur noch 34 377 Kinder, 17 668 Knaben (51,4%) und 16 709 Mädchen lebend geboren. Die im Vergleich zum Vorjahr um 4,2% niedrigere Geborenenzahl bedeutet, auf 1 000 Einwohner bezogen, einen Rückgang von 9,7 Lebendgeborenen auf gegenwärtig 9,3. Auffallend ist der gesunkene

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern 1968 - 1975

Durchschnittliches Alter der Mutter	Lebendgeborene auf 1 000 Frauen				Veränderung in %		
	1968	1971	1974	1975	1975 zu 1968	1975 zu 1971	1975 zu 1974
15 - 19 Jahre	39,0	38,1	26,6	22,7	- 41,8	- 40,4	- 14,7
20 - 24 "	166,8	135,9	96,3	90,2	- 45,9	- 33,6	- 6,3
25 - 29 "	145,2	108,9	101,7	104,9	- 27,8	- 3,7	3,1
30 - 34 "	97,0	68,1	48,1	45,4	- 53,2	- 33,3	- 5,6
35 - 39 "	45,3	37,3	23,5	21,4	- 52,8	- 42,6	- 8,9
40 - 44 "	13,4	10,8	8,3	6,9	- 48,5	- 36,1	- 16,9
15 - 44 Jahre	81,4	64,4	49,1	46,8	- 42,5	- 27,3	- 4,7
45 - 49 Jahre	1,1	0,9	0,6	0,4	- 63,6	- 55,6	- 33,3
15 - 49 Jahre	69,4	54,5	42,0	40,3	- 41,9	- 26,1	- 4,0

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1950 - 1975

Grundzahlen

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene				Totgeborene		Gestorbene ¹⁾					Geborenen- bzw. Gestorbenen-(-) überschuß
		insgesamt	männlich	weiblich	nicht-ehelich	insgesamt	nicht-ehelich	insgesamt	männlich	weiblich	im ersten Lebensjahr	in den ersten 7 Lebens-tagen	
1950	32 617	56 147	29 115	27 032	4 242	1 146	136	31 958	16 145	15 813	2 950	1 482	24 189
1960	31 924	64 251	32 743	31 508	3 350	1 023	72	39 533	20 596	18 937	2 369	1 299	24 718
1961	31 866	66 744	34 429	32 315	3 343	896	57	38 037	19 999	18 038	2 291	1 399	28 707
1962	31 312	66 185	33 887	32 298	3 001	899	63	39 345	20 530	18 815	2 132	1 355	26 840
1963	29 830	67 768	34 145	32 823	2 894	961	61	41 065	21 314	19 751	1 938	1 232	26 703
1964	29 062	67 323	34 695	32 628	2 676	881	60	38 529	20 343	18 186	1 826	1 155	28 794
1965	27 642	64 480	32 915	31 565	2 521	794	36	40 145	20 983	19 162	1 545	1 070	24 335
1966	26 844	64 249	33 196	31 053	2 440	774	41	40 758	21 011	19 747	1 550	1 089	23 491
1967	27 875	61 090	31 187	29 903	2 311	704	45	41 041	21 296	19 745	1 503	1 031	20 049
1968	25 695	58 532	30 086	28 446	2 442	670	32	44 219	22 750	21 469	1 410	924	14 313
1969	26 998	53 987	27 787	26 200	2 357	594	50	44 430	22 812	21 618	1 371	919	9 557
1970	27 665	48 706	25 119	23 587	2 331	514	35	43 694	22 202	21 492	1 241	902	5 012
1971	27 077	46 049	23 810	22 239	2 314	482	47	44 001	22 381	21 620	1 052	717	2 048
1972	26 444	41 035	21 012	20 012	2 239	442	26	43 914	22 360	21 554	989	610	- 2 879
1973	25 641	37 000	19 052	17 948	2 121	341	36	44 186	22 355	21 831	911	543	- 7 186
1974	24 444	35 885	18 305	17 580	2 083	303	26	43 487	22 001	21 486	805	453	- 7 602
1975	25 674	34 377	17 668	16 709	1 963	276	17	44 943	22 681	22 262	737	424	- 10 566
1. Vj. 1975	5 612	9 010	4 646	4 364	543	65	3	12 481	6 272	6 209	187	117	- 3 471
2. Vj. 1975	7 223	8 602	4 432	4 170	465	75	4	10 710	5 378	5 332	180	98	- 2 108
3. Vj. 1975	7 380	8 678	4 421	4 257	500	74	6	10 359	5 253	5 106	199	113	- 1 681
4. Vj. 1975	5 459	8 087	4 169	3 918	455	62	4	11 393	5 778	5 615	171	96	- 3 306

Verhältniszahlen

Jahr	Ehe- schlie- ßungen	Lebend- geborene	Gestorbene 1)	Geborenen- bzw. Gestor- benen- (-) überschuß	Nicht- ehelich Lebend- geborene	Gestorbene 1)		Totgeborene auf 1 000 Lebend- und Totgeborene	Knaben auf 1 000 lebend- geborene Mädchen
						im ersten Lebensjahr 2)	in den ersten 7 Lebenstagen		
						auf 1 000 Einwohner			
1950	11,0	18,9	10,8	8,1	75,6	52,8	26,4	20,0	1 077
1960	9,4	18,9	11,6	7,3	52,1	36,9	20,2	15,7	1 039
1961	9,3	19,5	11,1	8,4	50,1	32,2	21,0	13,2	1 065
1962	9,1	19,1	11,4	7,7	45,3	32,2	20,5	13,4	1 049
1963	8,5	19,4	11,8	7,6	42,7	28,7	18,2	14,0	1 065
1964	8,2	19,1	10,9	8,2	39,7	27,1	17,2	12,9	1 063
1965	7,7	18,1	11,3	6,8	39,1	23,8	16,6	12,2	1 043
1966	7,5	17,8	11,3	6,5	38,0	24,1	16,9	11,9	1 069
1967	7,7	16,9	11,3	5,5	37,8	24,5	16,9	11,4	1 043
1968	7,1	16,1	12,2	3,9	41,7	24,0	15,8	11,3	1 058
1969	7,4	14,8	12,1	2,6	43,7	25,1	17,0	10,9	1 061
1970	7,6	13,4	12,0	1,4	47,9	25,2	18,5	10,4	1 085
1971	7,4	12,5	12,0	0,6	50,3	22,7	15,6	10,4	1 071
1972	7,2	11,1	11,9	- 0,8	54,6	23,8	14,9	10,7	1 051
1973	6,9	10,0	12,0	- 1,9	57,3	24,3	14,7	9,1	1 062
1974	6,6	9,7	11,8	- 2,1	58,0	22,3	12,6	8,4	1 041
1975	7,0	9,3	12,2	- 2,9	57,1	21,3	12,3	8,0	1 057
1. Vj. 1975	6,2	9,9	13,7	- 3,8	60,3	21,3	13,0	7,2	1 065
2. Vj. 1975	7,9	9,4	11,7	- 2,3	54,1	20,8	11,4	8,6	1 063
3. Vj. 1975	8,0	9,4	11,2	- 1,8	57,6	22,7	13,0	8,5	1 039
4. Vj. 1975	5,9	8,7	12,3	- 3,6	56,3	20,5	11,9	7,6	1 064

1) Ohne Totgeborene. - 2) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten.

Anteil der ausländischen Kinder an den Gesamtgeburten. So waren im Jahre 1974 noch 10,8% aller Lebendgeborenen Ausländer, 1975 betrug ihr Anteil nur noch 9,1%. Hier müssen allerdings die Auswirkungen des am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes berücksichtigt werden, durch das alle Kinder mit einem deutschen Elternteil mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Eliminiert man diese Einflüsse, dann ergibt sich ein Anteil der ausländischen Lebendgeburten von 11,0%.

Leicht gestiegene Fruchtbarkeitsziffer der 25- bis 30jährigen Frauen

Das generative Verhalten der Bevölkerung, ausgedrückt durch die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern, hat sich im Verlauf der letzten Jahre deutlich geändert. Während 1968 von 1 000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren noch 81,4 Kinder lebend geboren wurden, lag dieser Wert im Jahre 1975 nur noch bei 46,8 Lebendgeburten. Dieser Rückgang um 42,5% war nicht gleichmäßig auf alle Altersgruppen verteilt. Am stärksten war die Abnahme der altersspezifischen Fruchtbarkeit mit 53,2% in der Gruppe der Frauen zwischen 30 und 35 Jahren, gefolgt von den 35- bis 40jährigen mit 52,8%. Dagegen hatten die Frauen im Alter von 25 bis 30 Jahren 1975 eine um nur 27,8% geringere Fruchtbarkeit als 1968. Im Vergleich zum Vorjahr ist 1975 in dieser Altersgruppe die Fruchtbarkeit sogar um 3,1% gestiegen, so daß jetzt von 1 000 Frauen dieses Alters 104,9 Kinder lebend geboren werden. Im Jahre 1973 hatte noch die Gruppe der 20- bis 24jährigen die höchste altersspezifische Fruchtbarkeit. Auch bei den ausländischen Frauen waren von dem bereits erwähnten Rückgang der Fruchtbarkeitsziffer die verschiedenen Altersgruppen unterschiedlich stark betroffen. Am deutlichsten nahm von 1974 auf 1975 die Fruchtbarkeit der 18 bis 21 Jahre alten Ausländerinnen ab, während die der ausländischen Frauen zwischen 14 und 18 Jahren mit 17,0% um etwa den gleichen Prozentsatz zunahm.

Steigender Gestorbenenüberschuß

Im Verlauf des Jahres 1975 starben im Lande 44 943 Menschen, etwas mehr als die Hälfte (50,5%) waren Männer. Damit erhöhte sich die Zahl der Sterbefälle gegenüber dem Vorjahr um 1 456 Personen oder 3,3%. Auf 1 000 Einwohner gerechnet starben 12,2 Menschen, gegenüber 11,8 im Vorjahr. Von den Gestorbenen waren 737 Kinder im ersten Lebensjahr, 424 davon überlebten nicht einmal die erste Lebenswoche. Bezieht man die Säuglingssterbefälle auf 1 000 lebendgeborene Kinder, dann ergibt sich ein Wert von 21,3, der erfreulicherweise unter dem Vorjahreswert von 22,3 liegt.

Der Gestorbenenüberschuß der Gesamtbevölkerung in Höhe von 10 566 Personen wurde nur durch die deutsche Bevölkerung verursacht, von der 13 296 Menschen mehr starben als Kinder lebend geboren wurden, während bei der ausländischen Bevölkerung ein Geburtenüberschuß von 2 730 erzielt wurde. Mit einem Gestorbenenüberschuß von 2,9 Personen auf 1 000 Einwohner liegt das Jahr 1975 noch unter dem Wert des Jahres 1974, in dem 2,1 Rheinland-Pfälzer mehr starben als geboren wurden.

Negativer Wanderungssaldo von über 11 700 Personen

Über die Landesgrenzen zogen 86 262 Personen zu und 97 985 fort, wodurch sich für das Land ein Wanderungsverlust von 11 723 Menschen ergab, von denen 9 245 Ausländer waren. Im Jahre 1974 war der negative Wanderungssaldo der Gesamtbevölkerung mit 5 119 Personen noch erheblich niedriger gewesen, weil damals nur 2 225 Ausländer mehr fort- als zuzogen. Die Wanderungsbewegung zwischen Rheinland-Pfalz und dem übrigen Bundesgebiet zeigt mit einem Wanderungsverlust von 4 438 Personen eine insgesamt negative Bilanz. Nur mit den Ländern Nordrhein-Westfalen, Saarland und Berlin (West) konnten positive Wanderungssalden erzielt werden. Gegenüber den anderen Bundesländern mußten teilweise erhebliche

Wanderungen über die Landesgrenzen 1950 - 1975

Zeitraum	Insgesamt			Bundesländer			Ausland und übrige Gebiete		
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo
1950	160 144	45 219	114 925	134 277	41 497	92 780	25 867	3 722	22 145
1960	109 356	101 410	7 946	84 901	89 338	- 4 437	24 455	12 072	12 383
1961	114 041	100 879	13 162	87 764	87 811	- 47	26 277	13 068	13 209
1962	109 205	100 109	9 096	88 133	86 195	1 938	21 072	13 914	7 158
1963	111 492	103 148	8 344	87 261	85 305	1 956	24 231	17 843	6 388
1964	116 235	109 092	7 143	89 120	90 489	- 1 369	27 115	18 603	8 512
1965	121 000	108 883	12 117	89 201	88 587	614	31 799	20 296	11 503
1966	123 165	116 185	6 980	92 887	90 305	2 582	30 278	25 880	4 398
1967	103 730	111 019	- 7 289	85 089	85 838	- 749	18 641	25 181	- 6 540
1968	109 108	104 828	4 280	84 890	86 938	- 2 048	24 218	17 890	6 328
1969	123 325	106 138	17 187	86 779	87 233	- 454	36 546	18 905	17 641
1970	129 860	109 011	20 849	88 085	88 732	- 647	41 775	20 279	21 496
1971	126 962	109 423	17 539	87 030	87 437	- 407	39 932	21 986	17 946
1972	124 518	109 786	14 732	85 475	86 816	- 1 341	39 043	22 970	16 073
1973	125 566	107 965	17 601	83 350	84 906	- 1 556	42 216	23 059	19 157
1974	102 239	107 358	- 5 119	76 389	81 573	- 5 184	25 850	25 785	65
1975	86 262	97 985	- 11 723	67 580	72 018	- 4 438	18 682	25 967	- 7 285
1. Vj. 1975	19 900	21 320	- 1 420	14 808	15 881	- 1 073	5 092	5 439	- 347
2. Vj. 1975	19 885	23 380	- 3 495	16 042	17 280	- 1 238	3 843	6 100	- 2 257
3. Vj. 1975	24 580	26 686	- 2 106	19 025	19 027	- 2	5 555	7 659	- 2 104
4. Vj. 1975	21 897	26 599	- 4 702	17 705	19 830	- 2 125	4 192	6 769	- 2 577

Wanderungen über die Landesgrenzen nach Herkunfts- und Zielgebieten 1974 und 1975

Herkunfts- und Zielgebiet	1974			1975					
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo	
	insgesamt			insgesamt	männlich	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich
Bundesgebiet	76 389	81 573	- 5 184	67 580	37 968	72 018	40 943	- 4 438	- 2 975
Schleswig-Holstein	1 556	1 626	- 70	1 343	788	1 360	818	- 17	- 30
Hamburg	610	791	- 181	615	343	769	454	- 154	- 111
Niedersachsen	3 758	4 045	- 287	3 253	1 820	3 436	2 025	- 183	- 205
Bremen	378	423	- 45	359	221	366	224	- 7	- 8
Nordrhein-Westfalen	24 035	24 072	- 37	21 406	11 658	21 133	11 919	273	- 261
Hessen	14 640	18 278	- 3 638	12 969	7 309	16 462	9 226	- 3 493	- 1 917
Baden-Württemberg	15 886	17 276	- 1 390	14 603	8 476	14 956	8 446	- 353	30
Bayern	6 425	7 534	- 1 109	5 658	3 299	6 729	3 893	- 1 071	- 594
Saarland	7 262	5 733	1 529	5 738	3 120	5 401	3 051	337	69
Berlin (West)	1 839	1 795	44	1 636	934	1 406	882	230	52
DDR einschl. Berlin (Ost)	522	57	465	823	341	82	31	741	310
Ostgebiete des Deutschen Reiches (Gebietsstand 31.12.1937)	398	131	267	325	132	184	60	141	72
Ausland	23 590	25 548	- 1 958	17 057	8 972	25 549	15 710	- 8 492	- 6 738
Europäisches Ausland	19 382	21 679	- 2 297	12 992	6 839	21 743	13 683	- 8 751	- 6 844
Frankreich	1 340	1 392	- 52	989	444	1 182	560	- 193	- 116
Griechenland	744	1 107	- 363	484	251	1 566	875	- 1 082	- 624
Großbritannien und Nordirland	708	553	155	600	293	472	259	128	34
Italien	3 944	5 239	- 1 295	2 461	1 511	4 584	2 806	- 2 123	- 1 295
Jugoslawien	2 272	3 243	- 971	1 405	691	3 438	2 333	- 2 033	- 1 642
Niederlande	464	476	- 12	367	206	397	241	- 30	- 35
Österreich	705	698	7	454	228	563	347	- 109	- 119
Portugal	687	932	- 245	348	153	788	457	- 440	- 304
Schweiz	280	291	- 11	313	159	257	126	56	33
Spanien	635	2 231	- 1 596	357	184	1 655	1 105	- 1 298	- 921
Türkei	5 353	3 978	1 375	3 256	1 798	5 487	3 876	- 2 231	- 2 078
Übriges europäisches Ausland	2 250	1 539	711	1 958	921	1 354	698	604	223
Außereuropäisches Ausland	4 206	3 869	337	4 065	2 133	3 806	2 027	259	106
USA	1 822	2 071	- 249	1 865	883	1 789	796	76	87
Übriges Amerika	537	539	- 2	459	225	541	285	- 82	- 60
Afrika	601	459	142	558	306	611	388	- 53	- 82
Asien	1 093	607	486	1 023	640	705	478	318	162
Australien	153	193	- 40	160	79	160	80	-	- 1
Unbekanntes Ausland	2	-	2	-	-	-	-	-	-
Unbekannt und ohne Angabe	1 340	49	1 291	477	259	152	88	325	171
Insgesamt	102 239	107 358	- 5 119	86 262	47 672	97 985	56 832	- 11 723	- 9 160

Wanderungsverluste hingenommen werden, vor allem mit Hessen (3 493 Personen) und Bayern (1 071). Das Wanderungsgeschehen mit dem Ausland, das 1975 einen Verlust von 8 492 Personen erbrachte, zeigte im abgelaufenen Jahr selbst bei Ländern wie der Türkei, mit der 1974 noch ein Wanderungsgewinn von 1 375 Personen erzielt wurde, eine negative Entwicklung, woraus sich ein Minussaldo von 2 231 Menschen ergibt. Fast ebenso hohe Wanderungsverluste wurden gegenüber Italien und Jugoslawien registriert. Dagegen war die Bilanz mit Großbritannien und Nordirland, der Schweiz, den USA und den asiatischen Ländern leicht positiv.

Die Wanderungen innerhalb des Landes - ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden - waren 1975 mit 122 914 Personen um einiges geringer als 1974, wo noch 131 233 ihren Wohnsitz innerhalb von Rheinland-Pfalz gewechselt hatten. Das wird auch durch die von 35,5 auf 33,4 gesunkene Mobilitätsziffer belegt, die angibt, wieviel Umzüge innerhalb des Landes auf 1 000 Einwohner entfallen. Im Jahresverlauf stellte sich heraus, daß Juli, August und Oktober die bevorzugten Umzugsmonate waren, in denen die Mobilitätsziffern bei Werten um 39 lagen.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung im Rahmen der regionalen Bevölkerungsprognose

Dargestellt anhand der Ergebnisse für den Rhein-Lahn-Kreis

Die natürliche Bevölkerungsbewegung ist das Ergebnis der auf eine bestimmte Basisbevölkerung folgenden Geburten und Sterbefälle. Aussagen über ihre künftige Entwicklung sind für die verschiedensten Fachplanungen, angefangen von der Kindergarten- bis hin zur Bildungs- und Regionalpla-

nung, von wachsendem Interesse. Denn einerseits zeichnen sie das Bild über die künftige Bevölkerungsstruktur eines Gebietes für den theoretischen Fall, daß keinerlei Wanderungsverflechtungen mit dem Umland bestehen, wobei der hypothetische Charakter deutlich macht, ob künftig einsetzende

Wanderungsbewegungen - beispielsweise von dünn besiedelten Räumen in Verdichtungsräume oder umgekehrt - politisch erwünscht sind oder nicht. Andererseits geben sie im Zusammenhang mit dem im gesamten Bundesgebiet zu beobachtenden Geburtenrückgang Antwort auf die Fragen: Genügen die Geburten zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes und wie liegen die Verhältnisse in den so unterschiedlich strukturierten Räumen des Landes, die gegebenenfalls zu einer Umdisponierung in der Planung von Infrastruktureinrichtungen zwingen?

Aus diesem Grunde wurde im Rahmen der regionalen Bevölkerungsprognose¹⁾ mit einem Programm zur Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den Verwaltungsbezirken des Landes begonnen, über dessen Verfahren und Ergebnisse im folgenden berichtet werden soll. Die Ergebnisse beziehen sich auf den Rhein-Lahn-Kreis; entsprechende Daten können für alle kreisfreien Städte und Landkreise von Rheinland-Pfalz sowie in aggregierter Form für die Regierungsbezirke und das Land Rheinland-Pfalz geliefert werden.

Beschreibung des Grundmodells

Eine Basisbevölkerung zum 1. Januar eines Jahres - nach Altersjahrgängen und Geschlecht gegliedert - wird um die zu errechnenden Geburten dieses Jahres vermehrt und um die Sterbefälle des gleichen Jahres vermindert. Während die Geburten somit die Bevölkerung unter 1 Jahr des nächstfolgenden Jahres repräsentieren, stellen die übrigen um die Sterbefälle reduzierten Altersjahrgänge im Jahr darauf die Bevölkerung des nächsthöheren

Altersjahrganges dar. Dieser Vorgang ist für jedes weitere Prognosejahr zu wiederholen, bis das Ende des Prognosezeitraumes erreicht ist, der hier 15 Jahre umfaßt. Die in jedem Prognosejahr neu zu berechnenden Geburten und Sterbefälle werden mittels alters- und geschlechtsspezifischer Kennziffern durch Multiplikation mit der vorausgehenden Ausgangsbevölkerung am 1. Januar des jeweiligen Prognosejahres ermittelt.

Basisbevölkerung

Als Basisbevölkerung dient die nach Altersjahrgängen und Geschlecht untergliederte fortgeschriebene Wohnbevölkerung zum 31. Dezember 1975, die für Prognosezwecke der Bevölkerung zum 1. Januar 1976 entspricht. Eine Trennung nach In- und Ausländern wurde noch nicht berücksichtigt, um das Rechenverfahren schnell und unkompliziert durchführen zu können.

Vorausschätzung der Geburten

Zur Vorausschätzung der Geburten dienen die sogenannten Fruchtbarkeitsziffern 15- bis 49-jähriger Frauen, die den Anteil der Lebendgeborenen nach dem Alter der Mutter an der Gesamtzahl der Frauen des jeweiligen Altersjahrganges darstellen. Da die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern geographisch sehr unterschiedlich verteilt sind, bot es sich an, mit kreisweise differenzierten Fruchtbarkeitsziffern zu arbeiten. Dabei wurde jedoch die Annahme getroffen, daß die jeweils aktuellen Fruchtbarkeitsziffern der einzelnen Teilräume des Landes zwar über den gesamten Prognoseabschnitt hinaus wirken, gleichzeitig jedoch eine Anpassung an den Trend des übergeordneten Raumes erfolgt.

¹⁾ H. Mayer: Grundschema für eine regionale Bevölkerungsprognose. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 29, Heft 3, März 1976.

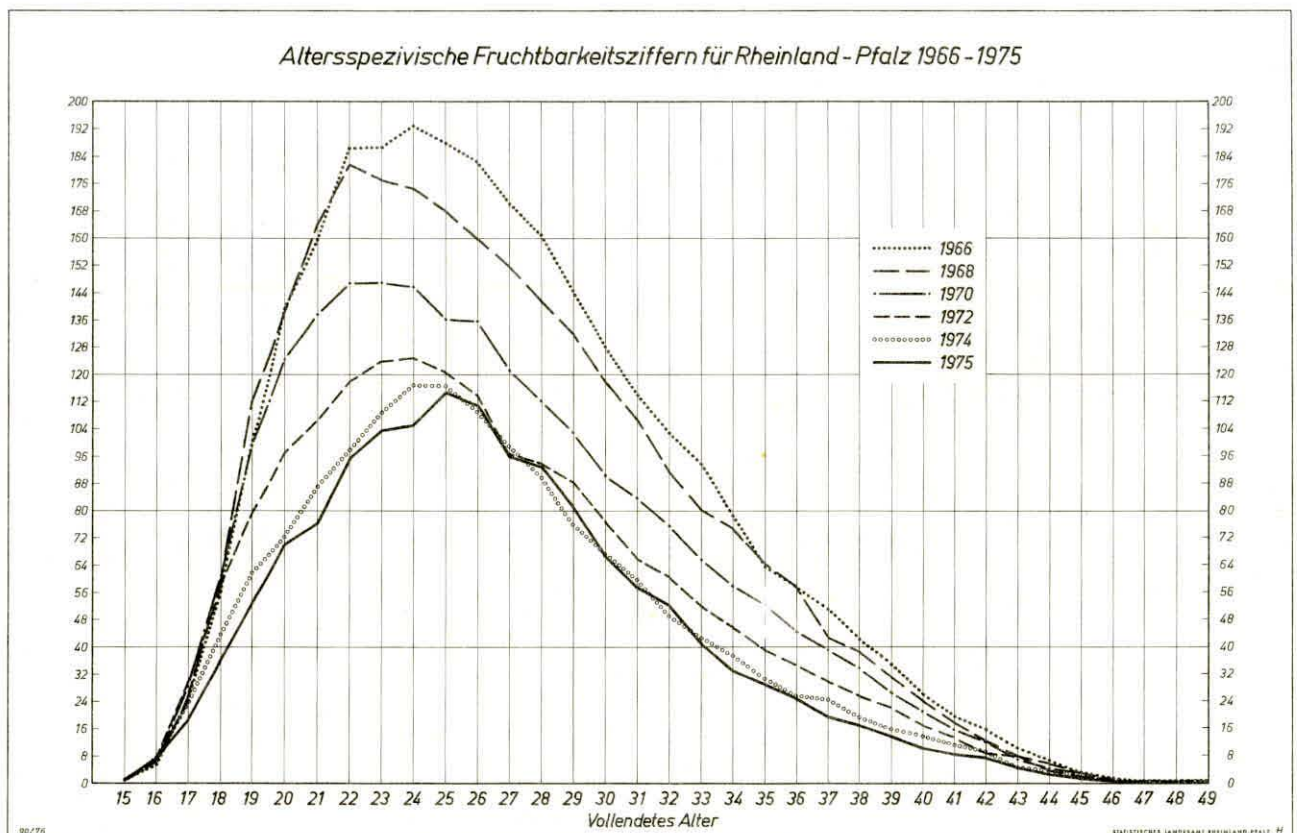


TABELLE 2 WOHNBEVÖLKERUNG AM 31.12. EINES JEDEN JAHRES DES PROGNOSEZEITRAUMS
NACH VERWALTUNGSBEZIRKEN, ALTERSGRUPPEN UND GESCHLECHT(ERGEBNISSE DER PROGNOSE DER NATÜRLICHEN BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG AUFGRUND
DER FORTGESCHRIEBENEN WOHNBEVÖLKERUNG AM 31.12.1975)

 *PRAE- * 1. STERBEZIFFERN= ALTER 0 UND 1 10-JAHRESTREND, AB ALTER 2 KONSTANT. 2. FRUCHTBARKEITSZIFFERN= *
 NISSEN TREND F. PROGNOSEJAHR 1 BIS 5, DANACH KONST., GEWICHTUNGSFAKTOR F. EXPONENT. GLAETUNG A=0.02*

ALTERSGRUPPE GESCHLECHT	0.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
JAHR DES PROGNOSEZEITRAUMS								
UNTER 6 JAHREN	7373	6828	6276	5831	5488	5141	4917	4771
MAENNLICH	3758	3486	3211	2963	2790	2612	2519	2445
WEIBLICH	3615	3342	3065	2868	2698	2529	2398	2326
6 BIS UNTER 15 JAHREN	17477	16851	16304	15545	14570	13624	12582	11740
MAENNLICH	9016	8665	8375	7985	7500	7025	6464	6031
WEIBLICH	8461	8186	7929	7560	7070	6599	6118	5709
15 BIS UNTER 18 JAHREN	5655	5860	5943	6040	6049	6123	6124	5802
MAENNLICH	2906	3018	3047	3135	3097	3129	3111	2963
WEIBLICH	2749	2842	2896	2905	2952	2994	3013	2839
18 BIS UNTER 21 JAHREN	4900	5366	5734	6051	6256	6340	6438	6445
MAENNLICH	2541	2885	3115	3308	3420	3450	3538	3498
WEIBLICH	2359	2481	2619	2743	2836	2890	2900	2947
21 BIS UNTER 45 JAHREN	36666	36589	36726	36977	37194	37285	37413	37636
MAENNLICH	19089	18950	18955	19016	19116	19179	19213	19280
WEIBLICH	17577	17639	17771	17961	18078	18106	18200	18356
45 BIS UNTER 60 JAHREN	20687	21041	21408	21740	21951	21849	21893	21986
MAENNLICH	9186	9458	9735	9991	10241	10395	10594	10818
WEIBLICH	11501	11583	11673	11749	11710	11454	11299	11168
60 BIS UNTER 65 JAHREN	7014	6338	5562	4835	4570	5094	5731	6425
MAENNLICH	2853	2532	2204	1934	1822	1943	2179	2480
WEIBLICH	4161	3806	3358	2901	2748	3151	3552	3945
65 BIS UNTER 75 JAHREN	13132	12953	12861	12742	12601	12127	11406	10636
MAENNLICH	5256	5171	5062	4925	4806	4588	4264	3935
WEIBLICH	7876	7782	7799	7817	7795	7539	7142	6701
75 UND MEHR JAHRE	6981	7209	7412	7589	7732	7855	7984	8096
MAENNLICH	2531	2571	2652	2704	2741	2776	2797	2810
WEIBLICH	4450	4638	4760	4885	4991	5079	5187	5286
INSGESAMT	119885	119035	118226	117350	116411	115438	114488	113537
MAENNLICH	57136	56736	56356	55961	55533	55097	54679	54260
WEIBLICH	62749	62299	61870	61389	60878	60341	59809	59277

ALTERSGRUPPE GESCHLECHT	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.
JAHR DES PROGNOSEZEITRAUMS								
UNTER 6 JAHREN	4709	4710	4764	4868	4962	5040	5088	5107
MAENNLICH	2414	2414	2441	2495	2543	2583	2607	2617
WEIBLICH	2295	2296	2323	2373	2419	2457	2481	2490
6 BIS UNTER 15 JAHREN	10825	9919	9233	8559	8058	7717	7432	7272
MAENNLICH	5541	5057	4710	4376	4097	3928	3780	3721
WEIBLICH	5284	4862	4523	4183	3961	3789	3652	3551
15 BIS UNTER 18 JAHREN	5549	5252	4952	4586	4121	3779	3450	3171
MAENNLICH	2866	2730	2571	2350	2113	1939	1783	1595
WEIBLICH	2683	2522	2381	2236	2008	1840	1667	1576
18 BIS UNTER 21 JAHREN	6520	6518	6200	5948	5651	5352	4987	4524
MAENNLICH	3532	3511	3366	3269	3134	2976	2755	2520
WEIBLICH	2988	3007	2834	2679	2517	2376	2232	2004
21 BIS UNTER 45 JAHREN	37712	37737	37844	38229	38901	39267	39712	40443
MAENNLICH	19294	19330	19365	19524	19842	19989	20271	20720
WEIBLICH	18418	18407	18479	18705	19059	19278	19441	19723
45 BIS UNTER 60 JAHREN	22242	22670	22943	22966	22767	22536	22275	21709
MAENNLICH	11085	11434	11650	11719	11671	11583	11402	11016
WEIBLICH	11157	11236	11293	11247	11096	10953	10873	10693
60 BIS UNTER 65 JAHREN	6974	7085	6912	6779	6585	6578	6594	6450
MAENNLICH	2699	2731	2767	2820	2799	2909	3055	3094
WEIBLICH	4275	4354	4145	3959	3786	3669	3539	3356
65 BIS UNTER 75 JAHREN	9944	9638	9744	9809	9841	9785	9718	10006
MAENNLICH	3658	3509	3509	3495	3534	3539	3505	3635
WEIBLICH	6286	6129	6235	6314	6307	6246	6213	6371
75 UND MEHR JAHRE	8137	8185	8226	8202	8196	8171	8117	7835
MAENNLICH	2778	2773	2734	2707	2619	2568	2568	2465
WEIBLICH	5359	5412	5492	5495	5519	5552	5549	5370
INSGESAMT	112612	111714	110818	109946	109082	108225	107373	106517
MAENNLICH	53867	53489	53113	52755	52410	52065	51726	51383
WEIBLICH	58745	58225	57705	57191	56672	56160	55647	55134

Abgesehen von dem unverhältnismäßig großen Aufwand, der mit einer Berechnung für jeden der Landesteile verbunden wäre, sind Trendaussagen für Partialräume zu instabil und daher nur auf Landesebene sinnvoll. Das bedeutete letztlich eine eigenständige Vorausschätzung der Fruchtbarkeitsziffern, was sich angesichts der ständig sinkenden Beobachtungswerte als notwendig erwies.

Dazu sind folgende Rechenoperationen erforderlich: Anhand einer Zeitreihe von zehn Jahren ist der Landestrend für jede der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern mittels der Methode der kleinsten Quadrate zu errechnen. Da die Zeitreihe jährlich um die neuesten Daten ergänzt wird, sind dementsprechend die Daten des am weitesten zurückliegenden Jahres jeweils zu eliminieren, um die Anzahl der Reihenglieder auf 10 standardisieren zu können. Der auf diese Weise gewonnene herkömmliche Trend ist jedoch für eine Vorausschätzung unbefriedigend, weil er die Vergangenheitentwicklung, deren rasche Veränderungsrate sich in Zukunft nicht fortsetzen wird, überbetont. Dieser Sachverhalt wirkt sich regional insofern stärker aus, als hier Räume mit einem relativ hohen Urbanisierungsgrad weniger stark entwickelten Gebieten gegenüberstehen, wobei erstere sehr viel schneller einem bestimmten Sättigungsgrad zustreben als letztere. Zur Lösung dieses Problems wurde das Verfahren der sogenannten exponentiellen Gewichtung (entsprechend dem Vorgehen beim Exponential Smoothing) verwendet. Dieses soll der Tatsache Rechnung tragen, daß der Informationswert der Beobachtungen exponentiell mit der Zeit abnimmt. Je weiter danach ein Meßwert zurückliegt, um so geringer ist sein Einfluß auf gegenwärtige oder gar zukünftige Erscheinungen. Zurückliegende Beobachtungen werden daher mit exponentiell abnehmenden Gewichten versehen, die mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen empirisch zu bestimmen sind oder - gestützt auf planerische Vorstellungen - subjektiv als Prämissen vorgegeben werden können. Je weniger dabei historische Daten im Vergleich zu aktuelleren Daten gewichtet werden, um so stärker flacht sich eine ursprünglich fallende bzw. aufsteigende Trendgerade ab. Das Programm sieht daher vor, daß je nach Ausgangsniveau der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern in den Kreisen mit unterschiedlichen Gewichtungsfaktoren gerechnet werden kann. Dadurch ist es möglich, von einer generellen Entwicklungsrichtung im Landesdurchschnitt auszugehen, kreisweise jedoch mit einem differenzierten Entwicklungstempo rechnen zu können.

Da theoretische Erwägungen es augenblicklich ratsam erscheinen lassen, für die Zukunft stetig abnehmende Veränderungsraten anzunehmen, die auf eine Sättigungsschwelle zustreben, kann für diese Zwecke per Programm neben der herkömmlichen linearen Trendfunktion eine halblogarithmische oder Exponentialfunktion angesprochen werden.

Darüber hinaus erlaubt das Programm, ab einem beliebig wählbaren Zeitpunkt die Trendschätzung abzubrechen und die zuletzt ermittelten Werte für den restlichen Prognosezeitraum konstant zu halten.

In einem abschließenden Arbeitsschritt ist dann der entsprechend den gesetzten Annahmen modifizierte Trend auf die aktuellsten, das heißt zuletzt anfallenden Fruchtbarkeitsziffern der einzelnen Kreise aufzusetzen. Rechnerisch bedeutet dies, daß der sogenannte Trendgrundwert, der sich bei einem Zeitwert von $t = 0$ ergibt, durch den aktuellsten Wert eines Kreises ersetzt wird, während der übrige Teil der Trendgleichung unverändert bleibt.

Im konkreten Falle der hier erstmals veröffentlichten Ergebnisse einer Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den Kreisen des Landes werden die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern je nach Ausgangslage in den Kreisen vorsichtig gewichtet und ihrem ursprünglichen Verlauf gemäß mit kontinuierlich fallenden Veränderungsraten (Exponential- bzw. halblogarithmische Funktion) vorausgeschätzt, bis sich der Entwicklungsverlauf nach 5 Prognosejahren stabilisiert hat. Vorteil dieser Methode ist, daß der rapide Rückgang der Fruchtbarkeitsziffern künftig mehr und mehr abgeschwächt wird, wobei sich die Kreiswerte, wie hier des Rhein-Lahn-Kreises, lediglich auf einem anderen Level bewegen.

Vorausschätzung der Sterbefälle

Zur Vorausschätzung der Sterbefälle werden alters- und geschlechtsspezifische Sterbeziffern benutzt, die die Wahrscheinlichkeit ausdrücken, daß eine Person im vollendeten Alter x nicht mehr das Alter $x + 1$ erreicht. Das Pendant dazu ist die Überlebenswahrscheinlichkeit, mit der die Wahrscheinlichkeit angegeben wird, daß diese Person mindestens ein Jahr älter wird. Regionale Unterschiede sind bei diesen Ziffern so gering, daß die Verwendung von Landeswerten nur ein minimales Fehlerisiko bedeutet.

Was die Sterbeziffern der Bevölkerung im Alter von 2 bis 100 Jahren angeht, so wird künftig mit konstanten Werten gerechnet, die der neu berechneten Sterbetafel für Rheinland-Pfalz entnommen werden. Die hier nachgewiesenen Sterbeziffern haben den Vorzug, daß sie auf einem dreijährigen Beobachtungszeitraum 1970 bis 1972 basieren und nach einem für das Bundesgebiet und die einzelnen Bundesländer einheitlichen Zeitreihenanalyseverfahren ermittelt wurden, das Sonderentwicklungen, zum Beispiel Grippewellen, ausschaltet. Angesichts einer längeren Meßreihe, deren Glieder sich zeitlich nur geringfügig änderten, sowie Auswertungen der Todesursachenstatistik, erscheint eine zeitliche Konstanz dieser Ziffern durchaus vertretbar, zumal auf dem Gebiete der Medizin und Hygiene, der ärztlichen Versorgung und staatlichen Gesundheitsvorsorge nur Schritt für Schritt Fortschritte zu erzielen sind, die jedoch keinen nachhaltigen Effekt auf die Höhe der Sterbeziffern haben können. Änderungen in den Sterbeziffern sind lediglich hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit zu erwarten, wenn man das vergleichsweise niedrige Ni-

TABELLE 3 WOHNBEVÖLKERUNG AM 31.12. EINES JEDEN JAHRES DES PROGNOSEZEITRAUMS
NACH VERWALTUNGSBEZIRKEN, ALTERSJAHREN UND GESCHLECHT
(ERGEBNISSE DER PROGNOSE DER NATÜRLICHEN BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG AUFGRUND
DER FORTGESCHRIEBENEN WOHNBEVÖLKERUNG AM 31.12.1975)

*PRAE- * 1.STERBEZIFFERN= ALTER 0 UND 1 10-JAHRESTREND, AB ALTER 2 KONSTANT. 2.FRUCHTBARKEITZIFFERN= *
MISSEN TREND F. PROGNOSEJAHR 1 BIS 5,DANACH KONST., GEWICHTUNGSFAKTOR F. EXPONENT. GLAETUNG A=0.02*

ALTERSJAHR	0.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.
GESCHLECHT	JAHR DES PROGNOSEZEITRAUMS															
0	1006	951	892	842	800	761	779	802	825	843	856	866	876	881	874	864
MAENNLICH	494	489	458	433	411	391	400	412	424	433	440	445	450	453	449	444
WEIBLICH	512	462	434	409	389	370	379	390	401	410	416	421	426	428	425	420
1	1094	986	929	872	824	783	744	761	784	806	824	837	847	857	861	855
MAENNLICH	562	483	476	447	422	401	381	390	402	413	422	429	434	439	441	438
WEIBLICH	532	503	453	425	402	382	363	371	382	393	402	408	413	418	420	417
2	1123	1090	983	927	869	822	781	742	759	781	804	822	835	845	855	859
MAENNLICH	570	560	481	475	445	421	400	380	389	400	412	421	428	433	438	440
WEIBLICH	553	530	502	452	424	401	381	362	370	381	392	401	407	412	417	419
3	1266	1121	1089	983	926	869	820	779	742	759	781	804	821	834	844	854
MAENNLICH	671	569	559	481	474	445	420	399	380	389	400	412	421	427	432	437
WEIBLICH	595	552	530	502	452	424	400	380	362	370	381	392	400	407	412	417
4	1418	1264	1120	1088	982	925	869	820	779	742	758	781	803	820	834	843
MAENNLICH	716	670	568	559	480	474	445	420	399	380	388	400	411	420	427	432
WEIBLICH	702	594	552	529	502	451	424	400	380	362	370	381	392	400	407	411
5	1466	1416	1263	1119	1087	981	924	867	820	779	741	758	780	803	820	832
MAENNLICH	745	715	669	568	558	480	473	444	420	399	379	388	399	411	420	426
WEIBLICH	721	701	594	551	529	501	451	423	400	380	362	370	381	392	400	406
6	1730	1464	1415	1263	1119	1087	981	924	867	819	778	740	758	779	803	819
MAENNLICH	907	744	714	669	568	558	480	473	444	419	398	379	388	399	411	419
WEIBLICH	823	720	701	594	551	529	501	451	423	400	380	361	370	380	392	400
7	1783	1728	1463	1415	1261	1118	1087	980	924	867	819	778	740	756	779	801
MAENNLICH	937	906	743	714	668	567	558	479	473	444	419	398	379	387	399	410
WEIBLICH	846	822	720	701	593	551	529	501	451	423	400	380	361	369	380	391
8	1765	1781	1727	1463	1413	1261	1118	1086	980	923	866	818	778	740	756	779
MAENNLICH	903	936	905	743	713	668	567	557	479	472	443	419	398	379	387	399
WEIBLICH	862	845	822	720	700	593	551	529	501	451	423	399	380	361	369	380
9	2026	1763	1780	1727	1462	1413	1261	1117	1085	980	923	866	817	777	739	756
MAENNLICH	1042	902	935	905	743	713	668	566	557	479	472	443	418	398	378	387
WEIBLICH	984	861	845	822	719	700	593	551	528	501	451	423	399	379	361	369
10	2034	2024	1763	1780	1725	1461	1413	1260	1116	1085	979	922	866	817	776	739
MAENNLICH	1033	1041	902	935	904	742	713	667	566	557	479	472	443	418	397	378
WEIBLICH	1001	983	861	845	821	719	700	593	550	528	500	450	423	399	379	361
11	2084	2032	2023	1762	1778	1725	1461	1412	1260	1116	1084	978	922	866	817	776
MAENNLICH	1049	1032	1040	901	934	904	742	712	667	566	556	478	472	443	418	397
WEIBLICH	1035	1000	983	861	844	821	719	700	593	550	528	500	450	423	399	379
12	2024	2082	2031	2023	1762	1778	1724	1460	1411	1259	1116	1084	978	921	864	817
MAENNLICH	1060	1048	1031	1040	901	934	903	741	712	667	566	556	478	471	442	418
WEIBLICH	964	1034	1000	983	861	844	821	719	699	592	550	528	500	450	422	399
13	1957	2022	2081	2031	2021	1760	1777	1724	1460	1411	1258	1115	1084	978	921	864
MAENNLICH	998	1059	1047	1031	1039	900	933	903	741	712	666	565	556	478	471	442
WEIBLICH	959	963	1034	1000	982	860	844	821	719	699	592	550	528	500	450	422
14	2074	1955	2021	2081	2029	2021	1760	1777	1722	1459	1410	1258	1115	1083	977	921
MAENNLICH	1087	997	1058	1047	1030	1039	900	933	902	741	711	666	565	555	477	471
WEIBLICH	987	958	963	1034	999	982	860	844	820	718	699	592	550	528	500	450
15	1922	2072	1954	2020	2079	2028	2020	1759	1775	1722	1458	1410	1257	1115	1082	977
MAENNLICH	969	1086	996	1057	1046	1029	1038	899	932	902	740	711	665	565	555	477
WEIBLICH	953	986	958	963	1033	999	982	860	843	820	718	699	592	550	527	500
16	1871	1920	2071	1952	2019	2078	2028	2018	1757	1774	1721	1457	1409	1257	1113	1082
MAENNLICH	966	968	1085	995	1057	1045	1029	1037	898	931	901	739	710	665	564	555
WEIBLICH	905	952	986	957	962	1033	999	981	859	843	820	718	699	592	549	527
17	1862	1868	1918	2068	1951	2017	2076	2025	2017	1756	1773	1719	1455	1407	1255	1112
MAENNLICH	891	964	966	1083	994	1055	1044	1027	1036	897	930	900	738	709	664	563
WEIBLICH	891	904	952	985	957	962	1032	998	981	859	843	819	717	698	591	549
18	1734	1992	1999	2049	2199	2082	2148	2207	2156	2147	1887	1904	1851	1588	1539	1387
MAENNLICH	905	1102	1096	1098	1215	1126	1187	1175	1159	1167	1029	1062	1032	871	841	796
WEIBLICH	829	890	903	951	984	956	961	1032	997	980	858	842	819	717	698	591
19	1631	1732	1991	1999	2048	2198	2081	2146	2206	2155	2147	1887	1903	1849	1587	1538
MAENNLICH	867	904	1102	1096	1098	1214	1125	1186	1175	1158	1167	1029	1062	1031	871	841
WEIBLICH	764	828	889	903	950	984	956	960	1031	997	980	858	841	818	716	697
20	1535	1642	1744	2003	2009	2060	2209	2092	2158	2216	2166	2157	1897	1915	1861	1599
MAENNLICH	769	879	917	1114	1107	1110	1226	1137	1198	1186	1170	1178	1040	1074	1043	883
WEIBLICH	766	763	827	889	902	950	983	955	960	1030	996	979	857	841	818	716
21	1514	1532	1640	1742	2000	2007	2057	2207	2089	2155	2214	2164	2154	1896	1912	1858
MAENNLICH	822	767	877	915	1112	1105	1108	1224	1135	1196	1184	1168	1176	1039	1072	1041
WEIBLICH	692	765	763	827	888	902	949	983	954	959	1030	996	978	857	840	817

veau entsprechender Ziffern in Skandinavien und Holland betrachtet. Dabei wird die Zahl der Kinder unter einem Jahr, die das erste Lebensjahr vollenden, mittels der sogenannten Überlebenswahrscheinlichkeit für das Geburtskalenderjahr vorausgeschätzt. Die darauf folgende Sterbewahrscheinlichkeit für das Alter 1 besagt dann, wieviele Einjährige im nächsten Prognosejahr das Alter von zwei Jahren nicht erleben werden. Während die Überlebenswahrscheinlichkeit für das Geburtskalenderjahr als 1 minus Säuglingssterblichkeit für das Geburtskalenderjahr (Wahrscheinlichkeit im Laufe des Geburtskalenderjahres zu sterben) definiert ist, bemißt sich die Sterbeziffer für das Alter 1 aus der Differenz zwischen der sogenannten rohen Säuglingssterbewahrscheinlichkeit (Wahrscheinlichkeit im ersten Lebensjahr zu sterben) und der Säuglingssterblichkeit für das Geburtskalenderjahr, da letzteres bereits beim Ansatz der Überlebenswahrscheinlichkeit Neugeborener berücksichtigt wird.

Die Vorausschätzung dieser Kennziffern wird analog zum Trendverfahren bei der Vorausschätzung von Fruchtbarkeitsziffern praktiziert, wobei wegen eines relativ flachen Trendverlaufs in der Vergangenheit von einer exponentiellen Gewichtung der Meßwerte abgesehen wurde.

Bevölkerungsgruppen, die eine spezielle Vorausschätzung erfordern

Die Vorausschätzung der natürlichen Bevölkerungsbewegung auf Kreisebene erweist sich als korrekturbedürftig, weil auf dieser kleinräumlichen Ebene strukturelle Besonderheiten der ansässigen Wohnbevölkerung von wesentlicher Bedeutung sein können. Der Grund dafür liegt in der definitorischen Abgrenzung der Wohnbevölkerung. Denn bekanntlich zählen dazu nicht nur Personen, die am Zählungstichtag ihren alleinigen Wohnsitz in dem betreffenden Gebiet hatten, sondern auch Personen mit einem weiteren Wohnsitz, wenn sie von hier aus zur Ausbildung oder Arbeit gingen oder sich hier überwiegend aufhielten. Während Soldaten im Grundwehrdienst in ihrer Heimatgemeinde zur Wohnbevölkerung zählen, werden Zeit- und Berufssoldaten, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei ebenso wie Strafgefangene, Dauerinsassen und Personal von Anstalten zur Wohnbevölkerung des entsprechenden Standortes gerechnet.

Für folgende Personengruppen kann das Schema der Vorausschätzung - Schätzung der Geburten mittels altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern sowie Schätzung der Sterbefälle mittels alters- und geschlechtsspezifischer Sterbefälle - nicht angewandt werden:

- (1) Studentische Bevölkerung, die in einer der betrachteten Gebietseinheiten ihren Zweitwohnsitz hatte. Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen mit Zweitwohnsitz können mangels statistischer Masse vernachlässigt werden.
- (2) Zeit- und Berufssoldaten. Angehörige des Bundesgrenzschutzes sowie Bereitschaftspolizei werden regional nicht ausgewiesen, so daß sie ange-

sichts einer nur unerheblichen Landessumme unberücksichtigt bleiben.

Das Spezifische dieser beiden Bevölkerungsgruppen besteht darin, daß sie nur begrenzte Zeit wohnhaft bleiben, abwandern und durch fast gleiche Bevölkerungsteile über Zuwanderungen wieder ersetzt werden. Hinzu kommt, daß sich ihre strukturelle Zusammensetzung nach dem Alter bei gleichzeitiger Konzentration auf bestimmte Altersklassen kaum ändert. Ihr Volumen dagegen hängt von den Kapazitäten der jeweils vorhandenen Einrichtungen ab. Insofern ist es wichtig zu wissen, welche Ausbaupläne im Hinblick auf das Hochschulwesen bestehen. Da entsprechende Pläne über die Entwicklung von Zeit- und Berufssoldaten verständlicherweise nicht zugänglich sind, muß in diesem Fall mit jährlich konstanten Werten gerechnet werden.

Es wäre denkbar, als weitere Korrekturgröße auch die Berufsfernependler einzubeziehen, weil sich Sterbefälle und Geburten dieser Bevölkerungsgruppe ebenso auf den Familienwohnsitz, das heißt nicht auf den Wohnsitz am Arbeitsplatz, auswirken können. Dies wird schon daran deutlich, daß der Anteil der weiblichen Berufsfernependler im Schnitt 40% beträgt. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, daß in den Zahlen der Berufsfernependler ein Teil der isoliert zu betrachtenden Berufs- und Zeitsoldaten enthalten ist. Deutet man Pendler, insbesondere Fernpendler als potentielle Wanderungen, so sollen zeitliche Bewegung und Verursachungsfaktoren dieser Größe Gegenstand einer speziellen Untersuchung werden, die Grundlage einer Pendler- und schließlich einer Arbeitsmarktvorausschätzung sein soll.

Ebenso könnten in das Korrekturmodell Bewohner von Einrichtungen der Altenhilfe aufgenommen werden, da sie fast ausschließlich die Personen über 65 Jahre umfassen. Es scheint jedoch auch hier vorteilhafter, bei der Prognose der Altenwanderungen diesen Sachverhalt einfließen zu lassen, zumal hier nur die kreisfreie Stadt Mainz mit 1 900 Bewohnern solcher Einrichtungen mit weitem Abstand über den übrigen Kreisen liegt. Im übrigen zeichnen sich nach den Daten über die Maßnahmen der Altenhilfe nur geringfügige Änderungen in der Perspektive bis 1980 ab.

Das Korrekturmodell umfaßt daher allein die studentische Bevölkerung sowie die Zeit- und Berufssoldaten, auf die im folgenden näher eingegangen wird:

Studentische Bevölkerung

Hierbei sind allein die Studenten relevant, die aufgrund ihrer Ausbildung eine Wohnsitzverlagerung vornehmen. Statistisch erfaßt werden sie unter dem Begriff der Ausbildungsfernependler, über deren Größenordnung die Volkszählung 1970 Auskunft gibt. Vergleicht man die Anzahl der Hochschüler eines Kreises mit den Ausbildungsfernependlern nach Hochschulen eines jeden Kreises, so kann mit hinreichender Genauigkeit angenommen werden, daß etwa die Hälfte der Studenten für die Dauer des Studiums an den Hochschulort zieht, wo-

(ERGEBNISSE DER PROGNOSE DER NATÜRLICHEN BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG AUFGRUND
DER FORTGESCHRIEBENEN WOHNBEVÖLKERUNG AM 31.12.1975)

*PRAE- * 1. STERBEZIFFERN= ALTER 0 UND 1 10-JAHRESTREND, AB ALTER 2 KONSTANT. 2. FRUCHTBARKEITZIFFERN= *
MISSSEN TREND F. PROGNOSEJAHR 1 BIS 5, DANACH KONST.; GEWICHTUNGSFAKTOR F. EXPONENT. GLAETZUNG A=0.02*

ALTERSGRUPPE IN JAHREN	0.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
A. ANZAHL								
I N S G E S A M T	119885	119035	118226	117350	116411	115438	114488	113537
UNTER 6	7373	6828	6276	5831	5488	5141	4917	4771
6 BIS UNTER 15	17477	16851	16304	15545	14570	13624	12582	11740
15 BIS UNTER 18	5655	5860	5943	6040	6049	6123	6124	5802
18 BIS UNTER 21	4900	5366	5734	6051	6256	6340	6438	6445
21 BIS UNTER 45	36666	36589	36726	36977	37194	37285	37413	37636
45 BIS UNTER 60	20687	21041	21408	21740	21951	21849	21893	21986
60 BIS UNTER 65	7014	6338	5562	4835	4570	5094	5731	6425
65 BIS UNTER 75	13132	12953	12861	12742	12601	12127	11406	10636
75 UND MEHR	6981	7209	7412	7589	7732	7855	7984	8096

B. ANTEIL DER ALTERSGRUPPEN IN VH								
I N S G E S A M T	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
UNTER 6	6.2	5.7	5.3	5.0	4.7	4.5	4.3	4.2
6 BIS UNTER 15	14.6	14.2	13.8	13.2	12.5	11.8	11.0	10.3
15 BIS UNTER 18	4.7	4.9	5.0	5.1	5.2	5.3	5.3	5.1
18 BIS UNTER 21	4.1	4.5	4.9	5.2	5.4	5.5	5.6	5.7
21 BIS UNTER 45	30.6	30.7	31.1	31.5	32.0	32.3	32.7	33.1
45 BIS UNTER 60	17.3	17.7	18.1	18.5	18.9	18.9	19.1	19.4
60 BIS UNTER 65	5.9	5.3	4.7	4.1	3.9	4.4	5.0	5.7
65 BIS UNTER 75	11.0	10.9	10.9	10.9	10.8	10.5	10.0	9.4
75 UND MEHR	5.8	6.1	6.3	6.5	6.6	6.8	7.0	7.1

C. BASISJAHR 0 = 100								
I N S G E S A M T	100.0	99.3	98.6	97.9	97.1	96.3	95.5	94.7
UNTER 6	100.0	92.6	85.1	79.1	74.4	69.7	66.7	64.7
6 BIS UNTER 15	100.0	96.4	93.3	88.9	83.4	78.0	72.0	67.2
15 BIS UNTER 18	100.0	103.6	105.1	106.8	107.0	108.3	108.3	102.6
18 BIS UNTER 21	100.0	109.5	117.0	123.5	127.7	129.4	131.4	131.5
21 BIS UNTER 45	100.0	99.8	100.2	100.8	101.4	101.7	102.0	102.6
45 BIS UNTER 60	100.0	101.7	103.5	105.1	106.1	105.6	105.8	106.3
60 BIS UNTER 65	100.0	90.4	79.3	68.9	65.2	72.6	81.7	91.6
65 BIS UNTER 75	100.0	98.6	97.9	97.0	96.0	92.3	86.9	81.0
75 UND MEHR	100.0	103.3	106.2	108.7	110.8	112.5	114.4	116.0

D. VERAENDERUNG GEGENUEBER DEM JEWELIGEN VORJAHR IN VH								
I N S G E S A M T	0.0	-0.7	-0.7	-0.7	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8
UNTER 6	0.0	-7.4	-8.1	-7.1	-5.9	-6.3	-4.4	-3.0
6 BIS UNTER 15	0.0	-3.6	-3.2	-4.7	-6.3	-6.5	-7.6	-6.7
15 BIS UNTER 18	0.0	3.6	1.4	1.6	0.1	1.2	0.0	-5.3
18 BIS UNTER 21	0.0	9.5	6.9	5.5	3.4	1.3	1.5	0.1
21 BIS UNTER 45	0.0	-0.2	0.4	0.7	0.6	0.2	0.3	0.6
45 BIS UNTER 60	0.0	1.7	1.7	1.6	1.0	-0.5	0.2	0.4
60 BIS UNTER 65	0.0	-9.6	-12.2	-13.1	-5.5	11.5	12.5	12.1
65 BIS UNTER 75	0.0	-1.4	-0.7	-0.9	-1.1	-3.8	-5.9	-6.8
75 UND MEHR	0.0	3.3	2.8	2.4	1.9	1.6	1.6	1.4

ALTERSGRUPPE IN JAHREN	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.
A. ANZAHL								
I N S G E S A M T	112612	111714	110818	109946	109082	108225	107373	106517
UNTER 6	4709	4710	4764	4868	4962	5040	5088	5107
6 BIS UNTER 15	10825	9919	9233	8559	8058	7717	7432	7272
15 BIS UNTER 18	5549	5252	4952	4586	4121	3779	3450	3171
18 BIS UNTER 21	6520	6518	6200	5948	5651	5352	4987	4524
21 BIS UNTER 45	37712	37737	37844	38229	38901	39267	39712	40443
45 BIS UNTER 60	22242	22670	22943	22966	22767	22536	22275	21709
60 BIS UNTER 65	6974	7085	6912	6779	6585	6578	6594	6450
65 BIS UNTER 75	9944	9638	9744	9809	9841	9785	9718	10006
75 UND MEHR	8137	8185	8226	8202	8196	8171	8117	7835

B. ANTEIL DER ALTERSGRUPPEN IN VH								
I N S G E S A M T	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
UNTER 6	4.2	4.2	4.3	4.4	4.5	4.7	4.7	4.8
6 BIS UNTER 15	9.6	8.9	8.3	7.8	7.4	7.1	6.9	6.8
15 BIS UNTER 18	4.9	4.7	4.5	4.2	3.8	3.5	3.2	3.0
18 BIS UNTER 21	5.8	5.8	5.6	5.4	5.2	4.9	4.6	4.2
21 BIS UNTER 45	33.5	33.8	34.1	34.8	35.7	36.3	37.0	38.0
45 BIS UNTER 60	19.8	20.3	20.7	20.9	20.9	20.8	20.7	20.4
60 BIS UNTER 65	6.2	6.3	6.2	6.2	6.0	6.1	6.1	6.1
65 BIS UNTER 75	8.8	8.6	8.8	8.9	9.0	9.0	9.1	9.4
75 UND MEHR	7.2	7.3	7.4	7.5	7.5	7.6	7.6	7.4

C. BASISJAHR 0 = 100								
I N S G E S A M T	93.9	93.2	92.4	91.7	91.0	90.3	89.6	88.8
UNTER 6	63.5	63.9	64.6	66.0	67.3	68.4	69.0	69.3
6 BIS UNTER 15	61.9	56.8	52.8	49.0	46.1	44.2	42.5	41.6
15 BIS UNTER 18	98.1	92.9	87.6	81.1	72.9	66.8	61.0	56.1
18 BIS UNTER 21	133.1	133.0	126.5	121.4	115.3	109.2	101.8	92.3
21 BIS UNTER 45	102.9	102.9	103.2	104.3	106.1	107.1	108.3	110.3
45 BIS UNTER 60	107.5	109.6	110.9	111.0	110.1	108.9	107.7	104.9
60 BIS UNTER 65	99.4	101.0	98.5	96.6	93.9	93.8	94.0	92.0
65 BIS UNTER 75	75.7	73.4	74.2	74.7	74.9	74.5	74.0	76.2
75 UND MEHR	116.6	117.2	117.8	117.5	117.4	117.0	116.3	112.2

D. VERAENDERUNG GEGENUEBER DEM JEWELIGEN VORJAHR IN VH								
I N S G E S A M T	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8
UNTER 6	-1.3	0.0	1.1	2.2	1.9	1.6	1.0	0.4
6 BIS UNTER 15	-7.8	-8.4	-6.9	-7.3	-5.9	-4.2	-3.7	-2.2
15 BIS UNTER 18	-4.4	-5.4	-5.7	-7.4	-10.1	-8.3	-8.7	-8.1
18 BIS UNTER 21	1.2	-0.0	-4.9	-4.1	-5.0	-5.3	-6.8	-9.3
21 BIS UNTER 45	0.2	0.1	0.3	1.0	1.8	0.9	1.1	1.8
45 BIS UNTER 60	1.2	1.9	1.2	0.1	-0.9	-1.0	-1.2	-2.5
60 BIS UNTER 65	8.5	1.6	-2.4	-1.9	-2.9	-0.1	0.2	-2.2
65 BIS UNTER 75	-6.5	-3.1	1.1	0.7	0.3	-0.6	-0.7	3.0
75 UND MEHR	0.5	0.6	0.5	-0.3	-0.1	-0.3	-0.7	-3.5

TABELLE 5 NATUERLICHE BEVOELKERUNGSBEWEGUNG IN JEDEM JAHR DES PROGNOSEZEITRAUMS NACH VERWALTUNGSBEZIRKEN UND GESCHLECHT

(ERGEBNISSE DER PROGNOSE DER NATUERLICHEN BEVOELKERUNGSBEWEGUNG AUFGRUND
DER FORTGESCHRIEBENEN WOHNBEVOELKERUNG AM 31.12.1975)

 *PRAE- * 1.STERBEZIFFERN= ALTER 0 UND 1 10-JAHRESTREND; AB ALTER 2 KONSTANT. 2.FRUCHTBARKEITZIFFERN= *
 NISSEN TREND F. PROGNOSEJAHR 1 BIS 5,DANACH KONST., GEWICHTUNGSFAKTOR F. EXPONENT. GLAETUNG A=*****

VERWALTUNGSBEZIRKE NATUERLICHE BEVOELKERUNGSBEWEGUNG	0.	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.
	JAHR DES PROGNOSEZEITRAUMS															
141 RHEIN-LAHN-KREIS	119885	119035	118226	117350	116411	115438	114488	113537	112612	111714	110818	109946	109082	108225	107373	106517
GEBORENE	951	892	842	800	761	779	802	825	843	856	866	876	881	874	864	
MAENNLICH	489	458	433	411	391	400	412	424	433	440	445	450	453	449	444	
WEIBLICH	462	434	409	389	370	379	390	401	410	416	421	426	428	425	420	
GESTORBENE	1801	1701	1718	1739	1734	1729	1753	1750	1741	1752	1738	1740	1738	1726	1720	
MAENNLICH	889	838	828	839	827	818	831	817	811	816	803	795	798	788	787	
WEIBLICH	912	863	890	900	907	911	922	933	930	936	935	945	940	938	933	

bei die übrige Hälfte der Studenten sich aus der ansässigen Wohnbevölkerung rekrutiert oder den Ausbildungstagespendlern zugerechnet werden muß. Die Alters- und Geschlechtsverteilung der Studenten wird den jeweils aktuellsten Angaben der Hochschulstatistik entnommen, wobei zwischen Wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen differenziert wird. Wenn auch die Altersverteilung der Studenten nur eine geringfügige Verlagerung zugunsten jüngerer Jahrgänge erwarten läßt, schlägt die Verschiebung der Geschlechtsproportion zugunsten der Frauen auf lange Sicht etwas stärker zu Buche. Diesem Tatbestand wird jedoch durch die jährliche Fortschreibung der Prognose genügend Rechnung getragen. Im Prognosezeitraum wird daher mit einer konstanten Alters- und Geschlechtsverteilung der Studenten gearbeitet. Dabei soll jeweils die Hälfte der Studenten eines Hochschulortes in das Korrekturmodell eingehen. Wieviele Studenten künftig an den einzelnen Hochschulen studieren werden, welche neuen Standorte mit welcher Belegung hinzukommen, hängt weitgehend von der Kapazitätsplanung des Kultusministeriums ab. Entsprechende Planungsdaten werden durch das Kultusministerium bereitgestellt.

Zeit- und Berufssoldaten

Für die Vorausschätzung spielt nur der Teil der Zeit- und Berufssoldaten eine Rolle, der in dem jeweiligen Kreis zur Wohnbevölkerung zählt, der also nicht als Tagespendler oder infolge von Truppenbewegungen nach Standorten der Bundeswehr gezählt wird. Zwischen dem Stichtag der Volkszählung 1970 und heute sind hier keine nennenswerten Änderungen eingetreten und auch für die Zukunft nicht zu erwarten. Für die Prognose reichen daher die Angaben aus der Volkszählung 1970 aus, die aufgrund der nahezu ausgeglichenen Zu- und Abwanderungen ohne großes Fehlriskiko konstant gehalten werden können. Bei der Altersverteilung werden Angaben auf Bundesebene zugrunde gelegt, die ebenfalls im Zeitablauf konstant bleiben.

Beschreibung des Korrekturmodells

Auf der Grundlage der genannten Annahmen lassen sich pro Kreis und Prognosejahr altersjahrgangs- und geschlechtsspezifische Angaben über die studentische Bevölkerung sowie die Zeit- und Berufssoldaten, die zur Wohnbevölkerung eines Kreises zählen, machen. Die danach für das Basisjahr

errechneten Zahlen sind dann kreisweise von den entsprechenden Werten über die Wohnbevölkerung nach Altersjahrgang und Geschlecht abzusetzen, so daß der Prozeß der natürlichen Bevölkerungsbewegung ohne Einfluß dieser Daten über die Länge des Prognosezeitraums abläuft. Diesen prognostizierten Werten werden anschließend pro Altersjahr und Geschlecht die zugehörigen Angaben über die zur Wohnbevölkerung zählenden Studierenden sowie Zeit- und Berufssoldaten eines jeden Prognosejahres (einschließlich des Basisjahres) hinzuaddiert.

Ausgabe und Darstellung der vorausgeschätzten Ergebnisse

Eine Einspeicherung der vorausgeschätzten Ergebnisse in das Landesinformationssystem (LIS) ist nicht vorgesehen. Dies bedeutet, daß im Falle der regionalen Bevölkerungsprognose auf einen Direktabruf der gewünschten Daten über Bildschirm oder Drucker in Form von Einzellistungen, thematischen Karten oder beliebig wählbaren Tabellen verzichtet wird. Die hier adäquate Speicherung von Eingabedaten und Programm auf Lochkarten ermöglicht dagegen im Bedarfsfalle eine Ausgabe der prognostizierten Daten nach fünf Standardtabellen, die sämtliche Datenanforderungen abdecken, sowie Alterspyramiden, die den altersstrukturellen Aufbau der vorausgeschätzten Bevölkerung bildhaft verdeutlichen. Zur näheren Betrachtung und zur Veranschaulichung des LIS-Programms „Regionale Bevölkerungsprognose“ sind daher gleichsam exemplarisch die Vorausschätzungsergebnisse über die natürliche Bevölkerungsentwicklung im Rhein-Lahn-Kreis anhand der neuesten Bevölkerungszahlen vom 31. Dezember 1975 erstmals in diesem Beitrag veröffentlicht. Hieraus wird ersichtlich, daß auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise jederzeit eine Prognose über die Entwicklung der Wohnbevölkerung aufgrund der künftig zu erwartenden Geburten und Sterbefälle für einen Prognosezeitraum von 15 Jahren durchgeführt werden kann, womit gleichzeitig auch Prognosen für alle übergeordneten Verwaltungseinheiten (Regierungsbezirk, Land) eingeschlossen sind.

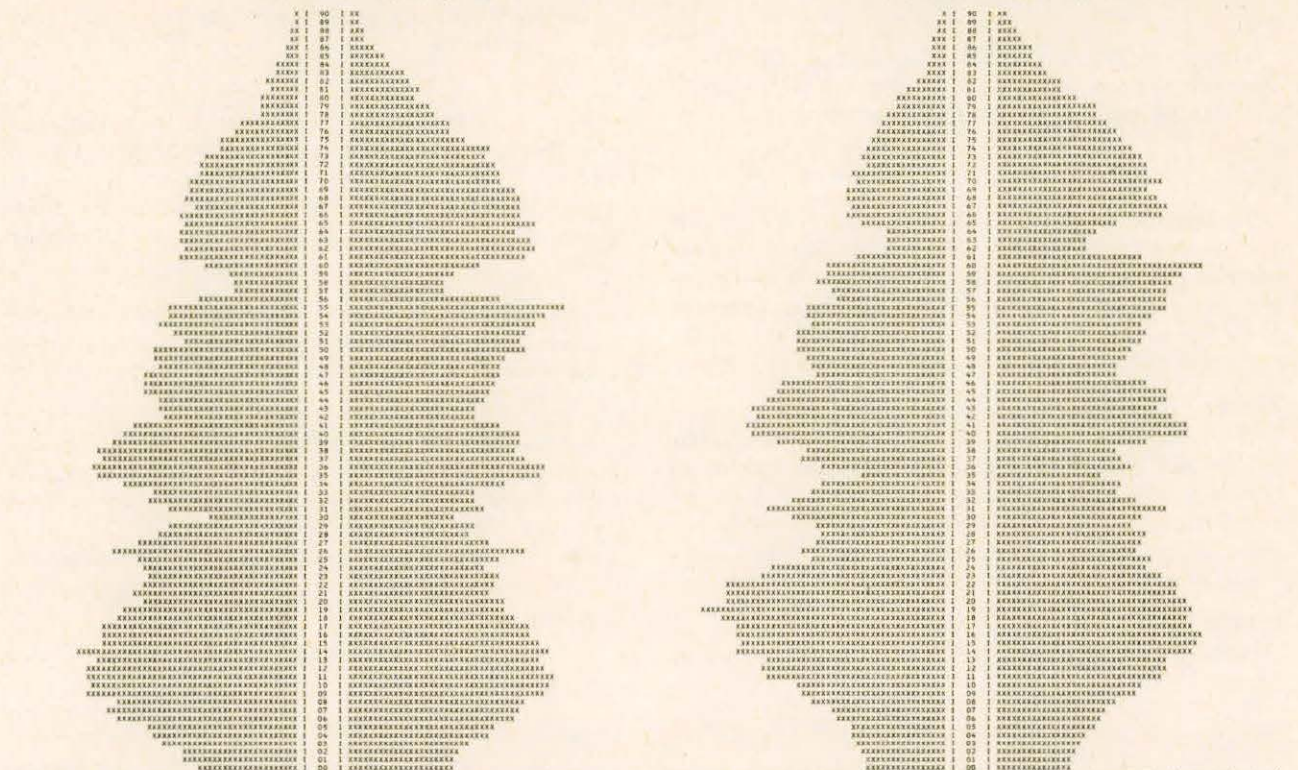
Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, alle Ergebnisse nach den fünf verfügbaren Ausgabetabellen zu präsentieren. Die Darstellung beschränkt sich aus diesem Grunde auf die Tabellen 2

**ERGEBNISSE DER PROGNOSE DER NATUERLICHEN BEVOELKERUNGSBEWEGUNG AUFGRUND
DER FORTGESCHRIEBENEN WOHNBEVOELKERUNG AM 31.12.1975)**

*PRAE- * 1.STERBEZIFFERN= ALTER 0 UND 1 10-JAHRESTREND, AB ALTER 2 KONSTANT. 2.FRUCHTBARKEITZIFFERN= *
MISSSEN TREND F. PROGNOSEJAHR 1 BIS 5,DANACH KONST., GEWICHTUNGSFAKTOR F. EXPONENT. GLAETZUNG A=0.02*

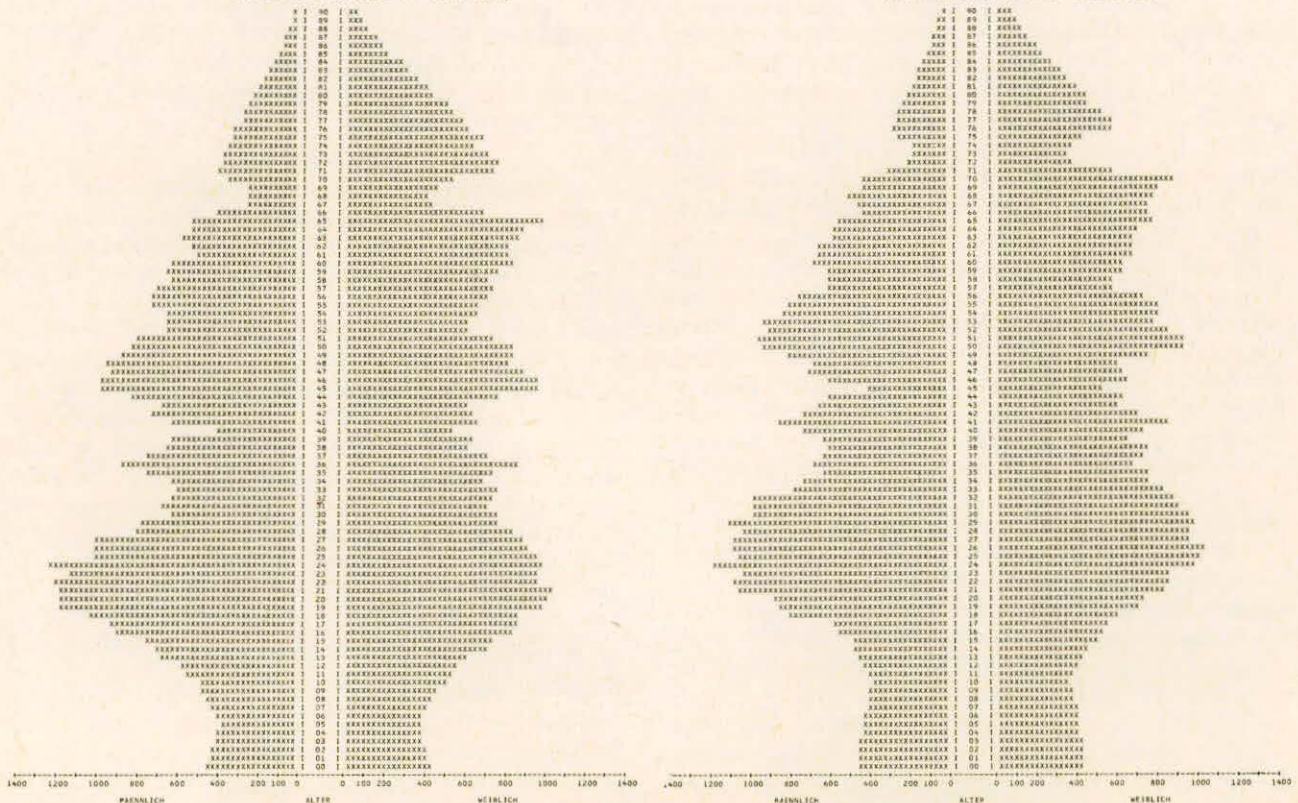
BASISJAHR (1.1.1976)

PROGNOSEJAHR 5 (1.1.1981)



PROGNOSEJAHR 10 (1.1.1986)

PROGNOSEJAHR 15 (1.1.1991)



und 4 sowie Auszüge der Tabellen 3 und 5. Die fehlende Tabelle 1 hält sich an das bei Tabelle 3 dargestellte Schema, wonach die Vorspalte für eine Klassifizierung der Bevölkerung nach dem Alter, die Kopfzeile dagegen für eine Einteilung in die einzelnen Prognosejahre zur Verfügung steht. Mit diesen fünf Tabellen lassen sich im einzelnen folgende Aussagen machen:

Tabelle 1

Vorausgeschätzte Fruchtbarkeitsziffern 15- bis 49-jähriger Frauen eines jeden Jahres des Prognosezeitraumes nach Verwaltungsbezirken und Altersjahren.

Tabelle 2

Wohnbevölkerung am 31. Dezember eines jeden Jahres des Prognosezeitraumes nach Verwaltungsbezirken, Altersgruppen und Geschlecht (Ergebnisse der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung aufgrund der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung am 31. Dezember 1975).

Tabelle 3

Wohnbevölkerung am 31. Dezember eines jeden Jahres des Prognosezeitraumes nach Verwaltungsbezirken, Altersjahren und Geschlecht (Ergebnisse der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung aufgrund der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung am 31. Dezember 1975).

Tabelle 4

Wohnbevölkerung am 31. Dezember eines jeden

Jahres des Prognosezeitraums nach Verwaltungsbezirken und Altersgruppen (Ergebnisse der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung aufgrund der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung am 31. Dezember 1975).

A. Anzahl

B. Anteil der Altersgruppen in %

C. Basisjahr = 100

D. Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %

Tabelle 5

Natürliche Bevölkerungsbewegung in jedem Jahr des Prognosezeitraums nach Verwaltungsbezirken und Geschlecht (Ergebnisse der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung aufgrund der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung am 31. Dezember 1975).

Bei Tabellen, die eine Differenzierung der Bevölkerung nach Altersgruppen beinhalten, können vom Benutzer beliebig wählbare Gruppierungen vorgegeben werden.

Schließlich ist es möglich, die Verteilung der künftigen Wohnbevölkerung nach Altersjahrgängen und Geschlecht in Form von sogenannten Alterspyramiden für jedes gewünschte Prognosejahr (einschließlich Basisjahr) automatisiert darzustellen, eine Grafik, die für demographische Untersuchungen inzwischen unerlässlich ist.

Diplom-Volkswirt H. Mayer

Umsätze der Unternehmen 1974

Das Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) schreibt die Durchführung der Umsatzsteuerstatistik in zweijährigem Turnus vor. Nachstehend wird ein Überblick über die Ergebnisse der Erhebung des Jahres 1974 gegeben. Eine umfassende Darstellung der methodischen Grundlagen sowie ausführliche Tabellenübersichten enthält der Statistische Bericht L IV 1 - 2j/1974.

Seit 1970 dienen in Rheinland-Pfalz die auf Magnetband gespeicherten Angaben der Umsatzsteuer-Voranmeldungen als Erhebungsunterlagen. Die zusätzlich für die Statistik benötigten Kennziffern für die Wirtschaftszweige und die Rechtsformen sowie die Gemeindeschlüsselnummern wurden aus der maschinell geführten Adressendatei der OFD übernommen. In die statistische Aufbereitung wurden grundsätzlich alle Unternehmen einbezogen, die Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben hatten und deren steuerbarer Jahresumsatz mindestens 12 000 DM betragen hatte. Nicht ermittelt werden konnten die Daten der sogenannten Jahreszahler, da sie von der Abgabe einer Voranmeldung befreit sind, was für diejenigen Steuerpflichtigen zutrifft, deren erwartete Umsatzsteuerschuld im Kalenderjahr 600 DM nicht übersteigt (§ 18 Abs. 2 UStG). Jahreszahler sind neben Unternehmen mit geringen Umsätzen auch solche mit hohen, aber steuerfreien Umsätzen (§ 4 UStG) - zum Beispiel aus dem Be-

reich des Versicherungs-, des Kredit- und des freiberuflichen Gesundheitswesens - sowie Steuerpflichtige, bei denen sich nach Abzug der Vorsteuern (§ 15 UStG) eine Steuerschuld von maximal 600 DM jährlich ergibt.

Erhebungseinheit der Statistik ist der Umsatzsteuerpflichtige, d. h. der Unternehmer bzw. das Unternehmen (§ 2 UStG), wobei aufgrund der Besteuerung nach dem Unternehmenssitz-Prinzip die Umsätze von Mehrbetriebsunternehmen zusammen am Hauptsitz des Unternehmens nachgewiesen werden. Dies bedeutet, daß nicht alle Umsätze derjenigen regionalen Einheit zugeordnet werden können, in der sie tatsächlich entstanden sind. Bei den in der Umsatzsteuerstatistik dargestellten steuerbaren Umsätzen handelt es sich ganz überwiegend - im Fall der Regelbesteuerten - um Nettoumsätze, lediglich bei den nach § 19 UStG Besteuernten enthält der Umsatz auch die Umsatzsteuer. Da das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm der Statistik 1974 gegenüber der vorhergehenden Erhebung im großen und ganzen unverändert blieb, ist eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse weitgehend gewährleistet.

Weniger umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Durch die Umsatzsteuerstatistik 1974 werden insgesamt 106 104 Unternehmen mit einem Umsatz von zusammen 83,7 Mrd. DM ausgewiesen. Damit hat

Steuerpflichtige insgesamt, steuerbarer Umsatz und Umsatzsteuer 1974
sowie Steuerpflichtige mit ganzjährigen Umsätzen 1973 und 1974 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige			Steuerbarer Umsatz ¹⁾			Umsatz- steuer- voraus- zahlung	Steuerpflichtige mit ganzjährigen Umsätzen 1973 und 1974				
	insgesamt	Verän- derung zu 1972	insgesamt	Verän- derung zu 1972	je Steuer- pflich- tigen	Steuer- pflich- tige		steuerbarer Umsatz ¹⁾				
								1973	1974	Verän- derung		
	Anzahl	%	Mill.DM	%	DM	Mill.DM	Anzahl	Mill. DM	%			
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	9 467	8,9	- 15,8	722	0,9	3,7	76 288	20	7 921	567	611	7,8
Weinbau	8 522	8,0	- 18,4	495	0,6	- 5,0	58 089	15	7 249	401	437	8,9
Produzierendes Gewerbe	30 639	28,9	- 3,2	47 901	57,3	26,3	1 563 398	995	25 497	35 864	40 330	12,5
Baugewerbe	9 621	9,1	- 1,6	5 343	6,4	12,3	555 373	260	7 748	3 865	3 939	1,9
Handel	33 802	31,9	- 4,4	27 480	32,8	15,2	812 966	385	27 546	21 926	23 100	5,4
Großhandel	7 452	7,0	1,7	15 585	18,6	17,6	2 091 440	156	5 793	12 602	13 341	5,9
Einzelhandel	22 061	20,8	- 6,6	10 871	13,0	13,5	492 770	206	18 496	8 538	8 966	5,0
Übrige Wirtschaftsbereiche	32 196	30,3	1,9	7 586	9,0	21,8	235 611	237	24 298	5 526	5 935	7,4
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	26 885	25,3	2,7	4 826	5,8	19,0	179 503	172	20 298	3 787	3 988	5,3
Insgesamt	106 104	100,0	- 3,4	83 689	100,0	21,8	788 743	1 637	85 262	63 883	69 976	9,5
nach § 19 UStG Besteuerte	11 506	10,8	- 20,1	562	0,7	- 13,5	48 831	12	9 405	461	489	6,3

1) Bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuerten einschl. Umsatzsteuer.

sich die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen gegenüber 1972 um weitere 3 750 oder 3,4% verringert. Diese seit längerem zu beobachtende Entwicklung (1972 gegenüber 1970: — 5,7%) spiegelt den noch nicht abgeschlossenen Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft wider, dem insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen zum Opfer fallen. Ein Indiz dafür, daß in erster Linie Kleinunternehmen aus dem Markt ausgeschieden sind — sei es in Form der Betriebsaufgabe oder der Übernahme durch größere Unternehmen — ist der starke zahlenmäßige Rückgang der nach § 19 UStG Besteuerten. Die Zahl dieser Unternehmer mit niedrigem Gesamtumsatz war 1974 um 2 900 niedriger als zwei Jahre zuvor, was eine Reduzierung um nicht weniger als ein Fünftel bedeutet. Der Umfang der in der vorliegenden Erhebung nachgewiesenen Steuerpflichtigen wurde allerdings auch dadurch beeinflusst, daß die Grenze für die Pflicht zur Abgabe einer Voranmeldung und damit für die statistische Erfassbarkeit gegenüber 1972 von 360 DM auf 600 DM voraussichtlicher Jahressteuerschuld angehoben wurde.

Mit Ausnahme des Großhandels und der „übrigen Wirtschaftsbereiche“ wurden alle Sektoren von dem Rückgang der Steuerpflichtigen betroffen. Dies gilt vor allem für die Land- und Forstwirtschaft und hier insbesondere für die Weinbauern, deren Zahl um 18,4% unter der des Erhebungsjahres 1972 lag. Hier spielen allerdings auch steuertechnische Gründe eine Rolle, wobei vermutlich eine größere Zahl von Weinbauern wegen der vorerwähnten Änderung des § 18 Abs. 2 UStG keine Voranmeldungen mehr abzugeben hatte. Mit — 6,6% und damit am zweitstärksten reduzierte sich die Zahl der Einzelhandelsunternehmen; in diesem Bereich sehen sich seit längerem insbesondere die kleineren Unternehmen einem besonders harten Konkurrenzkampf infolge der Ausbreitung von Verbrauchermärkten, Selbstbedienungswarenhäusern und anderen neuen Vertriebsformen ausgesetzt, was mit Sicherheit für viele von ihnen das Ausscheiden aus dem Markt zur Folge hatte. Demgegenüber nahm die Zahl der

Großhändler leicht zu (+ 1,7%), nachdem zwischen 1970 und 1972 noch eine deutliche Abnahme um 8,5% registriert worden war. Im produzierenden Gewerbe verringerte sich die Anzahl der Unternehmen um 3,2%, darunter im Baugewerbe allerdings um lediglich 1,6%. Die in den übrigen Wirtschaftsbereichen zusammengefaßten Wirtschaftsabteilungen sind sehr heterogener Art, wobei der Dienstleistungsbereich, was die Zahl der Unternehmen anbetrifft, deutlich dominiert. Der Dienstleistungssektor erfuhr eine zahlenmäßige Ausweitung, denn 1974 waren 2,7% mehr Unternehmen oder Freiberufler in diesem Sektor tätig als zwei Jahre vorher. Etwa jeder vierte Umsatzsteuerpflichtige entfiel 1974 auf den Dienstleistungsbereich, jeder fünfte war ein Einzelhandelsunternehmen, während das produzierende Gewerbe — einschließlich Bausektor — 28,9% aller erfaßten Unternehmen auf sich vereinigte.

Umsätze um durchschnittlich ein Fünftel höher als 1972

Trotz des Rückgangs der Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen um 3,4% lag der von allen erfaßten Steuerpflichtigen erzielte Umsatz um über ein Fünftel (+ 21,8%) über dem Ergebnis des Jahres 1972. Dabei darf natürlich nicht außer Betracht gelassen werden, daß die zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen in der hier ermittelten nominellen Steigerungsrate unberücksichtigt blieben. Negative Veränderungsdaten errechnen sich nur im Bereich Weinbau (— 5%) und für die nach § 19 UStG Besteuerten, deren Umsätze innerhalb von zwei Jahren um durchschnittlich 13,5% zurückgingen. Die höchste Umsatzsteigerung wurde mit + 26,3% für das produzierende Gewerbe ermittelt. Dieser Bereich war, wie schon 1972, mit nahezu 48 Mrd. DM, das sind 57,3% des Umsatzes aller Unternehmen, auch mit weitem Abstand der umsatzstärkste Sektor. Um nahezu ein Fünftel (+ 19%) und damit am zweitstärksten erhöhten sich im

Umsatzgrößenklasse	Steuerpflichtige				Steuerbarer Umsatz ¹⁾				Steuerpflichtige mit ganzjährigen Umsätzen 1973 und 1974			
	1972		1974		1972		1974		Steuerpflichtige	steuerbarer Umsatz 1)		Veränderung
	Anzahl	%	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%		1973	1974	
12 000 - 20 000 DM	8 108	6 788	6,4	- 16,3	130	108	0,1	- 16,5	4 369	76	70	- 7,2
20 000 - 50 000 "	24 440	21 345	20,1	- 12,7	822	725	0,9	- 11,8	15 669	548	537	- 2,1
50 000 - 100 000 "	22 528	21 164	19,9	- 6,1	1 622	1 534	1,8	- 5,5	16 854	1 217	1 226	0,7
100 000 - 250 000 "	26 267	25 930	24,4	- 1,3	4 209	4 172	5,0	- 0,9	21 966	3 471	3 550	2,3
250 000 - 500 000 "	13 150	13 996	13,2	6,4	4 614	4 929	5,9	6,8	12 166	4 148	4 281	3,2
500 000 - 1 000 000 "	7 397	7 996	7,5	8,1	5 133	5 581	6,7	8,7	6 754	4 587	4 705	2,6
1 000 000 - 2 000 000 "	3 813	4 309	4,1	13,0	5 299	5 984	7,1	12,9	3 627	4 895	5 025	2,7
2 000 000 - 5 000 000 "	2 497	2 710	2,6	8,5	7 689	8 343	10,0	8,5	2 275	6 811	7 032	3,2
5 000 000 - 10 000 000 "	888	958	0,9	7,9	6 092	6 600	7,9	8,3	832	5 496	5 730	4,3
10 000 000 - 25 000 000 "	484	564	0,5	16,5	7 441	8 644	10,3	16,2	457	6 614	7 030	6,3
25 000 000 - 50 000 000 "	161	190	0,2	18,0	5 515	6 582	7,9	19,3	161	5 185	5 644	8,8
50 000 000 - 100 000 000 "	82	91	0,1	11,0	5 620	6 188	7,4	10,1	81	5 032	5 548	10,3
100 000 000 und mehr	41	63	0,1	53,7	14 497	24 299	29,0	67,6	51	15 803	19 598	24,0
Insgesamt	109 856	106 104	100,0	- 3,4	68 683	83 689	100,0	21,8	85 262	63 883	69 976	9,5

1) Bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuernden einschl. Umsatzsteuer.

Durchschnitt die Umsätze des Dienstleistungssektors auf nunmehr 4,8 Mrd. DM, das entspricht allerdings nur 5,8% des gesamten Umsatzes. Der Handel insgesamt konnte seine Umsätze innerhalb von zwei Jahren um 15,2% ausweiten. Mit einem Umsatzvolumen von 27,5 Mrd. DM oder einem Drittel aller Umsätze ist das verteilende Gewerbe der zweitwichtigste Bereich, wobei der Großhandel mit einem Anteil von 18,6% nicht nur umsatzstärker ist als der Einzelhandel (13%), sondern gegenüber letzterem (+ 13,5%) auch eine höhere Umsatzzunahme (+ 17,6%) aufwies. Obwohl immerhin 10,8% aller erfaßten Umsatzsteuerpflichtigen zu den nach § 19 UStG Besteuernden zählten, entfielen auf sie lediglich 562 Mill. DM an Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer), das entspricht nur 0,7% aller Umsätze. Der Durchschnittsumsatz je Steuerpflichtigen, der 1972 noch 625 267 DM betragen hatte, erhöhte sich auf 788 743 DM. Dieser Mittelwert wurde erheblich übertroffen vom Großhandel (2 091 440 DM), der infolge des im allgemeinen raschen Warenumschlags sehr umsatzintensiv ist, und auch vom produzierenden Gewerbe (1 563 398 DM). In allen anderen Wirtschaftssektoren blieben die entsprechenden Werte unter dem Durchschnittswert aller Unternehmen, so im Einzelhandel (492 770 DM), im Dienstleistungsbereich (179 503 DM) und beim Weinbau (58 089 DM).

Um die Umsatzentwicklung unbeeinträchtigt von bestimmten Einflußfaktoren darstellen zu können, werden im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik 1974 wiederum die Unternehmen mit vergleichbaren Vorjahresumsätzen gesondert nachgewiesen. Einbezogen wurden alle Steuerpflichtigen, die 1973 und 1974 unverändert und ganzjährig bestanden, bei denen also während dieses Zeitraums zum Beispiel keine Sitzverlegung, Neugründung, Auflösung oder Änderung der wirtschaftlichen Zuordnung erfolgten. Die vorgenannten Bedingungen erfüllten 85 262 Unternehmen; sie repräsentieren 80,4% aller durch die Statistik ermittelten Steuerpflichtigen und 83,6% der Summe aller 1974 erzielten Umsätze. Die Auswertung zeigt, daß die einbezogenen Unterneh-

men im Jahre 1974 eine Umsatzsteigerung von 9,5% erzielen konnten. Überdurchschnittlich schnitt dabei allerdings nur das produzierende Gewerbe insgesamt ab, welches 1974 um 12,5% höhere Umsatzwerte auswies als 1973. Das Baugewerbe als Teil des produzierenden Sektors erreichte allerdings mit + 1,9% die niedrigste Steigerungsrate aller Branchen. Zuwachsraten von jeweils 5% oder knapp darüber wurden für den Groß- wie den Einzelhandel und auch für den Dienstleistungssektor ermittelt. Die Weinbauern erzielten dagegen 1974 ein Umsatzplus von 8,9%.

8 885 Umsatzmillionäre

Die Gliederung der Umsatzsteuerpflichtigen nach der Höhe ihres Umsatzes ermöglicht einen Einblick in die Größenstruktur und den Stand der Konzentration in der Wirtschaft. Im Jahre 1974 blieben sieben Zehntel aller Unternehmen unter der Umsatzgrenze von 250 000 DM, wobei daran zu erinnern ist, daß in die Statistik ohnehin nur Steuerpflichtige mit einem Jahresumsatz von mehr als 12 000 DM einbezogen werden. Der vergleichsweise geringe wirtschaftliche Beitrag, den diese Unternehmen leisten, zeigt sich daran, daß sie nicht mehr als 7,8% des gesamten Umsatzvolumens auf sich vereinigen konnten. Auf der anderen Seite erzielten die 8 885 Umsatzmillionäre - sie machten 8,5% der Umsatzsteuerpflichtigen aus - nahezu vier Fünftel aller Umsätze. Nicht weniger als 29% des gesamten Umsatzes wurde von den 63 Großunternehmen erreicht, die 1974 mehr als 100 Mill. DM umsetzten. Am stärksten besetzt war die Umsatzgrößenklasse 100 000 bis 250 000 DM, auf die nahezu 26 000 oder fast ein Viertel der Unternehmen entfielen.

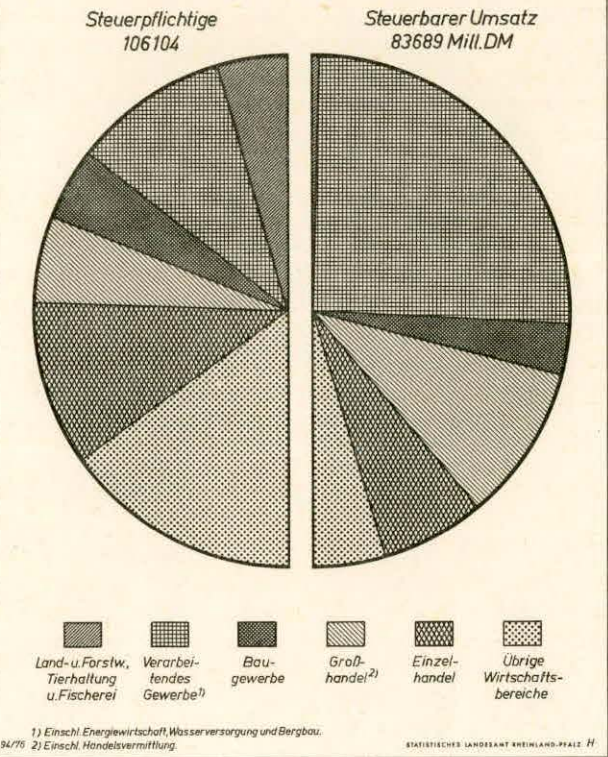
Im Vergleich zu 1972 zeigt die Schichtung nach Umsatzgrößenklassen insofern eine Umstrukturierung, als in allen Größenklassen bis 250 000 DM sowohl die Zahl der Unternehmen als auch das auf sie entfallende Umsatzvolumen absolut wie relativ rückläufig waren. Der zahlenmäßige Rückgang betrug in diesen untersten vier Gruppen 6 100 Fälle,

wogegen die Gesamtzahl der ermittelten Steuerpflichtigen 1974 um 3 750 unter der von 1972 lag. Daraus ergibt sich, daß ein Teil der Unternehmen mit niedrigen Umsätzen zwischenzeitlich aus dem Markt ausgeschieden ist, wie eingangs bereits festgestellt, während andere ihre Umsätze steigern konnten und in höhere Größenklassen aufrückten. Denn in allen Umsatzgrößenklassen über 250 000 DM erhöhte sich die Zahl der Steuerpflichtigen mehr oder weniger stark, desgleichen war in diesen Gruppen eine Umsatzsteigerung zu verzeichnen. Der relativ stärkste Zugang an Steuerpflichtigen wurde in den Größenklassen 25 bis 50 Mill. DM (+ 18%), 10 bis 25 Mill. DM (+ 16,5%) und 1 bis 2 Mill. DM (+ 13%) registriert, wenn man einmal von den Großunternehmen mit mehr als 100 Mill. DM Umsatz absieht, deren Zahl sich seit 1972 um 22 auf 63 und damit um über die Hälfte erhöhte. Hinsichtlich der Entwicklung der Umsätze ergaben sich in den einzelnen Größenklassen ähnliche Steigerungsraten wie bei der Zahl der Unternehmen.

Kapitalgesellschaften mit höchstem Durchschnittsumsatz

Die im Rahmen der Erhebung von 1972 erstmals wieder vorgenommene Aufgliederung der Umsatzsteuerpflichtigen nach Rechtsformen wurde für 1974 wiederholt. Danach stellen die Einzelunternehmen mit einem Anteil von 83,1% nach wie vor die stärkste Gruppe aller erfaßten Steuerpflichtigen. Bemerkenswert ist jedoch, daß ihre Zahl gegenüber 1972 um 3 618 und damit in nahezu der gleichen Größenordnung abnahm wie die der Gesamtheit der Unternehmen (— 3 750). Die Personengesellschaften, zu denen ganz überwiegend die Offenen Handelsgesellschaften, die Kommanditgesellschaften und die Gesellschaften des bürgerlichen Rechts zählen, verzeichneten im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung ebenfalls einen Rückgang, und zwar um — 2,8% auf 12 930 Unternehmen, das entspricht nunmehr einem Anteilssatz von 12,2%. Bei 2,3% der Umsatzsteuerpflichtigen handelte es sich um Kapitalgesellschaften. Sie werden ganz überwiegend

Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz nach Wirtschaftsbereichen 1974



als Gesellschaften m.b.H. geführt, deren Zahl sich innerhalb von zwei Jahren immerhin um 430 oder 22,1% auf 2 374 erhöhte. Die Gruppe der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften umfaßt unter anderem die Kreditgenossenschaften sowie die Landwirtschaftlichen Genossenschaften; ihre Zahl reduzierte sich seit 1972 um 158 (— 13,7%) auf 992 (0,9%). Erwähnt seien schließlich noch die 645 Unternehmen gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts, deren Anteil sich auf nur 0,6%

Steuerpflichtige, steuerbarer Umsatz und Umsatzsteuer nach Rechtsformen 1974

Rechtsform	Steuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz ¹⁾			Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer	Abziehbare Vorsteuer	Umsatzsteuervorauszahlung	
			insgesamt		je Steuerpflichtigen				
	Anzahl	%	Mill. DM	%	DM		Mill. DM		%
Einzelunternehmen	88 194	83,1	22 119	26,4	250 806	2 026	1 411	634	38,7
Personengesellschaften	12 930	12,2	29 340	35,1	2 269 111	2 760	2 043	716	43,8
Kapitalgesellschaften	2 455	2,3	27 642	33,0	11 259 715	2 145	1 899	266	16,2
AG, KG a. A., bergrechtliche Gewerkschaften	81	0,1	16 119	19,2	199 003 210	1 127	1 063	81	4,9
Gesellschaften m. b. H.	2 374	2,2	11 523	13,8	4 853 976	1 018	836	185	11,3
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	992	0,9	2 937	3,5	2 960 380	225	226	- 2	- 0,1
Unternehmen gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts	645	0,6	964	1,2	1 493 955	72	51	19	1,2
Übrige Rechtsformen	888	0,9	687	0,8	773 463	32	29	4	0,2
Insgesamt	106 104	100,0	83 689	100,0	788 743	7 260	5 659	1 637	100,0

1) Bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuerten einschl. Umsatzsteuer.

aller nachgewiesenen Unternehmen belief. Zu dieser Gruppe rechnen vornehmlich die Sparkassen und sonstige Kreditanstalten des öffentlichen Rechts sowie auch öffentliche Versorgungs-, Verkehrs- und Hafenbetriebe.

Erwartungsgemäß steht dem hohen Anteilssatz der Einzelunternehmen an der Gesamtheit der Umsatzsteuerpflichtigen keine entsprechende Quote am Umsatzvolumen gegenüber, da umsatzstarke Großunternehmen nur selten in dieser Rechtsform geführt werden. Die Einzelgewerbetreibenden vereinigten lediglich 26,4% des gesamten Umsatzes auf sich; für sie errechnet sich mit nur 250 800 DM auch der bei weitem niedrigste Umsatz je Steuerpflichtigen. Mit 35,1% erbrachten die Personengesellschaften den höchsten Umsatzanteil, ihr Durchschnittsumsatz lag bei knapp 2,3 Mill. DM. Auf die Kapitalgesellschaften entfiel trotz ihrer geringen zahlenmäßigen Bedeutung (2,3%) fast ein Drittel al-

ler Umsätze. Ihr wirtschaftliches Gewicht wird vor allem daran deutlich, daß sie 1974 im Durchschnitt fast 11,3 Mill. DM umsetzten, was der mit Abstand höchste Wert aller Rechtsformen ist. Gliedert man aus der Gruppe der Kapitalgesellschaften die Gesellschaften m.b.H. (Durchschnittsumsatz 4,9 Mill. DM) aus, so errechnet sich für die restlichen Unternehmen, vornehmlich Aktiengesellschaften, sogar ein Betrag von durchschnittlich 199 Mill. DM. Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erzielten 3,5% aller Umsätze, diese Quote liegt immerhin deutlich über ihrem zahlenmäßigen Anteil (0,9%). Ihr Durchschnittsumsatz liegt mit knapp 3 Mill. DM noch über dem der Personengesellschaften und ist etwa doppelt so hoch wie derjenige der gewerblichen Unternehmen öffentlich-rechtlicher Körperschaften (1,5 Mill. DM), welche 1,2% des gesamten Umsatzvolumens erbrachten.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Baulandmarkt 1975

Die statistische Erfassung des Grundbesitzwechsels erfolgte erstmals für die Jahre 1927 bis 1938 durch das Statistische Reichsamt. Die Voraussetzungen für eine laufende Beobachtung des Grundstücksmarktes entfielen jedoch durch die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen im Jahre 1936. Dieser sogenannte Preisstopp wurde 1952 zunächst nur für bebaute Grundstücke aufgehoben, doch genehmigten die Preisbehörden in der Folgezeit auch für unbebaute Grundstücke vielfach Kaufpreise, die von den gestoppten Preisen des Jahres 1936 erheblich abwichen. Mit dem Bundesbaugesetz von 1960 kam es zur Aufhebung der Preisfestsetzung für den Grundstücksverkehr und

damit zur vollen Integration des Grundstücksmarktes in das System der Marktwirtschaft. Da die gesetzlichen Voraussetzungen für die statistische Erfassung bereits im Gesetz über die Preisstatistik von 1958 (BGBl. I S. 605) gegeben waren, stand der Aufnahme der Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland nichts mehr im Wege. In dieser Statistik werden nur unbebaute Grundstücke erfaßt, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und deren Kaufwert mehr als 200 DM beträgt. Die bebauten Grundstücke werden nicht einbezogen, da die Kaufverträge im allgemeinen keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden und dem für Gebäude oder Gebäudereste gezahlten Kaufpreis enthalten. Berichtspflichtig zur Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland sind nach § 7 des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. August 1958 die Finanzämter, die aufgrund der ihnen von Notaren und Behörden zugeleiteten Veräußerungsanzeigen für jeden Kauffall einen Erhebungsbogen auszufüllen haben.

Bei der Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte von Bauland ist als wesentlich hervorzuheben, daß es sich hierbei - im Gegensatz zu den meisten anderen auf Repräsentativerhebungen beruhenden Preisstatistiken - um eine Totalerhebung handelt. Es ist aber zu beachten, daß bei einer tiefen regionalen und sachlichen Gliederung der Ergebnisse Zufallseinflüsse wie Großverkäufe, Veräußerungen von Liebhaberobjekten, Kaufgeschäfte unter Verwandten und dergleichen um so wirksamer werden können, je geringer die Zahl der Kauffälle ist. Außerdem sei darauf hingewiesen, daß die errechneten Durchschnittspreise einwandfreie Aussagen nur für den Berichtszeitraum erlauben. Infolgedessen sind sie als Anhaltspunkte für die Entwicklung des Grundstückspreisniveaus nur bedingt zu verwenden. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß sich die Gesamtzahl aller verkauften Grundstücke jährlich in der Regel aus andersgearteten Einzel-

Baulandverkäufe nach Veräußerern und Erwerbern 1975

Erwerber	Kauffälle	Fläche	Preis
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM
Natürliche Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	5 697	4 646	143 641
Juristische Personen	2 568	3 283	50 875
darunter: Gemeinden (Gv.)	1 684	2 009	25 510
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	62	143	3 931
Juristische Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	3 990	3 046	86 218
Juristische Personen	419	1 940	66 302
darunter: Gemeinden (Gv.)	134	924	16 698
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	44	178	9 331
darunter: Gemeinden (Gv.)			
Natürliche Personen	3 112	2 380	46 409
Juristische Personen	172	741	16 913
darunter: Gemeinden (Gv.)	9	56	180
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	30	115	5 625
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen			
Natürliche Personen	186	138	7 301
Juristische Personen	30	54	2 617
darunter: Gemeinden (Gv.)	18	27	670
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	4	15	1 306

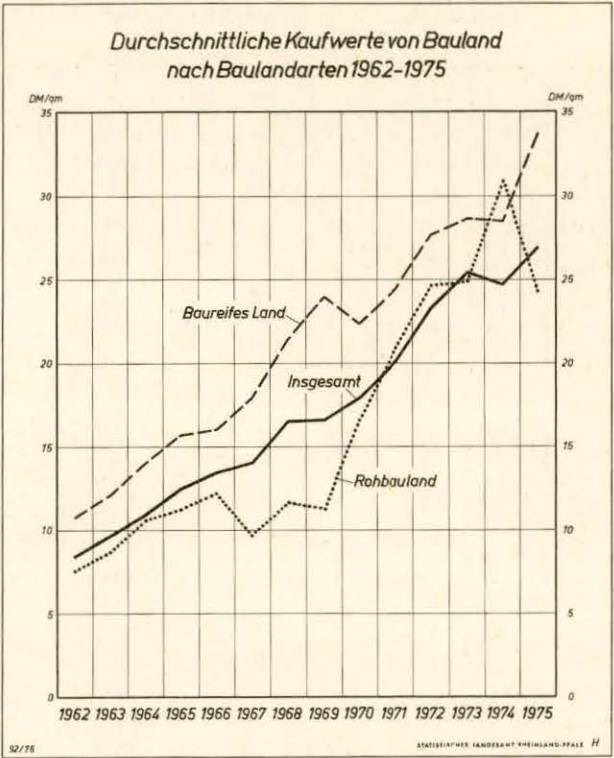
fällen zusammensetzt. Dadurch wird auch die Aussagekraft prozentualer Veränderungen eingeschränkt.

Trotz der erwähnten Vorbehalte kommt den Ergebnissen der Statistik der Baulandveräußerungen und durchschnittlichen Kaufwerte eine erhebliche Bedeutung zu; diese stellen nicht nur die Situation auf dem Baulandmarkt dar, sondern lassen auch die Entwicklungstendenzen im großen und ganzen erkennen.

Umgesetzte Baulandfläche um 3,9% geringer

Im Jahre 1975 wechselten in Rheinland-Pfalz insgesamt 12 674 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 12,9 Mill. qm und einem Verkaufswert von 347 Mill. DM den Eigentümer. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Grundstücksverkäufe um 2,4% und der erzielte Verkaufserlös um 4,5% zu, jedoch die umgesetzte Fläche um 3,9% ab. Seit 1962 war nur in den Jahren 1967 und 1968 eine geringere umgesetzte Fläche ermittelt worden. Im Durchschnitt aller Baulandarten errechnete sich ein Quadratmeterpreis von 26,87 DM; er überstieg den des vorausgegangenen Jahres um 8,7%. 1974 hatte sich dagegen der durchschnittliche Verkaufswert von Bauland erstmals seit 1962 vermindert, und zwar um 2,4% auf 24,71 DM.

Unter den einzelnen Baulandarten dominierte baureifes Land in noch stärkerem Umfang als im Jahr zuvor, während sich für Rohbauland die Anteile an den Verkaufsfällen und der umgesetzten Fläche insgesamt verminderten. Wurden 1974 für baureifes Land Anteile an den Kauffällen und der Fläche von 64 bzw. 48% ermittelt, so erhöhten sie sich im Berichtsjahr auf 69 bzw. 53%. Die Quoten des Rohbaulandes, die 1974 noch 18 und 24% erreicht hatten, beliefen sich hingegen nur noch auf 16 und 21%. Die Gründe hierfür dürften nicht zuletzt darin zu finden sein, daß infolge der gesamtwirtschaftlichen Situation die Bautätigkeit eingeschränkt wurde und das Rohbauland als Spekulationsobjekt erheblich an Bedeutung verloren hat. Für die übrigen Baulandarten ergaben sich 1975 folgende Anteile an der umgesetzten Fläche: Land für Verkehrszwecke 13%, Industrieland 7,4% und Freiflächen 5,2%. Die flächenmäßigen Umsätze erfuhr für baureifes Land eine Zunahme um 6,0%



und beim Land für Verkehrszwecke um 23%, während sie beim Rohbauland um 14%, beim Industrieland um 19% und bei den Freiflächen sogar um 45% abnahmen. Die Bedeutung des Landes für Verkehrszwecke hat sich auf dem Baulandmarkt in den letzten Jahren deutlich verstärkt.

Die Durchschnittsgröße aller verkauften Grundstücke, die seit 1971 rückläufig ist, verminderte sich im Berichtsjahr abermals, und zwar um 6,2% auf 1 019 qm. Unter den einzelnen Baulandarten erhöhte sich lediglich die durchschnittliche Grundstücksgröße beim Land für Verkehrszwecke, welche um 26% auf 1 356 qm anstieg; dagegen ergab sich beim baureifen Land eine Reduzierung um 3,7% auf 792 qm, beim Rohbauland um 4,2% auf 1 356 qm, beim Industrieland um 12% auf 3 074 qm und bei den Freiflächen um 18% auf 1 600 qm.

Baulandverkäufe und durchschnittliche Kaufwerte nach Baugebieten 1975

Baugebiet	Baureifes Land				Rohbauland			
	Kauffälle	Fläche	Kaufsumme	Preis je qm	Kauffälle	Fläche	Kaufsumme	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	DM	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	DM
Geschäftsgebiet	8	9	13 869	1 485,60	-	-	-	-
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	63	46	5 565	120,89	-	-	-	-
Wohngebiet in geschlossener Bauweise	396	317	15 395	48,47	5	9	112	12,55
Wohngebiet in offener Bauweise	4 642	3 654	147 974	40,49	1 179	1 441	52 386	36,36
Industriegebiet	7	11	284	26,93	68	113	570	5,04
Dorfgebiet	3 578	2 847	48 724	17,12	790	1 205	14 065	11,67
Insgesamt	8 694	6 884	231 811	33,67	2 042	2 768	67 133	24,25

Baulandverkäufe und durchschnittliche Kaufwerte
nach Baulandarten 1962 - 1975

Jahr	Ins- gesamt	Verän- derung zum Vorjahr in %	Bau- reifes Land	Roh- bau- land	Indu- strie- land	Land für Ver- kehrs- zwecke	Frei- flächen
Kauffälle							
1962	12 787	-	7 474	4 297	395	509	112
1965	12 480	- 1,7	8 115	3 244	452	532	137
1970	12 409	4,4	8 446	2 278	670	805	210
1971	14 183	14,3	9 353	3 201	459	945	225
1972	15 515	9,4	10 175	3 605	449	935	351
1973	13 436	- 13,4	9 103	2 757	399	982	195
1974	12 371	- 7,9	7 901	2 271	335	1 233	631
1975	12 674	2,4	8 694	2 042	310	1 206	422
Fläche (1 000 qm)							
1962	15 706	-	6 273	6 475	2 201	597	160
1965	15 411	5,0	7 131	5 695	2 012	367	206
1970	14 632	2,7	7 181	3 946	2 298	732	475
1971	17 795	21,6	8 583	5 166	2 360	1 199	487
1972	19 156	7,6	9 698	5 521	2 956	517	464
1973	15 403	- 19,6	7 892	4 688	1 700	752	371
1974	13 444	- 12,7	6 493	3 216	1 170	1 333	1 232
1975	12 915	- 3,9	6 884	2 768	953	1 635	675
Preis je qm (DM)							
1962	8,43	-	10,77	7,51	5,02	6,79	5,96
1965	12,48	14,3	15,66	11,21	6,10	9,15	5,58
1970	17,86	7,6	22,34	16,57	9,86	12,18	8,21
1971	20,12	12,7	24,45	20,85	10,11	9,30	11,30
1972	23,29	15,8	27,64	24,61	9,61	12,72	15,69
1973	25,33	8,8	28,59	24,89	19,19	10,64	19,41
1974	24,71	- 2,4	28,43	30,92	20,44	11,10	7,65
1975	26,87	8,7	33,67	24,25	17,87	14,06	11,99

Baulandverkäufe im Dorfgebiet gewinnen an Bedeutung

Die Aufgliederung der Baulandverkäufe nach einzelnen Baugebieten zeigt als Schwerpunkte, wie schon in früheren Jahren, das Wohngebiet in offener Bauweise und das Dorfgebiet. Auf diese beiden Kategorien entfielen 52 bzw. 40% aller Kauffälle und 44 bzw. 40% der umgesetzten Fläche. Von den übrigen vier Baugebieten kommt nur noch den Baulandverkäufen im Wohngebiet in geschlossener Bauweise eine nennenswerte Bedeutung zu; dort wurden für baureifes Land und Rohbauland 401 Kauffälle abgewickelt, die 326 000 qm betrafen. Ähnlich stellt sich die Situation dar, wenn baureifes Land und Rohbauland getrennt nach den auf die einzelnen Baugebiete entfallenden Anteilen untersucht werden. Gegenüber 1974 verzeichnete allerdings die im Wohngebiet in offener Bauweise umgesetzte Fläche des Rohbaulandes eine deutliche Einschränkung, während sie im Dorfgebiet zunahm. Die aufgezeigte Entwicklung dürfte zu einer verstärkten

Bautätigkeit im Dorfgebiet führen, nicht zuletzt deshalb, weil dort Bauland noch am ehesten zu erschwinglichen Preisen erworben werden kann.

Gemeinden und Gemeindeverbände dominieren unter den juristischen Personen als Vertragspartner

Natürliche Personen traten im Berichtsjahr in 45% der Verkaufsfälle als Vertragspartner auf, gegenüber 44% im Jahre 1974 und nahezu der Hälfte aller Vertragsabschlüsse in den davorliegenden Jahren. An der veräußerten Fläche und der Gesamtkaufsumme erreichten sie mit 36 bzw. 41% höhere Quoten als im Jahr zuvor. Die Beteiligung natürlicher Personen an allen Grundstücksgeschäften erwies sich bei der Differenzierung nach Erwerbern und Veräußerern erneut als noch stärker. Natürliche Personen traten als Veräußerer von Bauland in fast zwei Dritteln aller Fälle auf. Unter den Grundstückserwerbern betrug ihr Anteil sogar mehr als drei Viertel. Gemeinden und Gemeindeverbände dominierten unter den juristischen Personen. Bei der Veräußerung von Bauland entfielen auf diese 26% der Fälle und beim Erwerb 13%.

Zwei Fünftel aller Baulandverkäufe in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern

Zwei Fünftel aller Verkaufsfälle wurden in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern ermittelt, wobei der Anteil an der umgesetzten Fläche 38%, an der Kaufsumme jedoch nur 22% ausmachte. Baureifes Land spielte in dieser Gemeindegrößenklasse mit einer umgesetzten Fläche von 3,15 Mill. qm eine ganz erheblich größere Rolle als Rohbauland, von welchem nur 994 000 qm den Besitzer wechselten. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für baureifes Land fiel mit 17,13 DM sogar um 2 DM niedriger aus, als der für Rohbauland ermittelte (19,13 DM). In allen anderen Gemeindegrößenklassen war dagegen baureifes Land erheblich teurer als Rohbauland, in Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohnern sogar um mehr als das Doppelte. Konnte 1974 in den Großstädten noch eine deutlich höhere Fläche an Rohbauland umgesetzt werden als an baureifem Land, so ergab sich im Berichtsjahr die umgekehrte Situation. 528 000 qm baureifes Land wurden verkauft, jedoch nur 249 000 qm Rohbauland.

Bei fast der Hälfte aller gemeldeten Verkäufe betrug die Grundstücksgröße zwischen 500 und 1 000 qm und bei knapp einem Fünftel zwischen 1 000 und 3 000 qm. Von den Veräußerungen an

Baulandverkäufe und durchschnittliche Kaufwerte nach Gemeindegrößenklassen und Baulandarten 1975

Gemeinde- größenklasse	Insgesamt			Veränderung zum Vorjahr			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Kauf- summe	Kauf- fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf- fälle	Fläche	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	%			Anzahl	1 000 qm	DM	Anzahl	1 000 qm	DM
unter 2 000 Einw.	5 126	4 950	76 250	- 5,1	- 9,3	15,4	3 821	3 149	17,13	746	994	19,13
2 000 - 5 000 "	2 477	2 379	52 966	15,0	3,9	17,1	1 514	1 180	30,69	475	635	19,03
5 000 - 10 000 "	2 065	2 049	51 351	23,5	24,0	10,7	1 276	990	33,17	414	656	20,25
10 000 - 20 000 "	756	694	25 466	13,2	- 10,4	13,4	555	441	48,10	91	87	25,08
20 000 - 50 000 "	699	666	21 530	- 7,7	- 23,4	- 17,9	561	386	39,28	71	101	30,76
50 000 - 100 000 "	408	353	15 480	- 9,1	- 28,1	- 11,2	290	210	60,00	55	46	27,61
100 000 und mehr "	1 143	1 824	103 993	- 10,0	- 4,4	- 4,1	677	528	113,33	190	249	64,98
Insgesamt	12 674	12 915	347 036	2,4	- 3,9	4,5	8 694	6 884	33,67	2 042	2 768	24,25

baureifem Land entfielen genau drei Fünftel auf Grundstücke zwischen 500 und 1 000 qm, beim Rohbauland waren es nur 39%. Dagegen betrugen in der Größenklasse 1 000 bis 3 000 qm die Anteile 15 bzw. 28%.

Die Hälfte der umgesetzten Baulandfläche in Rheinhessen-Pfalz

Von den drei Regierungsbezirken verzeichnete, ebenso wie 1974, nur Trier eine Zunahme der veräußerten Baulandfläche, und zwar um 22%, während sich für Rheinhessen-Pfalz eine Reduzierung um 12% und für Koblenz um 1,6% ergab. Mit 6,5 Mill. qm entfiel die Hälfte der umgesetzten Fläche auf Rheinhessen-Pfalz, weitere 32% auf Koblenz und 18% auf Trier, gegenüber 55 sowie 31 und 14% im Jahr zuvor. Den Verkäufen von Rohbauland kam im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz erneut eine dominierende Rolle zu; fast 1,9 Mill. qm wechselten dort den Besitzer, das waren mehr als zwei Drittel der gesamten Fläche des Rohbaulandes. Von den Landkreisen verzeichnete der Westerwaldkreis mit 402 000 qm die größte Fläche an veräußertem baureifem Land, danach folgte Neuwied mit 400 00 qm. Im Jahr zuvor hatten die Landkreise Birkenfeld (431 000 qm) und Mayen-Koblenz (383 000 qm) an der Spitze gelegen. In der Skala der kreisfreien Städte lag Kaiserslautern mit 151 000 qm vorn, gefolgt von der Landeshauptstadt Mainz mit 145 000 qm. Der Umsatz an Rohbauland erreichte in Mainz 177 000 qm; das war erheblich mehr, als in allen übrigen kreisfreien Städten zusammen. Von den Landkreisen verzeichneten Mainz-Bingen (418 000 qm) und Kusel (352 000 qm) die flächenmäßig umfangreichsten Verkäufe an Rohbauland.

Die höchsten durchschnittlichen Quadratmeterpreise für baureifes Land wurden in Mainz (231,37 DM) und Koblenz (105,55 DM) gezahlt. In den Landkreisen ergaben sich die höchsten Preise in Ludwigshafen (74,76 DM) und Mainz-Bingen (64,71 DM), die niedrigsten in Kusel (12,33 DM) und Birkenfeld (9,12 DM). Für Rohbauland wurden die höchsten Quadratmeterpreise in Mainz mit durchschnittlich 81,08 DM und in Frankenthal mit 71,84 DM erzielt.

Quadratmeterpreise für baureifes Land um knapp ein Fünftel angestiegen

Der durchschnittliche Quadratmeterpreis für baureifes Land stieg im Berichtsjahr um 18% auf 33,67 DM; Rohbauland ging dagegen im Verkaufswert um 22% auf 24,25 DM zurück. Damit hat sich der kontinuierliche Preisanstieg bei baureifem Land trotz der Produktionseinschränkungen im Wohn- und Nichtwohnbau weiter fortgesetzt. Seit 1962, dem Jahr der Einführung der Statistik der Kaufwerte von Bauland, ergab sich ein Preisanstieg auf mehr als das Dreifache. Beim Rohbauland, das im Jahre 1974 wegen des verstärkten Verkaufs von unerschlossenen Grundstücken in der Nähe von Großstädten als Folge der Baulandverknappung im Kernbereich bestimmter Städte einen beachtlichen Preisauftrieb zu verzeichnen hatte, fiel der durchschnittliche Quadratmeterpreis wieder auf das Niveau der Jahre 1972 und 1973 zurück. Die Preis-

Baulandverkäufe und durchschnittliche Kaufwerte nach Verwaltungsbezirken 1975

Verwaltungsbezirk	Baulandveräußerungen insgesamt			Baureifes Land	Rohbauland
	Kauf-fälle	Fläche	Kauf-summe		
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM	DM je qm	
Kreisfreie Stadt Koblenz	260	289	16 516	105,55	28,29
Landkreise					
Ahrweiler	239	188	6 490	34,53	-
Altenkirchen (Ww.)	272	280	4 419	18,19	13,09
Bad Kreuznach	467	371	8 968	24,69	10,54
Bad Kreuznach, St	36	34	1 791	55,92	-
Birkenfeld	583	548	4 195	9,12	5,02
Idar-Oberstein, St	185	149	1 461	11,12	6,10
Cochem-Zell	251	151	2 849	24,47	15,92
Mayen-Koblenz	954	709	21 486	39,35	23,48
Andernach, St	67	119	3 682	42,68	29,28
Mayen, St	46	53	1 583	42,53	-
Neuwied	617	544	15 459	31,74	19,35
Neuwied, St	154	109	5 356	59,43	28,44
Rhein-Hunsrück-Kreis	357	292	5 647	22,77	6,11
Rhein-Lahn-Kreis	428	359	6 331	22,61	10,99
Lahnstein, St	16	11	904	81,57	-
Westerwaldkreis	473	403	6 750	16,76	-
RB Koblenz	4 901	4 134	99 110	27,01	15,77
Kreisfreie Stadt Trier	181	806	18 631	55,02	18,12
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	281	275	4 892	22,53	8,40
Bitburg-Prüm	246	288	3 250	12,79	4,74
Daun	132	124	1 815	15,24	10,91
Trier-Saarburg	613	788	10 729	24,88	8,18
RB Trier	1 453	2 281	39 317	23,04	8,48
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	31	22	1 582	77,83	71,84
Kaiserslautern	129	165	7 617	47,95	6,18
Landau i. d. Pfalz	115	49	1 766	43,70	17,00
Ludwigshafen a. Rhein	65	65	5 043	80,14	-
Mainz	508	499	56 186	231,37	81,08
Neustadt a. d. Weinstr.	112	107	4 839	83,51	31,97
Pirmasens	94	94	2 971	42,34	18,57
Speyer	73	98	4 290	95,01	63,25
Worms	48	43	2 314	57,27	-
Zweibrücken	60	57	1 317	21,59	-
Landkreise					
Alzey-Worms	371	379	7 998	24,42	16,29
Bad Dürkheim	416	374	14 963	51,19	27,43
Donnersbergkreis	438	501	6 435	13,97	8,98
Germersheim	489	448	9 874	23,33	14,68
Kaiserslautern	366	402	5 258	16,41	7,57
Kusel	353	557	3 890	12,33	5,03
Landau-Bad Bergzabern	626	699	11 756	27,19	13,45
Ludwigshafen	404	266	15 936	74,76	42,38
Mainz-Bingen	944	856	37 229	64,71	50,26
Bingen, St	40	54	1 630	46,39	44,57
Ingelheim am Rhein, St	99	77	2 760	62,09	30,26
Pirmasens	678	819	7 345	17,35	14,38
RB Rheinhessen-Pfalz	6 320	6 500	208 609	42,90	29,21
Rheinland-Pfalz	12 674	12 915	347 036	33,67	24,25
Kreisfreie Städte	1 676	2 294	123 070	94,41	60,30
Landkreise	10 998	10 621	223 966	25,93	19,74

differenz zwischen 1962 und 1975 betrug jedoch auch beim Rohbauland über 200%. Der durchschnittliche Preis für Industrieland verminderte sich 1975 gegenüber dem Vorjahr um 13% auf 17,87 DM je qm, während er beim Land für Verkehrszwecke um 27% auf 14,06 DM und für Freiflächen sogar um 57% auf 11,99 DM anstieg. In der Aufgliederung nach der Art des Baugebietes konnte eine unterschiedliche Entwicklung der Durch-

schnittspreise beobachtet werden. In Wohngebieten mit offener Bauweise erzielte baureifes Land 40,49 DM gegenüber 36,61 DM im Vorjahr, Rohbauland ging dagegen um 11% auf 36,36 DM zurück. Im Dorfgebiet verteuerte sich baureifes Land durchschnittlich um 13% auf 17,12 DM und Rohbauland um 5,4% auf 11,67 DM.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern

Bericht über ein gemeinsames Bund/Länder-Projekt

Angesichts der alarmierenden Kostenentwicklung rücken die Finanzierungsprobleme des Gesundheitswesens seit einiger Zeit immer stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Bei der Erörterung der Möglichkeiten, wie diese Entwicklung in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden kann, wird darauf hingewiesen, daß die Organisationsform vieler Krankenhäuser nicht der wirtschaftlichen Bedeutung entspricht, die ihnen allein schon von ihrer Größenordnung her zukommt. Wenn man bedenkt, daß ein mittleres Krankenhaus mit 500 Betten etwa 500 Beschäftigte hat, eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Leistungen erbringt, über einen jährlichen Umsatz von über 20 Millionen DM verfügt, so machen diese wenigen Zahlen deutlich, daß für die Führung eines solchen Krankenhauses ein modernes betriebliches Informations- und Kontrollsystem notwendig ist.

Ein nach modernen betriebswirtschaftlichen Methoden geführter Betrieb Krankenhaus bedarf eines aussagefähigen Rechnungswesens. Ein solches Rechnungswesen liefert zum einen die notwendigen Informationen für betriebliche Entscheidungen, zum anderen macht es die kostenmäßigen Auswirkungen von Entscheidungen deutlich und trägt damit zu einer dauernden Erfolgskontrolle bei.

Die neue Krankenhausgesetzgebung des Bundes (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG -, Bundespflegesatzverordnung) und der Länder hat aus dieser Notwendigkeit Schlußfolgerungen gezogen. Sie schreibt vor, daß alle Krankenhäuser bis zum 1. Januar 1978 ihr Rechnungswesen nach kaufmännischen Gesichtspunkten organisieren müssen. Hierzu gehören zum einen - vor allem für kommunale Krankenhäuser - die Umstellung von der kameralen auf die doppelte Buchführung und zum anderen die Einführung einer Betriebsabrechnung mit ent-

sprechenden Nebenrechnungen (Anlagenbuchhaltung, Lagerbuchhaltung). Diese Umstellung auf ein kaufmännisches Rechnungswesen im Krankenhaus kann mit vertretbarem Aufwand nur gelingen, wenn hierbei moderne Organisationshilfsmittel wie der Einsatz der automatischen Datenverarbeitung zum Zuge kommen. Für die verschiedenen Bereiche des Rechnungswesens müssen demnach ADV-Verfahren zur Verfügung gestellt werden, die einerseits die Forderungen der neuen Krankenhausgesetzgebung abdecken und andererseits die Notwendigkeiten der besonderen Betriebsform „Krankenhaus“ berücksichtigen.

Bei der Entwicklung entsprechender Verfahren sind zwei Forderungen zu beachten.

Einheitlichkeit der Verfahren und damit Vergleichbarkeit der Ergebnisse

Kostenminimierung für die Entwicklung selbst.

Entsprechend einem Auftrag des Kooperationsausschusses ADV ist seit Ende 1971 eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Automation im Krankenhaus“ damit befaßt, Krankenhausverwaltung und medizinischen Bereich auf mögliche Gemeinschaftsprojekte hin zu untersuchen. Aus einer Vielzahl möglicher Vorhaben maß die Arbeitsgruppe dem Projekt „Einheitliche maschinelle Buchhaltung und Betriebsabrechnung“ einstimmig erste Priorität zu. Nach Konkretisierung des Projektumfanges wurde beschlossen, die Realisierung gemeinsam anzugehen und einen Antrag beim Bundesminister für Forschung und Technologie auf finanzielle Förderung nach dem 2. DV-Förderungsprogramm der Bundesregierung zu stellen. Die Finanzierung des Projektes wird je zur Hälfte aus Mitteln des 2. Datenverarbeitungsprogramms der Bundesregierung und aus Leistungen der beteiligten Länder und Institutionen vorgenommen.

I. Bund/Länder-Kooperation zur Automation im Krankenhaus

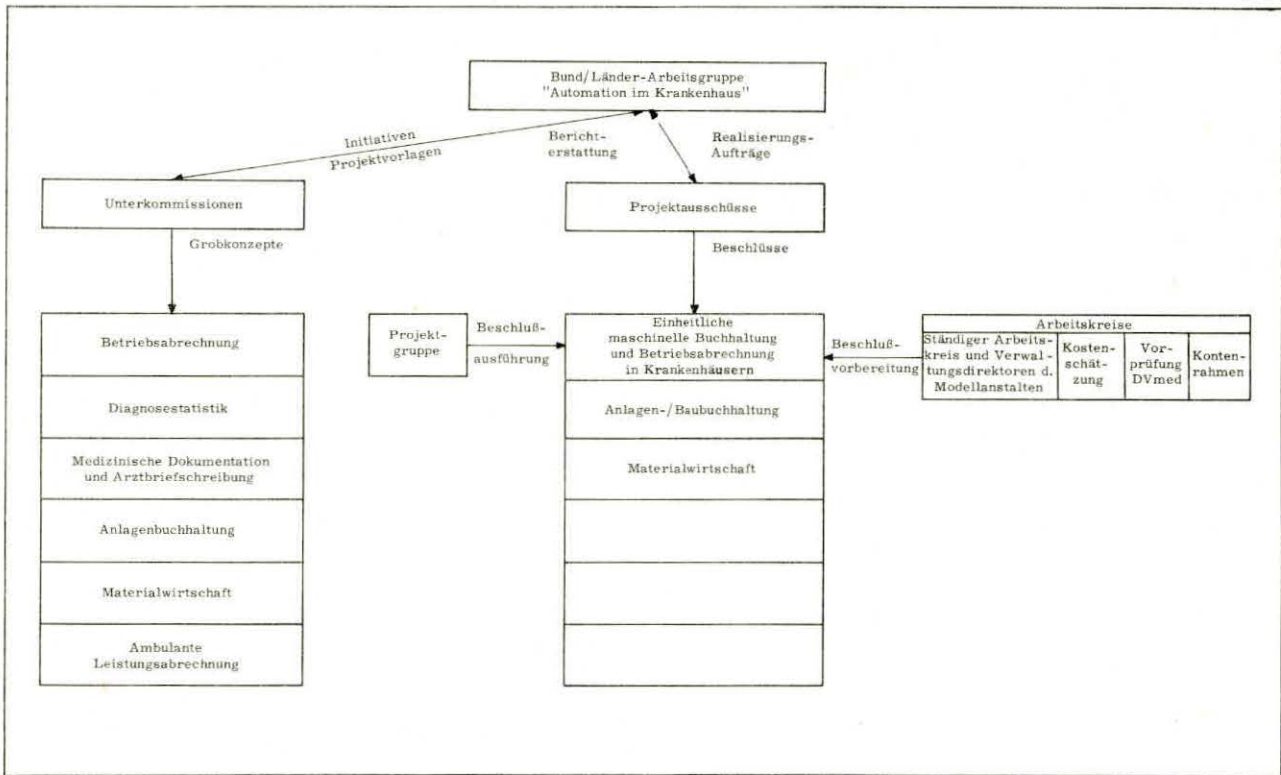
Der Standort des Projektes „Einheitliche maschinelle Buchhaltung und Betriebsabrechnung in Krankenhäusern“ läßt sich unter organisatorischem und funktionalem Aspekt beschreiben.

1.1 Organisatorische Einordnung

Während sich der Kooperationsausschuß ADV mit Automationsproblemen allgemeiner Art, die eine

über den Bereich einer Bundes- oder Landesverwaltung hinausgreifende Bedeutung haben, befaßt, ist die Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Automation im Krankenhaus“ ressortbezogen und problemorientiert tätig.

Unter Vorsitz von Rheinland-Pfalz gehören der Arbeitsgruppe der Bund, alle Bundesländer, die



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, die Deutsche Krankenhausgesellschaft und die Kirchliche Gemeinschaftsstelle für Elektronische Datenverarbeitung an.

Die Arbeitsgruppe setzt Initiativen zur Erarbeitung von Grobkonzepten. Diese konzeptive Tätigkeit wird in Unterkommissionen vollzogen. Unterkommissionen wurden bisher eingerichtet für:

- Betriebsabrechnung unter Federführung von Rheinland-Pfalz
- Diagnosenstatistik unter Federführung von Baden-Württemberg
- Medizinische Befunddokumentation und Arztbriefschreibung unter Federführung von Hessen
- Anlagen- und Baubuchhaltung unter Federführung der Kirchlichen Gemeinschaftsstelle für EDV
- Materialwirtschaft unter Federführung von Bremen
- Ambulante Leistungsabrechnung unter Federführung von Schleswig-Holstein

Die - inzwischen fertiggestellten - Arbeitsergebnisse gehen als Projektvorlagen der Bund/Länder-Arbeitsgruppe zur Entscheidung zu. Aufträge zur

Realisierung werden ggf. Projektausschüssen übertragen (Bild 1).

Initiativen zur gemeinsamen Realisierung von Entwicklungsprojekten erfolgen in Abstimmung mit dem Ausschuss für Fragen der wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser nach § 7 KHG. Diesem Ausschuss ist die Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Automation im Krankenhaus“ durch Beschluß der Gesundheitsministerkonferenz vom 14. Mai 1975 zugeordnet.

1.2 Funktionale Einordnung

Die Teilgebiete eines Krankenhausinformationssystems wurden von der Arbeitsgruppe - mehr zum Zwecke einer gemeinsamen Sprachregelung - in einer Übersicht dargestellt (Bild 2). Dabei waren zwei große Bereiche zu unterscheiden: Verwaltungsbereich und medizinischer Bereich. Diese wiederum gliedern sich in mehrere Teilbereiche. Es versteht sich von selbst, daß zwischen den einzelnen Teilgebieten mannigfaltige Verflechtungen bestehen. Finanzbuchhaltung und Betriebsabrechnung sind dabei als zentraler Kern der Verwaltungsautomation im Krankenhaus zu sehen.

II. Das Projekt „Einheitliche maschinelle Buchhaltung und Betriebsabrechnung in Krankenhäusern“

2.1 Projektorganisation

Im Realisierungsbereich scheinen prinzipiell drei Organisationseinheiten sinnvoll, nämlich ein Projektausschuß als Entscheidungsgremium, Arbeitskreise zur Beschlußvorbereitung und eine Projektgruppe zur Arbeitsausführung. Einzelheiten zur Aufgaben- und Kompetenzverteilung für das Projekt „Einheitliche maschinelle Buchhaltung und Be-

triebsabrechnung“ regelt eine Ende 1972 einstimmig verabschiedete Geschäftsordnung.

(1) Projektausschuß

Dem Projektausschuß gehören der Bund, alle Bundesländer (Ausnahme Saarland), die Arbeitsgemeinschaft Kommunale Datenverarbeitung, die Deutsche Krankenhausgesellschaft und die Kirchli-

che Gemeinschaftsstelle für EDV an. Vorsitz im Projektausschuß und Projektleitung liegen beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz.

Der Projektausschuß unterstützt und berät die Projektleitung bei der Entwicklung und Erprobung eines einheitlichen maschinellen Verfahrens der Buchhaltung und Betriebsabrechnung in Krankenhäusern. Er beschließt über alle grundsätzlichen Angelegenheiten wie

- Projektplanung
- Konzeption der Ist-Analyse
- Verabschiedung der Sollkonzeption
- Programmfreigaben
- Bildung von Arbeitskreisen.

Durch die so festgelegte Entscheidungsbefugnis der Mitglieder wird sichergestellt, daß die Projektentwicklung mit den Anforderungen der verschiedenen Länder deckungsgleich ist.

(2) Projektgruppe

Der Projektgruppe - Projektleiter plus zugeordnetes Arbeitsteam - ist die selbständige Durchführung aller für die Entwicklung und Erprobung einer einheitlichen maschinellen Buchhaltung und Betriebsabrechnung in Krankenhäusern erforderlichen Arbeiten übertragen, daneben der Vollzug des Verwendungsplanes und die Mittelverwaltung.

(3) Modellkrankenhäuser

Für die feldmäßige Erprobung der Programme in einem Modellversuch stehen insgesamt 11 Modellkrankenhäuser bereit. Diese sind

1. Kreiskrankenhaus Neustadt/Holstein
2. Kreiskrankenhaus Neustadt am Rübenberge
3. Zentralkrankenhaus Links der Weser
4. Johanniter-Krankenhaus Rheinauen
5. Städtische Krankenanstalten Solingen

6. Städtische Krankenanstalten Idar-Oberstein
7. Kreiskrankenhaus Main-Taunus Bad Soden
8. Elisabethenstift Darmstadt
9. Kreiskrankenhaus Lichtenfels
10. Stadt- und Kreiskrankenhaus Kulmbach
11. Städtisches Krankenhaus Bietigheim

Die Modellkrankenhäuser erhalten eine finanzielle Unterstützung für ihre Mitarbeit, die je zur Hälfte vom Bund und dem entsprechenden Land getragen wird. In einem ständigen Arbeitskreis der Verwaltungsdirektoren der Modellanstalten werden die Beschlußvorlagen beraten und praxisbezogen mitgestaltet.

2.2 Realisierte Arbeitsfelder

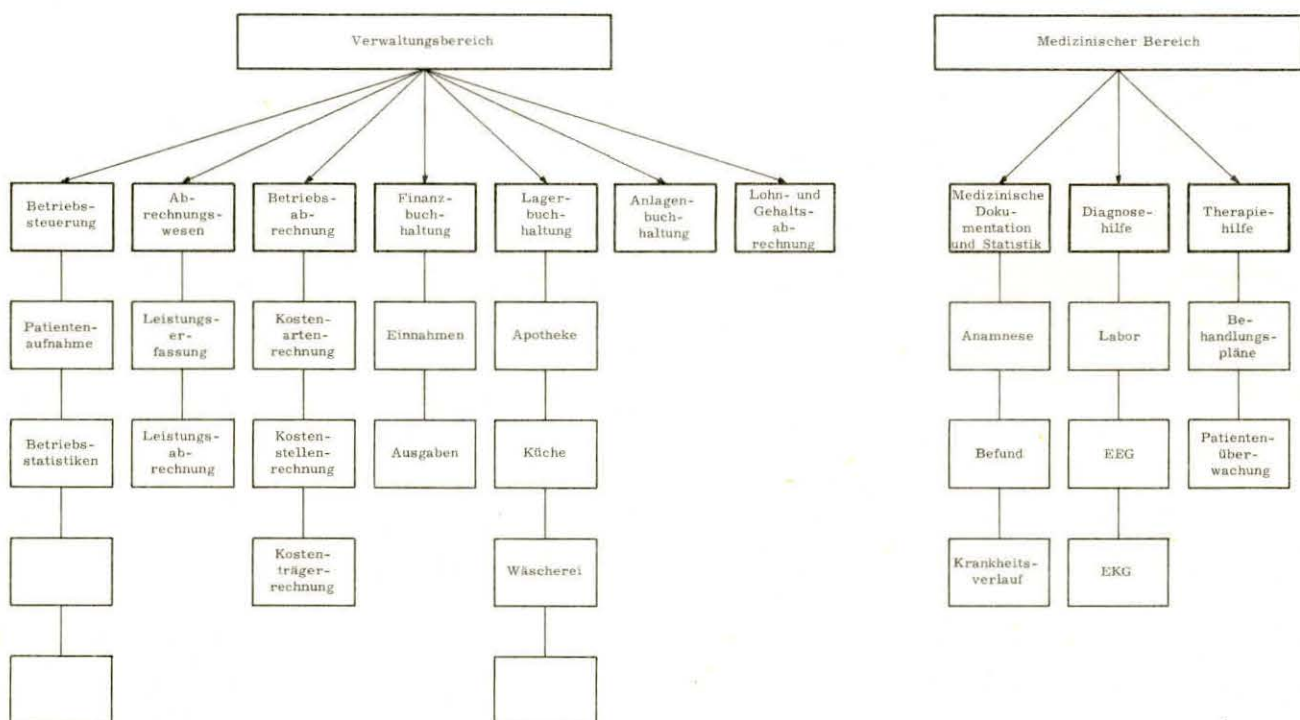
Mit den Projektarbeiten wurde Anfang 1973 begonnen. Im Laufe der ersten drei Jahre konnten folgende Arbeitsfelder behandelt werden.

(1) Ist-Analyse

Am Anfang stand eine umfangreiche Ist-Analyse in Form von Interviews in den Modellkrankenhäusern und darüber hinaus eine gemeinsam mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft veranstaltete Umfrage in allen Krankenhäusern des Bundesgebietes. Die Auswertung der Ergebnisse zeigt ein - mit wenigen Ausnahmen - erst schwach entwickeltes betriebliches Rechnungswesen. Man ist entweder kameralistisch orientiert oder, soweit ein betriebliches Rechnungswesen besteht, bisher nur bei einer ersten Ausbaustufe angelangt. Positiv war ganz allgemein das Eigeninteresse der Krankenhausleitungen an der Einführung der doppelten Buchführung und einer Kosten- und Leistungsrechnung festzuhalten; dies unabhängig von der durch Krankenhausfinanzierungsgesetz und Bundespfle-

Teilgebiete eines Krankenhausinformationssystems
- Zur Sprachregelung -

Bild 2



gesetzverordnung ab 1978 ohnehin vorgeschriebenen Verfahrensweise.

Anders als bei vielen Aufgaben der Verwaltungsautomation handelt es sich bei Buchhaltung und Betriebsabrechnung im Krankenhaus nicht allein darum, vorhandene manuelle Vorgänge nach Optimierung auf ein maschinelles Verfahren zu übertragen, sondern darum, in die Verfahrenskonzeption neben dem Ergebnis der Ist-Analyse in beachtlichem Umfang betriebswirtschaftliche Theorie einfließen zu lassen.

Im Rahmen der Ist-Analyse vorgefundene maschinelle Verfahrenslösungen - Entwicklungen im öffentlichen bzw. kirchlichen Bereich - wurden unter diesem Aspekt einer intensiven Prüfung unterzogen. Dabei erwiesen sich bestehende Lösungen als in wesentlichen Teilen nicht deckungsgleich mit den Anforderungen des neuen Krankenhausrechts, den Sollvorstellungen des Projektausschusses und den Auflagen des Bundesministers für Forschung und Technologie, so daß deren Übernahme oder Modifikation nicht möglich bzw. unter wirtschaftlichem Aspekt nicht sinnvoll war.

(2) Kontenrahmen

Der Projektausschuß hatte einen Arbeitskreis unter Vorsitz der Deutschen Krankenhausgesellschaft damit beauftragt, den Entwurf eines einheitlichen Kontenrahmens für Krankenhäuser zu entwickeln.

Der Arbeitskreis konnte am 1. März 1974 seine Arbeiten abschließen und das Konzept eines Kontenrahmens für Krankenhäuser (KFK) nebst Erläuterungen sowie einen Musterkontenplan vorlegen. Der Entwurf wurde mit dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und dem Unterausschuß für Pflegesatzfragen sehr intensiv beraten und den Beratungsergebnissen entsprechend modifiziert und ergänzt. Der Kontenrahmen trägt somit den Anforderungen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und der Bundespflegesatzverordnung Rechnung. Er ist auf der Basis moderner betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse - die auch dem neuen Industriekontenrahmen (IKR) zugrunde liegen - erstellt. Der Kontenrahmen geht von dem Abschlußgliederungsprinzip aus; er richtet sich innerhalb der Finanzbuchhaltung an den Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung aus, so daß die Aufstellung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung unmittelbar aus den Kontengruppen der Finanzbuchhaltung möglich ist. Der Kontenrahmen für Krankenhäuser trennt also in einem prozeßunabhängigen Teil (Finanzbuchhaltung) und einen prozeßabhängigen Teil (Kosten- und Leistungsrechnung) (Bild 3).

(3) Feinkonzept FINK

Auf der Grundlage dieser Vorarbeiten hat die Projektgruppe ein Feinkonzept - zunächst für den Bereich Finanzbuchhaltung - erarbeitet. Dieses Feinkonzept enthält entsprechend den dem Projekt zugrunde liegenden Dokumentations- und Verfahrensrichtlinien für medizinische DV-Projekte (DV-med) alle für die Programmierung notwendigen Unterlagen wie Datenflußplan, Programmbeschreibungen, Verarbeitungsregeln, Datei-, Satz- und Informationsbegriffsbeschreibungen.

Konten- klasse	Inhalt
0	AKTIVPOSTEN DER BILANZ (Ausstehende Einlagen, Anlagevermögen, Umlaufvermögen, akt. Rechnungsabgrenzung)
1	
2	PASSIVPOSTEN DER BILANZ (Kapital, Rücklagen, Wertberichtigungen, Verbindlichkeiten, pass. Rechnungsabgrenzung)
3	
4	ERTRÄGE
5	
6	AUFWENDUNGEN
7	
8	ERÖFFNUNGS- UND ABSCHLUSSKONTEN
9	KOSTEN- UND LEISTUNGSRECHNUNG

(4) Programmierung und Programmdokumentation

Um eine leichte Übertragbarkeit der Programme auf andere Rechenzentren sicherzustellen, wurde als Programmiersprache der Anwendungsprogramme ANS-COBOL gewählt. Der Programmaufbau ist soweit sinnvoll normiert. Zur Wahrung der Hersteller- und Betriebssystemunabhängigkeit wurden die E/A-Teile aus den Anwendungsprogrammen ausgelagert. Die Programme erreichen eine maximale Größe von 120 KB. Zu dem Datenerfassungsbereich sind einheitliche Schnittstellen definiert. Für das gesamte Programmpaket wurde eine ausführliche Programmdokumentation erstellt.

(5) Anwenderhandbuch

Ein umfangreiches Anwenderhandbuch gibt den Krankenhäusern die zur Umstellungs- und Ablauforganisation notwendigen Hilfen. Hier werden die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für den Anschluß, eine Beschreibung des Verfahrens, die vom Krankenhaus zu tätigenen Erfassungs- und Korrekturarbeiten sowie die maschinellen Ausgabelisten abgehandelt.

(6) Modellversuch

Die Projektentwicklung endet nicht mit der Fertigstellung des Programmpaketes, vielmehr ist die feldmäßige Erprobung in einem Modellversuch ein wesentlicher Bestandteil des Projektes. An dem Modellversuch wurden 10 Modellkrankenhäuser,

regional gestreut über die gesamte Bundesrepublik, in kommunaler und freigemeinnütziger Trägerschaft und mit Krankenhausgrößen von 300 bis 1 000 Betten beteiligt. Die maschinelle Verarbeitung fand in den verschiedenen für die Modellkrankenhäuser zuständigen Rechenzentren statt. Der Modellversuch und damit die Entwicklungsarbeiten für den Teilbereich Finanzbuchhaltung wurden Anfang 1976 erfolgreich abgeschlossen.

(7) Teilkostenrechnung

Der bekannten Problematik der Vollkostenrechnung, nämlich kostenstellenweise Weiterverrechnung der Fixkosten und deren Belastung auf den Kostenträger, könnte durch Einführung einer Teilkostenrechnung begegnet werden. Dieses Feld war bisher für den Krankenhausbereich unbearbeitet. Mit einer inzwischen fertiggestellten wissenschaftlichen Untersuchung über die Anwendungsmöglichkeiten der Teilkostenrechnung im Krankenhaus sollte ein Diskussionsbeitrag zur längerfristigen Entwicklung auf diesem Sektor geboten werden.

(8) Verfahrens- und Programmpflege

Ein einheitlich entwickeltes Verfahren muß auch einheitlich erhalten werden. Die zentrale Programmpflege bietet für den einzelnen Anwender kostenmäßige Vorteile. Eine Verfahrensweise zur Sicherung der zentralen Verfahrens- und Programmpflege wurde erarbeitet. Nach Abschluß der Verfahrensentwicklung und nach Vorliegen einer ausreichenden Zahl von Beteiligungserklärungen hat nunmehr seit Beginn dieses Jahres die Zentrale Verfahrens- und Programmpflege FINK (ZVP) ihre Arbeit aufgenommen.

(9) Dokumentationsreihe

Um alle interessierten Stellen laufend über die Ergebnisse des Forschungsprojektes zu unterrichten, wird eine Dokumentationsreihe herausgegeben. Die Bände 1 bis 5 sind bereits erschienen. Weitere Dokumentationsberichte sind in Vorbereitung.

2.3 Anstehende Entwicklungsarbeiten

Die weitere Projektentwicklung ist auf 4 Arbeitsfelder ausgerichtet:

- Entwicklung des Feinkonzeptes für den Abschnitt „Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern“ (KOLK)
- Erstellung der Programme
- Erprobung dieses Teilprojektes in einem Modellversuch
- Aufbau der Programmakten und Zusammenstellung eines Anwenderhandbuches KOLK.

Das Ende 1975 verabschiedete Grobkonzept basiert auf dem „Konzept einer Betriebsabrechnung und Planungsrechnung für Krankenhäuser“ des Unterausschusses für Pflegesatzfragen der Bund/Länder-Kommission nach § 7 KHG; es deckt die darin enthaltenen Forderungen voll ab.

Das Verfahren KOLK ermöglicht

- den innerbetrieblichen Vergleich in Form des Soll-Ist-Vergleiches (kostenarten- und kostenstellenweise Gegenüberstellung von Plan- und Istkosten) und des Zeitvergleiches (Gegenüberstellung der Istkosten unterschiedlicher Perioden)

- den zwischenbetrieblichen Vergleich
- die Kalkulation der Kosten je Leistungseinheit.

Das Verfahren basiert - entsprechend den Vorstellungen der fachlich zuständigen Ausschüsse des KHG - auf der Vollkostenrechnung. Dabei kann das Krankenhaus für jede einzelne Kostenstelle entscheiden, ob die Vollkostenrechnung in Form der Ist-, Normal- oder Plankostenrechnung zur Anwendung kommen und ob eine Anpassung der für eine Abrechnungsperiode vorgegebenen Plankosten an Beschäftigungsschwankungen erfolgen soll oder nicht (flexible oder starre Plankostenrechnung). Diese flexible Regelung ermöglicht den Krankenhäusern, die bisher nur über geringe Erfahrungen in der Kostenrechnung verfügen, eine schrittweise qualitative Verbesserung ihrer Kostenrechnung.

Das Verfahren KOLK wird folgende Teilgebiete umfassen:

— Kostenartenrechnung

Durch Ausdruck eines Kostenarteneinzelnachweises wird dem Krankenhaus ein Überblick über die Kostenentwicklung und Kostenstruktur in den einzelnen Selbstkostenbereichen und für das gesamte Krankenhaus ermöglicht.

— Kostenstellenrechnung

Durch die verursachungsgerechte Zurechnung der Kostenarten auf Kostenstellen und die Verteilung der Kosten der Vorkostenstellen auf die Endkostenstellen lassen sich detaillierte Informationen über das Kostengefüge des Krankenhauses gewinnen. Durch den Ausweis von Abweichungen (Soll-Ist-Abweichungen, aufgeteilt in Preis-, Beschäftigungs- und Verbrauchsabweichungen) ist eine gezielte Kostenkontrolle möglich. Als Ergebnis der Kostenstellenrechnung liefert das maschinelle Verfahren je Kostenstelle ein Kostenstellenblatt sowie ein Betriebsergebnisblatt.

— Kostenträgerrechnung

Im Bereich der Kostenträgerrechnung ist ein Ausbau des Verfahrens in zwei Stufen vorgesehen. In der ersten Ausbaustufe wird als Kostenträger der Pflege- bzw. Berechnungstag herangezogen. In der zweiten Ausbaustufe sollen weitere Kostenträger hinzukommen: Krankheitsart, Krankheitsgruppe, Einzelleistungen des Krankenhauses. Weiterhin werden die Zahlen der Kostenrechnung maschinell für den Selbstkostennachweis gemäß der Bundespflegesatzverordnung abgegrenzt und aufbereitet.

— Ermittlung betrieblicher Kennzahlen

— Planungsrechnung

Ziel der Planungsrechnung ist es, das Krankenhaus bei der Aufstellung des Erfolgs- und Vermögensplanes und bei der kostenarten-/kostenstellenbezogenen Kostenplanung mit Hilfe der gespeicherten Daten nachhaltig zu unterstützen.

Dem Zeitplan entsprechend sollen die gesamten Arbeiten im Jahr 1977 abgeschlossen sein.

Diplom-Volkswirte K. Maxeiner und W. Zanke

Der 2. Teil dieses Beitrags folgt im nächsten Statistischen Monatsheft.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 696	3 678	3 681	3 680	3 677	3 661
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 037	2 140	1 922	3 076	2 225	1 896 ^p	2 118 ^p	2 587 ^p	2 167 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	7,0	6,4	9,8	7,4	6,1 ^p	7,0 ^p	8,3 ^p	7,2 ^p
* Lebendgeborene	Anzahl	2 990	2 865	2 907	2 875	2 820	3 138 ^p	2 808 ^p	2 702 ^p	3 070 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,3	9,6	9,2	9,3	10,1 ^p	9,3 ^p	8,7 ^p	10,2 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 624	3 745	3 626	3 582	3 502	4 681 ^p	3 943 ^p	3 537 ^p	3 829 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	12,2	12,0	11,5	11,6	15,0 ^p	13,1 ^p	11,4 ^p	12,7 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 2)	Anzahl	67	61	52	71	57	58 ^p	63 ^p	50 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	22,3	21,3	18,0	24,1	20,2	18,8 ^p	22,4 ^p	17,8 ^p	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 634	- 881	- 719	- 707	- 682	- 1 543 ^p	- 1 135 ^p	- 835 ^p	- 759 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,1	- 2,9	- 2,4	- 2,3	- 2,3	- 5,0 ^p	- 3,8 ^p	- 2,7 ^p	- 2,5 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	8 520	7 189	7 611	5 718	6 556	6 889
* Fortgezogene	Anzahl	8 947	8 165	8 505	6 648	8 227	7 632
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 427	- 977	- 894	- 930	- 1 671	- 743
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 3)	Anzahl	10 936	10 243	10 251	8 204	10 535	9 562
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	36,3	67,2	66,1	61,4	62,9	69,6	62,5	54,3	52,0
* Männer	1 000	22,4	43,0	43,3	39,4	40,0	43,2	36,8	30,8	29,0
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	570	1 066	881	615	616	1 001	641	587	602
Bauberufe	Anzahl	4 045	6 885	7 992	6 830	6 428	5 823	4 514	3 526	3 067
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	15 979	29 673	30 360	28 607	28 706	29 118	25 202	21 358	19 985
Offene Stellen	Anzahl	14 621	11 158	12 696	12 961	12 660	11 206	12 419	13 304	13 164
Männer	Anzahl	8 433	5 924	6 611	6 454	6 450	6 353	7 056	7 381	7 489
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	244	233	287	285	241	362	409	382	306
Bauberufe	Anzahl	767	765	754	706	888	909	1 067	1 042	1 053
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	5 339	3 764	4 145	4 088	4 237	4 007	4 519	5 079	5 281
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	686	675	.	.	697	.	.	.	715
* Milchkühe	1 000	242	239	.	.	240	.	.	.	245
* Schweine	1 000	713	677	710	.	.	.	701	.	.
* Zuchtsauen	1 000	70	73	71	.	.	.	80	.	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	45	47	47	.	.	.	52	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	18	17	17	14	13	14	15	15	16
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	92	91	100	92	90	94	91	98	82
* Hausschlachtungen	1 000	18	17	18	13	9	18	15	12	7
* Schlachtmengen 4)	1 000 t	11,0	10,5	11,5	10,5	10,5	9,9	10,4	11,3	10,6
* Rinder	1 000 t	4,7	4,4	4,7	4,0	3,8	3,8	4,1	4,2	4,6
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,1	6,0	6,7	6,3	6,5	6,0	6,1	7,0	5,9
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 5)	1 000	122	102	187	104	79	103	122	74	71
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 6)	1 000 kg	96	104	135	81	102	40	84	104	114
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	77	82	92	86	84	86	94	84
* an Molkereien geliefert	%	84,4	86,5	85,6	87,6	88,0	88,5	89,1	90,3	91,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,2	10,4	11,4	12,3	11,8	11,3	12,0	12,6	11,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 3) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 4) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 5) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 6) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 909	2 780	2 798	2 794	2 788	2 674	2 660	2 654	2 647
* Beschäftigte	1 000	398	374	377	375	373	363	363	363	363
* Arbeiter 2)	1 000	289	267	270	268	267	260	259	260	260
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	42 799	38 628	41 324	37 139	36 300	41 436	39 010	38 932	37 981
Löhne und Gehälter	Mill. DM	733	742	712	752	739	729	757	776	795
* Löhne	Mill. DM	465	457	439	469	451	458	474	480	488
* Gehälter	Mill. DM	268	285	273	283	288	271	283	296	307
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	88	67	72	68	61	97	90	87	87
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	95	96	99	98	98	112	106	100	100
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	2	1	1	1	1	1	1	1	1
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	93	95	98	97	97	111	105	99	99
* Heizölverbrauch	1 000 t	190	186	180	159	150	230	195	189	170
* leichtes Heizöl	1 000 t	32	31	36	28	25	38	31	25	22
* schweres Heizöl	1 000 t	158	155	144	131	125	192	164	164	148
* Stromverbrauch	Mill. kWh	917	824	812	769	762	929	906	913	903
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	293	252	239	225	218	318	282	275	267
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 630	3 557	3 683	3 329	3 391	4 255	3 944	3 942	4 002
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 065	1 017	1 140	1 034	976	1 246	1 101	1 181	1 143
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1970 = 100	121	113	114	115	111	121	129	125 ^P	125 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	122	115	116	114	111	127	133	128 ^P	126 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1970 = 100	122	114	115	114	111	125	132	128	127 ^P
* Energiewirtschaft	1970 = 100	147	146	146	132	121	171	156	131 ^P	124 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1970 = 100	126	113	117	107	108	136	133	130	128
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	100	93	97	106	105	86	111	115	118
Chemische Industrie	1970 = 100	129	113	118	100	104	149	136	129	127
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	121	120	120	132	129	115	136	130	131
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1970 = 100	124	115	116	135	138	106	143	122	126
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	111	106	109	107	96	115	122	119	111
Schuhindustrie	1970 = 100	72	68	71	62	40	77	72	64	37
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	125	124	110	116	113	123	132	128	141
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	109	97	97	115	106	83	110	112	117
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	94	93	.	.	93	93
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	142	144	.	.	142	132
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	226	240	247	171	184	270	208
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 650	1 544	1 461	1 400	1 382	1 814	1 706
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	630	582	489	500	535	667	654
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 231	1 187	1 207	1 059	1 019	1 397	1 244
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	141	150	157	129	106	225	171	135	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	141	150	158	129	106	207	161	129	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	79 639	71 102	72 346	71 317	71 174	66 432	67 405	67 386	67 896
Facharbeiter	Anzahl	44 458	40 440	41 285	40 665	41 115	37 794	37 980	38 018	40 420
Fachwerker und Werker	Anzahl	20 312	16 648	16 664	16 518	16 257	15 428	16 207	16 211	14 349
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	11 151	9 778	10 467	10 121	10 136	8 603	9 894	9 982	10 357
Privater Bau	1 000	6 407	5 566	5 853	5 662	5 741	5 106	5 939	6 009	6 366
* Wohnungsbau	1 000	4 361	3 765	4 039	3 850	3 888	3 444	4 129	4 229	4 400
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	82	93	72	78	97	66	77	90	126
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 964	1 708	1 742	1 734	1 756	1 596	1 733	1 690	1 840
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	4 744	4 212	4 614	4 459	4 395	3 497	3 955	3 973	3 991
Hochbau	1 000	1 105	1 004	1 136	1 027	1 057	937	941	937	930
Tiefbau	1 000	3 639	3 208	3 478	3 432	3 388	2 560	3 014	3 036	3 061
Straßenbau	1 000	1 727	1 481	1 520	1 538	1 632	1 065	1 310	1 360	1 336
Löhne und Gehälter	Mill. DM	138	130	129	133	134	115	132	136	138
* Löhne	Mill. DM	122	115	114	118	119	100	117	121	123
* Gehälter	Mill. DM	16	15	15	15	15	15	15	15	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	381	362	318	301	322	275	254	280	339

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 8400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1976 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 090	983	950	871	1 095	1 336	1 388	1 255	1 106
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 026	937	920	831	1 046	1 294	1 347	1 219	1 049
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 173	997	934	867	1 081	1 313	1 349	1 238	1 088
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	210	189	174	162	201	254	265	247	217
* Wohnfläche	1 000 qm	194	159	150	135	168	209	216	192	175
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	212	231	192	231	240	209	177	185	197
* Umbauter Raum	1 000 cbm	827	926	666	757	882	613	502	466	646
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	127	140	99	122	147	75	81	75	104
* Nutzfläche	1 000 qm	148	165	127	136	169	116	101	88	111
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 200	1 788	1 715	1 473	1 791	2 177	2 226	2 155	1 857
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1970 = 100	133	128	.	128	.	.	.	131	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1970 = 100	151	151	.	151	.	.	.	161	.
Hohlblockmauerwerk	1970 = 100	154	154	.	155	.	.	.	162	.
Leichttrennwand	1970 = 100	159	165	.	167	.	.	.	175	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1970 = 100	150	144	.	144	.	.	.	149	.
Beton für Wände	1970 = 100	146	142	.	143	.	.	.	148	.
Bauholz (Normalklasse)	1970 = 100	150	152	.	151	.	.	.	154	.
Innenwandputz	1970 = 100	165	161	.	162	.	.	.	170	.
Deckenputz	1970 = 100	160	160	.	162	.	.	.	167	.
Außenwandputz	1970 = 100	161	164	.	165	.	.	.	171	.
Wandbelag (Fliesen)	1970 = 100	165	172	.	174	.	.	.	180	.
Zimmertür, einflüglig	1970 = 100	162	167	.	166	.	.	.	175	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 179,7	1 133,6	1 202,6	985,6	1 215,2	1 467,9	1 281,9	1 394,0	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	49,0	46,6	52,2	37,6	48,5	53,6	47,5	53,2	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 130,7	1 087,1	1 150,1	948,1	1 666,8	1 414,2	1 234,4	1 340,8	...
* Rohstoffe	Mill. DM	12,3	11,1	12,1	10,7	10,3	13,2	12,4	13,7	...
* Halbwaren	Mill. DM	72,7	63,4	69,5	67,9	64,3	77,5	68,3	67,9	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 045,7	1 012,6	1 068,5	869,5	1 092,1	1 323,5	1 153,8	1 259,1	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	406,9	315,4	317,1	263,2	327,2	426,0	396,9	457,6	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	638,9	697,2	751,4	606,3	764,9	897,5	756,8	801,5	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Ländern	Mill. DM	453,8	447,5	470,7	419,4	426,1	663,7	601,3	638,4	...
Frankreich	Mill. DM	164,7	144,5	142,3	127,1	140,8	215,4	211,4	250,2	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	76,6	74,2	88,1	78,4	71,5	107,4	95,9	96,7	...
Niederlande	Mill. DM	94,5	81,7	86,3	72,4	77,5	106,7	95,2	94,2	...
Italien	Mill. DM	96,7	73,3	69,6	73,1	70,0	113,5	108,2	100,4	...
Großbritannien	Mill. DM	67,9	51,4	57,0	49,7	44,5	81,3	66,3	65,5	...
Republik Irland	Mill. DM	3,2	2,7	2,7	2,0	2,8	7,6	3,6	3,8	...
Dänemark	Mill. DM	20,7	19,8	24,7	16,7	19,0	31,3	20,8	27,7	...
Österreich	Mill. DM	40,9	38,3	37,3	33,6	37,2	52,8	53,1	52,4	...
Schweiz	Mill. DM	56,7	41,3	38,8	38,0	38,2	47,3	46,3	63,7	...
USA und Kanada	Mill. DM	60,9	50,8	55,3	39,1	39,5	72,8	63,7	73,4	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	219,6	303,0	315,8	235,0	393,9	310,2	263,2	274,9	...
Ostblockländer	Mill. DM	74,6	81,6	96,8	75,2	86,9	115,3	75,4	79,1	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	725,0	688,2	704,9	615,6	657,0	899,6	808,0	752,0	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	113,9	114,1	132,5	102,8	97,6	148,4	120,2	119,0	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	611,1	574,1	572,4	512,8	559,4	751,5	687,8	633,0	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	106	104	103	104	101	102	102	102	102
* Umsatz	1970 = 100	144	158	158	155	148	163	179	161	162
Waren verschiedener Art	1970 = 100	155	179	164	166	161	165	182	165	167
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	144	158	156	161	152	160	187	159	168
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	139	148	152	152	131	142	171	149	135
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	159	163	177	162	140	183	172	168	167
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	151	159	144	127	126	137	142	135	132
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	107	127	146	124	139	172	172	168	167

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	99	99	103	101	94	99	100	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	119	122	117	124	120	111	125	126	...
* Umsatz	1970 = 100	121	127	135	152	128	113	134	157	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	124	136	148	168	151	111	152	181	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	118	121	126	141	112	115	121	140	...
Fremdenverkehr										
in 288 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	257	275	223	353	330	164	263	364	...
* Auslandsgäste	1 000	45	53	33	67	68	19	46	73	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 004	1 088	842	1 271	1 374	607	967	1 266	...
* Auslandsgäste	1 000	112	149	75	155	171	46	118	171	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	2 870	2 687	2 942	2 569	2 831	2 856	2 774	3 193	3 023
* Gütereingang	1 000 t	1 548	1 246	1 359	1 360	1 442	1 602	1 441	1 729	1 615
* Güterversand	1 000 t	1 322	1 441	1 583	1 209	1 389	1 254	1 333	1 464	1 408
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 243	2 919	2 687	3 388	3 092	3 445	3 347	3 769	3 543
Ladung	1 000 t	2 667	2 459	2 316	3 011	2 701	2 309	2 169	2 765	2 763
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	79	80	82	85	84	62	59	67	70
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 726	3 363	3 150	3 746	3 452	4 036	3 883	4 129	3 994
Ladung	1 000 t	1 470	1 469	1 335	1 694	1 627	1 292	1 132	1 403	1 467
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	78	81	84	86	87	61	59	66	73
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	9 242	11 129	15 161	12 264	12 345	16 966	15 855	14 666	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	188	253	410	31	386	492	695	547	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	8 045	9 964	13 500	10 940	10 973	15 002	13 967	12 758	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	425	420	501	411	432	689	626	650	...
Zugmaschinen	Anzahl	363	424	666	411	475	695	467	424	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	421	430	615	666	848	499	659	560	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	30 811	31 054	33 029	31 918	29 631	31 551	27 665	30 012	28 783
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	25 307	25 345	26 824	25 479	24 501	25 001	22 780	23 657	22 595
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	4 982	5 172	5 790	5 684	4 296	6 168	4 488	5 572	5 423
Berufsverkehr	1 000	1 038	894	934	889	819	899	952	878	855
Gelegenheitsverkehr	1 000	522	537	415	755	834	382	397	783	765
Ausflugsfahrten	1 000	103	115	83	184	193	68	80	171	203
Ferienziel - Reisen	1 000	4	4	4	5	10	2	4	6	2
Mietwagenverkehr	1 000	415	418	328	566	631	312	313	606	560
Wagenkilometer	1 000	13 369	13 845	13 905	16 004	14 868	14 147	12 857	16 608	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	6 772	6 906	6 666	7 079	6 785	6 705	7 016	7 979	7 568
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 672	1 726	1 631	1 847	1 804	1 514	1 751	2 042	2 049
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 100	5 180	5 035	5 232	4 981	5 191	5 265	5 937	5 519
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	3 872	3 759	3 729	3 866	3 625	3 660	3 675	4 212	3 947
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 228	1 421	1 306	1 366	1 356	1 531	1 590	1 725	1 572
* Getötete Personen	Anzahl	80	80	65	95	56	68	81	86	96
Pkw - Insassen	Anzahl	39	42	35	55	28	30	39	52	41
Fußgänger	Anzahl	23	19	13	18	12	15	18	18	20
* Verletzte Personen	Anzahl	2 317	2 407	2 221	2 635	2 541	2 027	2 468	2 774	2 826
Pkw - Insassen	Anzahl	1 429	1 470	1 297	1 465	1 512	1 224	1 516	1 540	1 488
Fußgänger	Anzahl	292	280	276	338	267	301	265	277	251
Schwerverletzte	Anzahl	770	758	707	825	854	611	765	882	942
Pkw - Insassen	Anzahl	422	402	348	391	453	324	434	421	445
Fußgänger	Anzahl	142	129	116	161	120	141	97	123	108
Bundespost 1)										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	28 021	27 388	30 126	24 520	25 481	28 148	26 538	25 595	24 934
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	563	550	548	431	434	639	622	577	497
Telegramme	1 000	21	19	20	20	19	17	19	19	19
Postcheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1 362 283	1 416 535	1 565 295	1 440 565	1 384 803	1 432 969	1 450 951	1 378 680	1 413 091
Lastschriften	1 000 DM	1 360 432	1 416 280	1 595 908	1 428 020	1 361 653	1 426 637	1 478 089	1 351 956	1 377 658
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	18 025	21 088	23 523	19 846	22 626	20 510	18 140	19 259	19 502
Auszahlungen	1 000 DM	23 959	25 906	27 333	23 957	26 885	30 126	32 186	28 875	27 705
Abgehende Ferngespräche	1 000	15 988	17 155	16 137	17 998	16 394	16 089	19 168	18 392	...

1) Nur OPD Koblenz.

Zahlungspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	32 378	35 078	32 748	33 111	33 494	35 871	36 093	36 102	36 874
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	32 122	34 653	32 448	32 807	33 172	35 416	35 627	35 618	36 382
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 116	7 974	8 018	8 027	8 196	8 076	8 012	7 843	8 190
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 838	7 636	7 663	7 658	7 759	7 692	7 682	7 505	7 768
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	278	337	355	369	436	384	330	338	422
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 536	3 658	3 388	3 367	3 392	3 721	3 732	3 780	3 897
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 853	2 824	2 750	2 731	2 755	2 875	2 915	2 969	3 085
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	683	834	638	636	637	847	816	811	812
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	20 470	23 022	21 042	21 414	21 583	23 618	23 884	23 996	24 295
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	15 258	17 194	15 740	15 931	16 051	17 695	17 939	17 973	18 152
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	5 212	5 828	5 302	5 483	5 532	5 923	5 945	6 023	6 143
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	27 652	31 445	28 212	28 714	28 489	31 241	31 388	32 150	31 916
* Sichteinlagen	Mill. DM	4 082	4 902	4 104	4 370	4 365	4 567	4 714	5 121	5 036
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 707	4 471	3 816	3 967	4 042	4 291	4 320	4 722	4 670
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	375	430	288	403	323	276	394	400	366
* Termingelder	Mill. DM	7 166	6 356	6 510	6 394	6 039	6 193	6 170	6 410	6 156
* Spareinlagen	Mill. DM	16 406	20 188	17 601	17 950	18 084	20 480	20 505	20 619	20 724
* bei Sparkassen	Mill. DM	9 847	11 758	10 378	10 565	10 624	11 987	11 993	12 046	12 102
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	884	1 140	1 388	1 025	969	989	888	880	888
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	745	827	862	677	836	1 020	864	765	785
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	31	40	32	37	32	37	74	41	37
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	24 823	27 070	10 359	69 671	11 247	5 722	65 365	8 294	37 265
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	3	2	1	1	-	1	-
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 738	1 274	1 253	1 356	1 407	1 079	1 000	906	1 049
* Wechselsumme	1 000 DM	6 977	6 030	4 478	5 307	12 520	4 489	4 031	2 830	3 599
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	674 043	691 366	429 946	551 566	821 356	806 753	435 532	604 877	912 347
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	477 786	478 176	207 255	359 536	632 584	589 101	200 169	388 822	667 171
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	309 591	307 542	160 114	325 612	235 610	198 930	200 823	381 293	254 747
* Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	48 692	51 829	-	141 752	-	-	-	153 676	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	105 011	114 056	34 973	- 1 337	266 493	276 779	2 788	- 8 322	294 563
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	8 522	8 831	4 021	1 884	4 079	2 786	2 641	2 832	4 639
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	54 662	47 746	8 147	33 377	126 402	110 606	- 6 083	13 019	113 222
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	6 416	8 491	-	28 711	-	15 653	-	13 790	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	196 257	213 190	222 691	192 030	188 772	217 652	235 363	216 055	245 176
* Umsatzsteuer	1 000 DM	134 388	150 930	143 097	140 593	119 445	131 488	169 106	152 213	161 526
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	61 869	62 261	79 594	51 437	69 327	86 164	66 257	63 842	83 650
* Bundessteuern	1 000 DM	95 256	92 095	105 144	81 189	87 226	114 463	87 254	76 220	94 950
* Zölle	1 000 DM	7 057	8 001	10 752	6 098	8 780	9 343	7 068	6 145	9 010
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	78 046	79 508	92 779	73 548	72 596	98 057	76 544	66 926	76 690
* Landessteuern	1 000 DM	47 872	50 390	44 424	65 271	50 001	53 112	91 250	66 618	60 655
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 917	10 942	1 738	26 478	9 288	1 580	2 040	26 915	13 304
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	26 077	26 973	32 536	25 405	26 736	31 885	31 151	26 731	27 802
* Biersteuer	1 000 DM	6 168	6 152	5 126	6 277	6 611	5 262	5 600	6 578	6 734
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	352 175	341 325	.	.	339 523	347 261	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 370	8 559	.	.	7 990	5 293	.	.	.
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	39 194	49 522	.	.	37 774	46 880	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	255 166	229 260	.	.	240 021	233 868	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	21 916	22 745	.	.	21 222	25 786	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	446 346	462 189	370 826	357 579	492 776	518 257	374 316	397 070	560 106
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	209 871	209 576	89 968	157 068	281 145	253 424	85 832	168 303	295 134
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	124 979	145 506	138 073	119 061	117 042	150 184	162 404	149 081	169 175
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	16 240	15 013	37 641	261	7 363	186	38 826	3 466	847
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	367 272	359 283	267 047	321 023	420 890	379 772	311 860	330 258	444 676
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	208 573	208 934	89 726	155 914	280 718	252 706	85 526	167 683	294 624
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹⁰⁾	1 000 DM	94 587	84 945	95 256	99 577	82 809	73 768	96 258	92 491	88 550
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	16 240	15 013	37 641	261	7 362	186	38 826	3 466	847
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	433 467	432 664	.	.	392 895	440 892	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹¹⁾	1 000 DM	158 493	143 527	.	.	150 386	147 640	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	177 966	177 071	.	.	143 006	179 859	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Postcheck- und Postsparkassenämter, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Landesanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969, Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	377	397	394	.	.	426	.	.	
* Männliche Arbeiter	DM	407	425	423	.	.	456	.	.	
* Facharbeiter	DM	432	451	450	.	.	482	.	.	
* Angelernte Arbeiter	DM	393	406	404	.	.	439	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	338	349	343	.	.	372	.	.	
* Weibliche Arbeiter	DM	258	279	276	.	.	300	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	246	266	261	.	.	288	.	.	
Bruttostundenverdienste	DM	8,91	9,59	9,57	.	.	10,14	.	.	
* Männliche Arbeiter	DM	9,48	10 15	10,11	.	.	10,72	.	.	
* Facharbeiter	DM	10,01	10,71	10,68	.	.	11,32	.	.	
* Angelernte Arbeiter	DM	9,18	9,78	9,74	.	.	10,32	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	7,93	8,36	8,29	.	.	8,77	.	.	
* Weibliche Arbeiter	DM	6,54	7,13	7,13	.	.	7,54	.	.	
* Hilfsarbeiter	DM	6,22	6,81	6,80	.	.	7,21	.	.	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	41,3	41,2	.	.	42,0	.	.	
Männliche Arbeiter	Std.	42,9	41,8	41,8	.	.	42,5	.	.	
Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,0	38,7	.	.	39,7	.	.	
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	2 194	2 369	2 363	.	.	2 475	.	.	
* männlich	DM	1 939	2 107	2 104	.	.	2 221	.	.	
* weiblich	DM	2 313	2 485	2 488	.	.	2 613	.	.	
Technische Angestellte	DM	1 521	1 665	1 661	.	.	1 752	.	.	
* männlich	DM	2 474	2 645	2 637	.	.	2 738	.	.	
* weiblich	DM	2 526	2 698	2 690	.	.	2 794	.	.	
* weiblich	DM	1 704	1 856	1 846	.	.	1 916	.	.	
im Handel, Kredit und Versiche- rungen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 498	1 623	1 617	.	.	1 711	.	.	
* männlich	DM	1 481	1 608	1 603	.	.	1 695	.	.	
* weiblich	DM	1 889	2 029	2 029	.	.	2 128	.	.	
* weiblich	DM	1 181	1 290	1 281	.	.	1 360	.	.	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 886	2 037	2 035	.	.	2 137	.	.	
* männlich	DM	1 668	1 809	1 808	.	.	1 907	.	.	
* weiblich	DM	2 086	2 238	2 241	.	.	2 350	.	.	
Technische Angestellte	DM	1 304	1 423	1 418	.	.	1 498	.	.	
* männlich	DM	2 431	2 591	2 584	.	.	2 689	.	.	
* weiblich	DM	2 486	2 655	2 645	.	.	2 752	.	.	
* weiblich	DM	1 663	1 757	1 755	.	.	1 837	.	.	
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 111	1 106	1 107	1 105	1 105	1 108	1 106	1 105	1 106
Pflichtmitglieder	1 000	669	657	659	657	656	655	653	651	651
Rentner	1 000	377	385	383	384	385	390	390	391	391
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,4	5,1	4,6	4,8	4,4	5,3	6,2	5,1	4,8
Männer	%	5,1	5,3	4,7	4,9	4,4	5,4	6,2	5,2	4,9
Frauen	%	5,3	4,9	4,5	4,9	4,4	5,2	6,3	5,2	4,7
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	420 313	438 661	429 405	430 727	440 811	452 564	452 302	452 500	453 366
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	173 007	197 254	184 234	185 162	185 717	212 833	212 408	211 435	212 515
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	26 206	52 642	54 697	48 792	47 749	59 468	49 612	43 711	40 265
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	23 618	44 649	47 461	41 709	40 395	46 957	37 736	32 843	29 786
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	146	143	.	.	143	141	.	.	140
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	45 747	50 063	47 114	47 805	51 257	51 079	50 973	51 762	54 937

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Landwirtschaftliche Krankenkasse, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975				1976			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 054	61 829 ^P	61 916	61 886	61 861
Eheschließungen 1)	Anzahl	31 439	32 202 ^P	30 788 ^P	28 555 ^P	46 094 ^P	21 506 ^P	26 571 ^P	31 312 ^P	38 591 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 198	50 043 ^P	50 328 ^P	52 752 ^P	51 531 ^P	47 921 ^P	54 427 ^P	49 555 ^P	50 689 ^P
Gestorbene 3)	Anzahl	60 626	62 438 ^P	65 488 ^P	63 038 ^P	59 634 ^P	60 016 ^P	72 197 ^P	65 020 ^P	60 035 ^P
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 8 428	- 12 396 ^P	- 15 160 ^P	- 10 286 ^P	- 8 103 ^P	- 12 095 ^P	- 17 770 ^P	- 15 465 ^P	- 9 346 ^P
Arbeitslose	1 000	582	1 074	1 114	1 087	1 018	1 347	1 190	1 094	954
Männer	1 000	325	623	692	648	593	811	682	593	499
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 234	19 853	.	21 012	.	.	.	21 266	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	313	313	301	341	311	287	325	315	324
Milcherzeugung	1 000 t	1 792	1 800	1 960	1 994	2 177	1 781	2 064	2 102	2 257
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)	1 000	8 144	7 616	7 722	7 681	7 641	7 384	7 399 ^P	7 394 ^P	7 401 ^P
Beschäftigte	1 000	870	778	771	834	753	763	830 ^P	791 ^P	782 ^P
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	62 500	61 154	59 584	63 079	57 731	61 903	70 553 ^P	66 744 ^P	66 713 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	15 097	14 409	14 120	14 864	13 630	14 951	16 982 ^P	16 287 ^P	16 012 ^P
Auslandsumsatz	Mill. DM									
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	112	105	110	105	110	111	109	117 ^P	116 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	112	105	111	106	110	113	110	118 ^P	117 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	110	103	108	103	108	109	106	115 ^P	115 ^P
Energiewirtschaft	1970 = 100	151	140	174	158	141	196	188	170 ^P	155 ^P
Bergbau	1970 = 100	91	85	92	92	83	87	86	80 ^P	79 ^P
Verarbeitende Industrie	1970 = 100	111	103	108	104	109	110	107	116 ^P	116 ^P
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	116	102	103	103	104	109	110	119 ^P	118 ^P
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	107	102	109	103	111	109	105	114 ^P	115 ^P
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	108	102	112	103	107	111	109	116 ^P	113 ^P
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1970 = 100	114	114	114	109	121	113	106	120 ^P	120 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	105	94	90	95	107	68	82	105 ^P	111 ^P
Steinkohlenförderung	1 000 t	7 907	7 699	7 764	8 723	7 040	7 437	8 028	7 062	7 185
Braunkohlenförderung	1 000 t	10 504	10 282	11 139	10 171	9 328	10 955	11 814	10 749	10 913
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	3 356	2 506	2 616	2 661	2 380	2 516	2 753	2 638	2 870
Stahlrohblöcken	1 000 t	4 388	3 312	3 472	3 662	3 116	3 420	3 706	3 414	3 766
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	3 301	2 477	2 584	2 764	2 203	2 541	2 832	2 589	2 682
Stromerzeugung	Mill. kWh	25 988	25 150	27 344	25 755	22 487	29 362	30 632
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 978	3 539	3 930	3 567	3 302	3 841	4 002	3 457	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 352	1 194	1 187	1 211	1 216	1 110	1 141	1 168	1 180
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	173	149	134	164	156	98	139	156	160
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 280	5 886	4 654	5 080	4 959	3 918	4 583	4 729	5 335
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	34 815	30 654	29 592	30 317	29 211	31 184	34 877
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	137	149	144	149	148	135	164 ^r	155	152
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	146	142	137	149	136	139	158 ^r	163 ^r	156 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	123	131	124	125	146	117	126	134	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	14 975	15 371	14 091	16 883	14 247	16 923	18 971	18 579	18 032
Ausfuhr	Mill. DM	19 205	18 467	17 538	19 693	17 500	19 118	22 821	20 817	21 318
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	4 230	3 096	3 447	2 809	3 253	2 195	3 850	2 238	3 285

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1974	1975			1976				
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	103	83	77	87	74	85	86
Binnenschifffahrt	1970 = 100	105	95	89	104	93	88
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	117	100	98	96	99	102
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	102	101	94	98	105	108	100
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	108	111	104	118	108	121	113	102	...
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	51 524	56 480	51 142	51 568	52 294	54 402	54 411	56 286	55 986 ^P
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	814 886	900 610	819 277	819 588	827 315	904 569	910 244	915 864	922 943 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	672 294	707 215	670 606	667 889	671 513	707 494	710 315	715 256	719 360 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	142 592	193 395	148 671	151 699	155 802	197 075	199 929	200 608	203 583 ^P
Einlagen										
von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	637 091	707 491	634 136	635 944	640 316	702 300	702 845	703 173	709 122 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	310 733	375 637	321 344	329 872	335 525	382 195	382 353	383 152	385 079 ^P
Index der Aktienkurse	29.12.72 = 100	81,5	93,7	94,6	97,9	94,1	106,5	109,3	107,4	102,4
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	64,2	69,4	69,8	69,6	69,9	71,2	73,1	73,9	73,2
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	9 311	9 291	11 224	5 098	5 313	6 098	12 556	5 463	5 473
Lohnsteuer	Mill. DM	5 997	5 933	3 996	4 121	4 952	5 414	4 787	4 975	5 526
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 326	4 507	4 059	4 911	5 184	5 353	4 316	5 911	5 192
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 779	2 977	2 619	2 584	2 796	3 675	2 534	2 795	2 922
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 794	2 862	2 485	2 819	2 872	2 721	2 877	2 973	2 893
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1970 = 100	117,6	133,2	124,7	126,4	127,1	152,7	155,5	155,5 ^F	149,3 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1970 = 100	131,1	138,7	136,5	137,3	138,4	144,5	146,7	147,6	147,4
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1970 = 100	129,4	135,5	134,6	135,3	135,4	138,4	138,9	140,0	140,6
Preisindex für Wohngebäude 6)	1970 = 100	135,6	138,9	.	.	139,3	140,2	.	.	143,7
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	123,6	126,5	.	.	127,3	126,8	.	.	128,7
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	127,1	134,7	132,6	133,6	134,4	139,2	139,7	140,6	141,1
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	123,6	130,1	127,7	129,3	130,9	135,0	135,8	137,2	138,2
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	129,7	136,3	135,3	135,5	135,9	139,2	139,7	140,0	140,4
Wohnungsmiete	1970 = 100	125,1	133,2	130,6	132,0	133,0	137,7	138,7	139,4	139,8
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	149,8	165,5	158,0	159,1	158,8	177,2	175,2	176,0	175,0
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	123,1	131,0	130,2	130,9	130,9	134,8	135,2	135,5	135,4
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	134,9	143,4	142,1	142,8	143,0	147,7	147,9	149,9	150,7
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	131,8	141,3	139,3	140,1	140,6	145,9	146,4	147,3	147,7
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	123,4	130,8	129,5	129,8	130,2	134,2	134,9	135,3	135,5
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	124,4	129,4	128,1	128,3	128,3	132,3	132,4	132,4	132,5
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	126,3	134,0	131,9	132,9	133,7	138,7	139,1	140,0	140,5
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	139,0	144,8	.	144,6
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	146,8	155,9	.	154,4
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	146,5	157,6	.	156,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	151,2	165,5	.	164,8
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	95,0	92,0	.	92,2
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	97,1	94,3	.	93,8

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Bauwerk.

FINK - Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern

Um den „Wirtschaftsbetrieb“ Krankenhaus nach modernen Managementmethoden führen zu können, stehen die Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland vor der Notwendigkeit, innerhalb kurzer Zeit ein vollständiges kaufmännisches Rechnungswesen aufzubauen. Dieser Umstellungsprozeß muß durch die Bereitstellung entsprechender ADV-Verfahren unterstützt werden.

Bei der Entwicklung solcher Verfahren sind zwei Forderungen zu beachten: Einheitlichkeit der Verfahren und Minimierung der Entwicklungskosten. Diesen Forderungen kann am besten durch eine kooperative Verfahrensentwicklung auf Bund/Länder-Ebene Rechnung getragen werden.

Diese Kooperation wird erstmals in dem unter Leitung des Statistischen Landesamtes stehenden Projekt „Einheitliche maschinelle Buchhaltung und Betriebsabrechnung in Krankenhäusern“ praktiziert. Dieses Projekt, finanziert durch den Bundesminister für Forschung und Technologie und die bei der Verfahrensentwicklung beteiligten Länder und Institutionen, kennt im wesentlichen drei Organisationseinheiten: einen Projektausschuß als Entscheidungsgremium, Arbeitskreise zur Beschlußvorbereitung und eine Projektgruppe zur Arbeitsausführung.

Ziel des Projektes ist die Entwicklung einheitlicher maschineller Verfahren der Finanzbuchhaltung und der Betriebsabrechnung für Krankenhäuser und deren Erprobung in einem bundesweiten Modellversuch. Die Projektarbeiten für den Teilbereich Finanzbuchhaltung wurden Anfang dieses Jahres abgeschlossen. Wie der Modellversuch gezeigt hat, kann das maschinelle Verfahren der „Finanzbuchhaltung in Krankenhäusern“ (FINK) durch seine flexible Konzeption den zum Teil sehr unterschiedlichen Gegebenheiten und Anforderungen der einzelnen Krankenhäuser und Rechenzentren gerecht werden. Inzwischen haben sich neben den Modellkrankenhäusern weitere Krankenhäuser und Rechenzentren dem Verfahren FINK angeschlossen.

Aus Kostengründen und um ein einheitlich entwickeltes Verfahren auch einheitlich zu erhalten, wurde für das FINK-Verfahren eine zentrale Verfahrens- und Programmpflege vereinbart.

Als Erfahrungsbericht aus dem ersten Bund/Länder-Projekt dieser Art lassen sich einige Kooperationsleitlinien ableiten, ohne deren Beachtung ein Gemeinschaftsprojekt entweder erst gar nicht zustande kommt oder die Multiplizierbarkeit des entwickelten Verfahrens nicht gewährleistet ist. mx/za

Mehr über dieses Thema auf Seite 164

Weniger Umsatzsteuerpflichtige, aber höheres Umsatzvolumen

Die Umsatzsteuerstatistik 1974 weist 106 000 Unternehmen mit einem Umsatz von zusammen 83,7 Mrd. DM aus. Damit ging gegenüber 1972 zwar die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen um 3,4% zurück, das Umsatzvolumen ist jedoch um über ein Fünftel (+ 21,8%) höher als zwei Jahre zuvor. Die größte Umsatzsteigerung wurde mit + 26,3% für das produzierende Gewerbe ermittelt, welches mit 48 Mrd. DM (57,3%) auch der mit weitem Abstand umsatzstärkste Sektor war. Die höchsten Umsätze je Steuerpflichtigen wurden im Großhandel erzielt (2,09 Mill. DM), gefolgt vom produzierenden Gewerbe (1,56 Mill. DM).

kurz + aktuell

Sieben Zehntel der erfaßten Steuerpflichtigen blieben unter einer Umsatzgrenze von 250 000 DM bei einem Anteil von 7,8% am gesamten Umsatz. Demgegenüber erzielten die 8 885 Umsatzmillionäre - sie machten 8,5% der Umsatzsteuerpflichtigen aus - nahezu vier Fünftel aller Umsätze. Darunter waren 63 Großunternehmen, die 100 Mill. DM und mehr umsetzten. Eine Aufgliederung nach Rechtsformen ergibt, daß die Einzelunternehmen mit einem Anteil von 83,1% zahlenmäßig eindeutig dominierten, daß andererseits aber die Personengesellschaften und die Kapitalgesellschaften mit Umsatzanteilen von jeweils etwa einem Drittel an der Spitze liegen, obwohl sie nur 12,2 bzw. 2,3% der Unternehmen stellen. he

Mehr über dieses Thema auf Seite 156

Aufschwung in der Binnenschifffahrt trotz Niedrigwasser im 1. Halbjahr 1976

Das Transportaufkommen in den rheinland-pfälzischen Häfen, das im Jahre 1975 trotz anhaltend günstiger Wasserstände einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 6,4% aufwies, erreichte im ersten Halbjahr 1976 ein Volumen von 16,6 Mill. t. Das sind 10,7% mehr als im ersten Halbjahr 1975. Davon wurden 7,4 Mill. t verladen (+ 7,8%) und 9,2 Mill. t gelöscht (+ 13,2%).

Für das Gebiet des Oberrheins wurde dem Volumen nach das größte Wachstum errechnet (Versand + 8,6%, Empfang + 26,2%). Hier konnte vor allem der Hafen Ludwigshafen insbesondere durch erhöhte Löschungen und Ladungen von chemischen Erzeugnissen (+ 28,0%) den Umschlag im ersten Halbjahr 1976 auf 4,0 Mill. t (+ 19,7%) steigern. Aber auch in den Moselhäfen wurden um 59,7% mehr Güter verladen und um 21,4% mehr Güter gelöscht, während im Mittelrheingebiet die Zuwachsraten nur + 6,4 bzw. + 4,9% betrugen.

Nach Güterabteilungen wurden im ersten Halbjahr 1976 Erze und Metallabfälle um 7,6% und Düngemittel um 6,1% weniger umgeschlagen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dagegen erhöhte sich der Umschlag an chemischen Erzeugnissen um 72,0%, an festen mineralischen Brennstoffen um 10,7%, an Steinen und Erden um 9,3 % und an landwirtschaftlichen Erzeugnissen um 17,2%.

Aus dem Ausland kamen in der ersten Jahreshälfte 1976 um 7,9% mehr Güter an, während nach dem Ausland um 0,5% weniger verladen wurde. Aus anderen Bundesländern konnten um 20,2 bzw. 4,8% mehr Güter gelöscht und geladen werden. gz

70 Unfälle bei Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe

In Rheinland-Pfalz wurden 1975 bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe 70 Unfälle gezählt, wovon mit 48 über zwei Drittel auf die Lagerung entfielen. Bezüglich der Art der beteiligten Stoffe dominierten sowohl bei der Lagerung als auch beim Transport Mineralölprodukte, wobei jeweils nahezu vier Fünftel der Unfälle das Auslaufen von leichtem Heizöl oder Dieselmotorenstoff betrafen. Bei diesen Unfällen waren insgesamt 85,9 cbm wassergefährdende Stoffe ausgelaufen, wovon 30,8 cbm bzw. rund 36% wiedergewonnen werden konnten. pe

Erneutes Ansteigen der Straßenverkehrsunfälle im 1. Halbjahr 1976

Während sich im Jahre 1975 die Zahl der Unfälle mit Personenschaden auf den rheinland-pfälzischen Straßen (+ 3,2%) und die der Verunglückten (+ 3,7%) nur relativ leicht erhöhte, brachte das 1. Halbjahr 1976 wieder einen stärkeren Anstieg gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden erhöhte sich um 6,6% auf 10 230. Es verunglückten 14 540 Fahrzeugführer, Mitfahrer und Fußgänger (+ 4,9%), davon 454 tödlich (+ 4,4%). 4 493 Verkehrsteilnehmer wurden schwer (+ 6,6%) und 9 593 leicht verletzt (+ 4,2%). Bei den Verletzten kamen hauptsächlich mehr Führer von Lastkraftwagen (+ 32%) und von Krafträdern (+ 22%) zu Schaden. Die Zahl der verletzten Insassen von Personenkraftwagen stieg um 3%, die der Radfahrer um 5%.

Obwohl im 1. Halbjahr 1976 um 5% mehr Personenkraftwagen bei Unfällen mit Personenschaden beteiligt waren als im 1. Halbjahr 1975, ging die Zahl der tödlich verletzten Insassen von Personenkraftwagen von 231 auf 211 zurück (- 8,7%). Dagegen nahm die Zahl der getöteten Fahrer und Mitfahrer von Krafträdern um 11 auf 52, von Mopeds und Mofas um 14 auf 23 und von Fahrrädern um 5 auf 32 zu. 113 Fußgänger verunglückten tödlich (+ 3,7%). Darunter befanden sich 30 Kinder unter 15 Jahren (+ 25%) und 43 ältere Menschen über 65 Jahre (- 15,7%). gz

Erheblich gebremster Verdienstanstieg 1975

Die seit 1973 zu beobachtende Rezession wirkte sich erst 1975 auf die Steigerungsraten der Arbeitnehmerverdienste aus. Nachdem die zu Anfang 1974 getroffenen Tarifvereinbarungen noch durchschnittliche Zuwachsraten der Bruttostundenverdienste der Arbeiter gegenüber dem Vorjahr von 11,3% (Männer) und 13,7% (Frauen) bewirkt hatten, waren im Jahr 1975 gegenüber 1974 noch Lohnsteigerungen von 6,2 bzw. 7,9% zu verzeichnen. Der schon 1974 im Vergleich mit den Stundenlöhnen schwächere Anstieg der Wochenlöhne - ihre Steigerung war mit + 9,7% gegenüber 1973 infolge verringerter Mehrarbeit, Abbau von Akkordarbeit und erheblicher Zunahme der Kurzarbeit gleich hoch wie im Jahr zuvor - reduzierte sich auf + 4,7%. Seit 1968 sind solche niedrigen Lohn- bzw. Gehaltssteigerungen nicht mehr registriert worden.

Im Handwerk war die Abschwächung des Verdienstanstiegs geringer. Gegenüber den Stundenlöhnen (+ 7%) zeigte die Entwicklung der Wochenverdienste auch 1975 (+ 6,7%) keine auffallenden Abweichungen, da sich die bezahlte Wochenarbeitszeit wiederum nur gering um 0,1 auf 43,6 Stunden verkürzte.

Die Entwicklung der Frauenverdienste ist günstiger verlaufen als bei den Männern. Dies ist auf die stärkere Anhebung der unteren Leistungsgruppen, in denen weibliche Beschäftigte nach wie vor am häufigsten vertreten sind, zurückzuführen.

In den einzelnen Industrien unterschieden sich die Zuwachsraten der Bruttostundenverdienste im allgemeinen wenig. Sie lagen in den meisten Fällen zwischen + 5 und + 8%. Auffällige Ausnahmen waren die Verdiensteigerungen für die im Straßenfahrzeugbau sowie in der feinmechanischen und optischen Industrie beschäftigten Arbeiter mit Veränderungen von jeweils fast 12%. Eine nur geringe

Differenzierung der Jahreszuwachsrate zeigte sich auch bei den Angestellten, die in der Industrie + 7,8% als kaufmännische sowie + 6% als technische Angestellte erreichten. Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe beschäftigte Angestellte hatten zwischen Oktober 1974 und Oktober 1975 eine Gehaltssteigerung von + 7,1%. Die im öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten erhielten 6% mehr als im Vorjahr. hä

Wochenverdienste und Arbeitszeiten leicht angestiegen

Von Januar bis April 1976 lag die Zunahme der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste aller Industriearbeiter (einschließlich der im Hoch- und Tiefbau beschäftigten) mit + 3,4% oder 0,33 DM noch geringfügig unter der Lohnsteigerung während des ersten Quartals 1975 (+ 3,9%); dagegen haben die Bruttowochenverdienste (+ 6%) wieder etwas stärker zugenommen als von Januar auf April 1975 (+ 5,3%). Im Vergleich zum April des Vorjahres lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst mit 10,14 DM um 0,57 DM oder knapp 6% höher; + 6,4% hatte die jährliche Steigerungsrate im Januar 1976 und + 6,6% im Oktober 1975 betragen.

Die Stundenverdienste der Facharbeiter (Leistungsgruppe 1) stiegen von Januar auf April 1976 um 0,34 DM auf 11,32 DM, bei angelernten Arbeitern (Leistungsgruppe 2) um 0,31 DM auf 10,32 DM, während ungelernte Kräfte (Leistungsgruppe 3) 8,77 DM (+ 3,2%) erreichten. Mit durchschnittlich 10,72 DM waren die Stundenlöhne der Industriearbeiter im Schnitt um mehr als 3 DM höher als die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Frauen (7,54 DM), wobei Facharbeiterinnen (8,18 DM) auf einen Mehrverdienst gegenüber Januar 1976 von nur 0,05 DM kamen. Für an- und ungelernte Industriearbeiterinnen - sie erreichten 7,77 bzw. 7,21 DM - ergaben sich Lohnsteigerungen von jeweils rund 3%.

Die Wochenverdienste der Männer (+ 6%) konnten infolge der um über eine Stunde auf 42,5 gestiegenen Wochenarbeitszeit wieder eine deutliche Zunahme verzeichnen, nachdem die wöchentlichen Bezüge von Oktober 1975 bis Januar 1976 konstant geblieben waren. Bei den Arbeiterinnen, deren Wochenarbeitszeit (39,7 Stunden) sich kaum änderte, betrug die Steigerung der Wochenverdienste rund 3%.

Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) sind von Januar auf April 1976 um 57 DM oder 2,6% auf 2 221 DM gestiegen, die der technischen Angestellten erhöhten sich um 2,4% (+ 64 DM) auf 2 738 DM. hä

Weniger Jugendliche in öffentlicher Erziehung

Am Jahresende 1975 standen 19 043 Minderjährige unter Amtspflegschaft - ihre Zahl hat gegenüber 1974 um knapp 1 900 oder 8,7% abgenommen - und 4 695 (1974: 6 439) unter Amtsvormundschaft. Zum gleichen Zeitpunkt befanden sich insgesamt 1 404 Jugendliche in vorläufiger (49) und endgültiger Fürsorgeerziehung (247) sowie in freiwilliger Erziehungshilfe (1 108). Das sind zusammen 54 Jugendliche oder 3,7% weniger als Ende 1974. Von der seit 1. Januar 1975 bestehenden Möglichkeit, im Rahmen der Fürsorgeerziehung und der freiwilligen Erziehungshilfe Maßnahmen zur schuli-

schen und beruflichen Bildung über das Volljährigkeitsalter hinaus in Anspruch zu nehmen, haben im Laufe des letzten Jahres 126 Jugendliche Gebrauch gemacht.

Insgesamt wurden im Jahre 1975 mit rund 164 Mill. DM etwa 18 Mill. DM oder 12,7% mehr für die Jugendhilfe ausgegeben als 1974. Die Zahl der erfaßten Einrichtungen erhöhte sich innerhalb Jahresfrist um 94 auf 4731. hä

Kommunale Haushaltsplanungen im Zeichen der Rezession: Personalausgaben kaum erhöht — Investitionen gekürzt

Die Städte und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sowie die Landkreise planen für das Haushaltsjahr 1976 Bruttoausgaben in Höhe von 4 588 Mill. DM. Diese Summe liegt um 1,7% unter den Ausgabenansätzen des Vorjahres. Der Rückgang resultiert aus überwiegend stagnierenden oder nur leicht erhöhten Ausgaben für laufende Zwecke und einer drastischen Kürzung der Mittel für Investitionen. Nach dem überdurchschnittlich starken Anstieg der Personalausgaben in den vergangenen Jahren soll der Personaletat mit 1 154 Mill. DM praktisch auf dem Stand von 1975 gehalten werden. Auch für den laufenden Sachaufwand ist nur ein geringer Zuwachs auf 986 Mill. DM (+ 3,2%) vorgesehen. Etwas stärker (+ 4,8%) sollen die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse steigen, wobei der weiter erhöhte Sozialhilfesaufwand den Ausschlag gibt. Der Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) wird voraussichtlich 613 Mill. DM erfordern; in der relativ niedrigen Zuwachsrate von 4,3% schlägt sich die seit 1974 zurückhaltendere Verschuldungspolitik der kommunalen Gebietskörperschaften nieder. Die Baumaßnahmen sind mit 845 Mill. DM veranschlagt; das Investitionsvolumen bleibt damit um 14,2% unter den Ansätzen des Vorjahres.

Da mit einem Rückgang der Bruttoeinnahmen um 2,8% auf 4 475 Mill. DM gerechnet wird, weisen die kommunalen Haushalte trotz der restriktiven Ausgabenpolitik einen Fehlbetrag von insgesamt 113 Mill. DM auf. Bei den Steuern erwarten die Gemeinden und Kreise einen nahezu unveränderten Mittelzufluß von 1 120 Mill. DM. Dagegen sollen die Einnahmen aus Gebühren und Abgaben vor allem in den kreisfreien Städten erheblich steigen; hierbei spielt wohl auch die durch die haushaltsrechtlichen Bestimmungen geförderte Tendenz zur Erhebung kostendeckender Gebühren eine Rolle. Weiter sind Zuweisungen des Landes in Höhe von 747 Mill. DM, also etwa auf dem Niveau des Vorjahres, eingeplant. Parallel zur Kürzung der Investitionsausgaben soll die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt auf 636 Mill. DM zurückgeführt werden; sie ist damit um 13,0% niedriger veranschlagt als im Vorjahr. ly

Über 133 Mill. DM für Hilfe zum Lebensunterhalt in 1975

Die Bruttoausgaben für Sozialhilfe einschließlich Tuberkulosehilfe sind von 1974 bis 1975 um 29 Mill. DM oder 8,5% auf 371 Mill. DM angestiegen, wobei sich die Belastung je Einwohner von 92,72 DM auf 101,21 DM erhöhte. Der Aufwand für Hilfeempfänger in Anstalten beanspruchte im gleichen Jahr annähernd 208 Mill. DM der Gesamtausgaben, das sind 16% mehr als 1974 für diesen Zweck benötigt wurde.

Für Hilfe zum Lebensunterhalt, eine der beiden großen Leistungsgruppen, wurde 1975 ein Betrag von über 133 Mill. DM ausgegeben, der um 19 Mill. DM oder 17% höher als im Vorjahr war. Der Anteil am Gesamtaufwand der Sozialhilfe machte 1975 rund 36% aus.

Auf Hilfe in besonderen Lebenslagen entfielen 1975 rund 238 Mill. DM (+ 4%). Mehr als zwei Drittel (78%) dieser durch qualifizierte Notstände verursachten Kosten wurden für die Unterbringung der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen aufgewendet.

Um das Bild der gewährten Leistungen zu vervollständigen und den schwächeren Anstieg der Aufwendungen nach dem Bundessozialhilfegesetz zu begründen, müssen darüber hinaus auch die sogenannten sozialhilfeähnlichen Aufwendungen erwähnt werden. Es handelt sich dabei um die pauschalisierte Eingliederungshilfe an Träger von Tagesstätten in Höhe von 20 Mill. DM 1975 - in der Sozialhilfestatistik werden nur die individuell gewährten Leistungen nachgewiesen - sowie um Leistungen nach dem Landespflegesatz für Blindenhilfe und Hilfe zur Pflege in Höhe von insgesamt 60 Mill. DM, die bis 1974 auf Grund des Bundessozialhilfegesetzes gewährt worden sind. hä

Themen der letzten Hefte

Heft 3/März 1976

Preise, Lebenshaltungskosten und Arbeitseinkommen 1950 - 1975
Landwirtschaftliche Betriebe 1949 - 1975
Meldepflichtige Krankheiten 1975
Einkommenspyramide 1971
Jugendhilfe-Personal 1974
Grundschema einer Bevölkerungsprognose

Heft 4/April 1976

Weinmosternten 1950 - 1975
Sozialprodukt 1975
Studenten 1975/76
Lehrernachwuchs 1976
Erwerbstätigkeit 1975
Öffentliche Tiefbauaufträge 1975

Heft 5/Mai 1976

Voraussichtliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz bis 1990
Industrie 1975
Bauhauptgewerbe 1975

Heft 6/Juni 1976

LIS-Datei für kurzfristige Verlaufsanalysen („Konjunktur-Datei“)
Kinder und alte Leute im Straßenverkehr 1975
Personal im öffentlichen Dienst 1966 - 1975
Investitionen für Umweltschutz 1971 - 1974

Themen der nächsten Hefte

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen
Hochbautätigkeit 1975
Sozialer Wohnungsbau 1973 - 1975
Wohngeld 1973 - 1975
Einzelhandel 1972 - 1975
Bodennutzung 1976

Schulverzeichnis soeben erschienen

BERUFSBILDENDE SCHULEN IN RHEINLAND - PFALZ SCHULJAHR 1975/76

Umfang 63 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 7,-

Das Verzeichnis der berufsbildenden Schulen 1975/76 wurde vom Kultusministerium Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz erstellt.

Da fast alle berufsbildenden Schulen mehrere Schulformen umfassen, wurde das Schulverzeichnis in zwei Teile untergliedert. Im ersten Teil "Berufsbildende Schulen" sind alle Angaben zu der Organisationseinheit Schule aufgeführt. Neben der Anschrift sind hier u.a. Angaben über den Schulträger, den Rechtsstatus und die Betreuungsform gemacht und für jede Schule als wichtigste Eckdaten die Zahl der Klassen und Schüler je Bildungsgang bzw. Schulgliederung und die Zahl der hauptberuflichen Lehrer angegeben. Im zweiten Teil sind zur besseren Übersichtlichkeit getrennte Angaben (Anschrift und Telefonnummer) zu den Bildungsgängen "Berufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Berufliche Gymnasien, Fachoberschulen, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens" gemacht.

BERUFSBILDENDE SCHULEN			FACHOBERSCHULEN		
SCHULNR.	BEZEICHNUNG DER SCHULE	ANSCHRIFT DER SCHULE	SCHULNR.	BEZEICHNUNG DER SCHULE	ANSCHRIFT DER SCHULE
62558	BERUFSBILDENDE SCHULE	5470 ANDERNACH SCHILLERPL.	62558	BERUFSBILDENDE SCHULE	5470 ANDERNACH SCHILLERPL.
60749	BERUFSBILDENDE SCHULE I	6550	60749	BERUFSBILDENDE SCHULE I	6550
60662	BERUFSBILDENDE SCHULE II		60662	BERUFSBILDENDE SCHULE II	
61840	BERUFSBILDENDE SCHULE III		61840	BERUFSBILDENDE SCHULE III	
60046	BERUFSBILDENDE SCHULE		60046	BERUFSBILDENDE SCHULE	
60119	BERUFSBILDENDE SCHULE		60119	BERUFSBILDENDE SCHULE	
60136	BERUFSBILDENDE SCHULE		60136	BERUFSBILDENDE SCHULE	
60689	BERUFSBILDENDE SCHULE I		60689	BERUFSBILDENDE SCHULE I	
60475	BERUFSBILDENDE SCHULE		60475	BERUFSBILDENDE SCHULE	
60392	BERUFSBILDENDE SCHULE		60392	BERUFSBILDENDE SCHULE	
601	BERUFSBILDENDE SCHULE		601	BERUFSBILDENDE SCHULE	
6009	BERUFSBILDENDE SCHULE II		6009	BERUFSBILDENDE SCHULE II	
60689	BERUFSBILDENDE SCHULE II		60689	BERUFSBILDENDE SCHULE II	
60492	BERUFSBILDENDE SCHULE II		60492	BERUFSBILDENDE SCHULE II	
60355	BERUFSBILDENDE SCHULE III		60355	BERUFSBILDENDE SCHULE III	
60152	BERUFSBILDENDE SCHULE I		60152	BERUFSBILDENDE SCHULE I	
60122	BERUFSBILDENDE SCHULE II		60122	BERUFSBILDENDE SCHULE II	
60100	BERUFSBILDENDE SCHULE		60100	BERUFSBILDENDE SCHULE	
60655	BERUFSBILDENDE SCHULE		60655	BERUFSBILDENDE SCHULE	

Zeichenerklärungen

- = nichts vorhanden
- 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit
- . = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich
- ... = Angabe fällt später an
- () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist
- φ = Durchschnitt
- p = vorläufige Angabe
- r = berichtigte Angabe
- s = geschätzte Angabe

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,50, Jahresabonnement DM 25,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.